

Widerstand gegen einen übermächtigen Gegner in den Jahren 1933 bis 1935 Erste Reaktionen antifaschistischer Kräfte im Januar/Februar 1933

Wie in vielen Gebieten Deutschlands, vor allem in den Ballungszentren der organisierten Arbeiterbewegung, formierte sich auch in der Amtshauptmannschaft Pirna nach der Machtübertragung an den Führer der NSDAP Adolf Hitler der Widerstand antifaschistischer Kräfte gegen die Errichtung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Das waren vor allem kommunistische, sozialdemokratische, sozialistische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, aber auch andere Hitlergegner. Ihren Protest gegen die Hitlerregierung und gegen den beginnenden Terror von SA und Polizei gegenüber allen Linkskräften brachten sie auf Versammlungen und Kundgebungen, durch Demonstrationen und Einzelaktionen zum Ausdruck. Dabei wird die konsequent antifaschistische Einstellung der Mitglieder von KPD, SPD, SAP und AAU sichtbar, über alle parteipolitischen, in langen Jahren gewachsenen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten hinweg, die besonders zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bestanden.

Bereits am 31. Januar 1933 kam es in Pirna zu den ersten antifaschistischen Aktionen gegen das Hitlerregime. Am Nachmittag veranstaltete die KPD-Ortsgruppe eine Protestdemonstration gegen die Berufung Hitlers zum Reichskanzler und gegen die von ihm gebildete Regierung aus Vertrauensleuten von Großkapital und Großgrundbesitz. Und als am Abend die Kreisorganisation der NSDAP mit Formationen der SA-Standarte 177 und des Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten wohl nach Berliner Vorbild siegestrunken ihren Fackelzug durch die Stadt in eine Kundgebung auf dem Marktplatz einmünden lassen wollte, musste dieser, besetzt von protestierenden Antifaschisten, erst durch den Einsatz eines der berüchtigten Überfallkommandos der Polizei aus Dresden gewaltsam geräumt werden. Am gleichen Tage nahmen auch Mitglieder der KPD und der Proletarischen Schutz- und Wehrorganisation aus Pirna, Berggießhübel, Dohna, Heidenau, Königstein und Struppen an der machtvollen Trauerdemonstration in Dresden für die am 25. Januar 1933 in einer Versammlung im Dresdner „Keglerheim“ bei einem Polizeiüberfall erschossenen neun Antifaschisten teil. Sie reihten sich ein in die 30.000 Demonstranten, um den Opfern des blutigen Polizeimassakers das letzte Geleit zu geben. Tausende säumten ihren Weg. Die Polizei wagte nicht einzuschreiten.

Bereits am nächsten Tag demonstrierten Kommunisten und parteilose Antifaschisten aus Neustadt und Umgebung auf dem Neustädter Marktplatz gegen die Hitlerregierung. Am 11. Februar fand in den Straßen Pirnas eine weitere beachtliche Demonstration statt. An ihr beteiligten sich Mitglieder der KPD, des KJVD, der Proletarischen Schutz- und Wehrorganisation, des Kampfbundes gegen den Faschismus, der SAP, des SJV und des SSB aus Pirna, Heidenau und den umliegenden Orten. Eine Einheitsfrontkundgebung auf dem Marktplatz schloss sich an. Etwa 1.500 Antifaschisten protestierten hier ebenfalls gegen die Errichtung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Des weiteren demonstrierten am 19. Februar Angehörige der Eisernen Front, in der sich unter Führung der SPD das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sowie sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaften und Arbeitersportverbände zusammengeschlossen hatten, aus Orten der Amtshauptmannschaft in Pirna. Zu ihnen sprach auf dem Marktplatz der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Paul Heide aus Heidenau. Weitere antifaschistische Demonstrationen und Kundgebungen erfolgten in diesen Tagen u.a. auch in Dohna, Heidenau, Königstein, Sebnitz (siehe Kapitel 6), Struppen und Zschachwitz. All das und die mutigen Einzelaktionen von Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten und Parteilosen, auf die in diesem Beitrag

nicht eingegangen werden kann, zeugen davon, dass auch in Städten und Dörfern unserer Heimat Antifaschisten entschlossen und bereit waren, sich der braunen Flut entgegenzustemmen.

Die großen Arbeiterparteien im Januar 1933

Zu Beginn des Jahres 1933 bestand in Deutschland eine seit Jahrzehnten gewachsene, in sozialen und politischen Kämpfen erfahrene, international geachtete organisierte Arbeiterbewegung. Ihre politischen Hauptkräfte waren die beiden großen Arbeiterparteien: die SPD, der im Januar 1933 1.035.026 Mitglieder angehörten, und die KPD, die zum gleichen Zeitpunkt etwa 360.000 Mitglieder zählte.

Aber gerade diese Arbeiterparteien, die mit ihren Massenorganisationen und den ca. vier Millionen Mitgliedern des ADGB wohl das hauptsächlichste antifaschistische Potential gegen den rapiden Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung darstellten, waren durch die jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zutiefst zerstritten. Durch das über viele Jahre angehäufte Konfliktpotential zwischen SPD und KPD, die angestaute Verbitterung auf beiden Seiten und die kaum überbrückbaren politischen Differenzen kam es auch am 30. Januar 1933 zu keinem gemeinsamen Vorgehen der beiden großen Arbeiterparteien gegen die Errichtung des Hitlerregimes. Das erleichterte diesem wesentlich sein Vorhaben, die gesamte Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Der erste Schlag galt den Kommunisten.

Die KPD, die Adolf Hitler zum innenpolitischen Hauptfeind erklärt hatte und gegen die sich demzufolge von Anfang an der Hauptstoß des Terrors richtete, zählte trotz Fehlern, Irrtümern und falschen Hoffnungen „zu den wichtigsten Kräften der deutschen antifaschistischen Bewegung.“¹ Die Kommunisten standen im Widerstand gegen das NS-Regime stets mit in der ersten Reihe, und sie brachten bei weitem die größten Opfer. Diese geschichtlichen Tatsachen sind heute unter den führenden einschlägigen Historikern in West und Ost international unbestritten.² Und sie sind auch für den antifaschistischen Widerstand in der Amtshauptmannschaft Pirna vollauf zutreffend.

Die KPD war keine selbständige, unabhängige Partei, sondern eine so genannte Sektion der KI, einer internationalen Partei, deren Führungsorgane sich in Moskau befanden. Das bedeutete, dass auch die Entscheidungen des Zentralkomitees der KPD mit seinem Vorsitzenden Ernst Thälmann dem übergeordneten EKKI unterworfen waren. Die von diesem vertretene Politik hatte für die KPD u.a. zur Folge, dass das rasche Anwachsen der Hitlerbewegung in den letzten Jahren der Weimarer Republik und die von ihr ausgehenden Gefahren für die Arbeiterbewegung längere Zeit unterschätzt wurden. Deshalb betrachtete die KPD noch immer nicht den deutschen Faschismus, sondern die deutsche Sozialdemokratie als ihren Hauptfeind, deren Funktionäre demzufolge zu bekämpfen und deren Mitglieder zu gewinnen seien. An dieser von der KI vorgegebenen „Generallinie“ änderte sich auch nach der Machtübertragung an die NSDAP bis in das Jahr 1934 hinein vorerst nichts. Erst auf der so genannten Brüsseler Konferenz der KPD, die im Oktober 1935 in der Nähe von Kunzewo bei Moskau stattfand und über die im Kapitel 6 berichtet wird, wurde von der Parteiführung „mit einer sehr harten Selbstkritik an unserer bisherigen Parteiarbeit“ schließlich diese Haltung gegenüber den Sozialdemokraten als „unser schwerster Fehler“ bezeichnet.³

Auch ging das Zentralkomitee der KPD nach den Orientierungen der KI davon aus, dass es dem Hitlerregime nicht gelingen würde, sich zu stabilisieren. Vielmehr würde sich im Ergebnis der noch immer anhaltenden Weltwirtschaftskrise und der katastrophalen Lebensverhältnisse von Millionen Werktätigen, besonders der große Not leidenden Arbeitslosen, die gesellschaftlichen Verhältnisse auf eine revolutionäre Situation zubewegen. Diese gelte es zu fördern und zum Sturz des NS-Regimes sowie zur Errichtung einer Arbeiter- und Bauernrepublik nach sowjetischem Vorbild zu nutzen. Dieser Auffassung des Zentralkomitees

folgten auch die Bezirksleitung Sachsen und die Unterbezirksleitung Pirna. So war man auch hier der Meinung, dass sich der „braune Spuk“ nicht lange halten werde. Doch das sollte sich als ein schwerer, verhängnisvoller Irrtum erweisen.

Trotz der Beibehaltung der „Generallinie“ der KI hatte die Führung der KPD jedoch frühzeitig vor der Gefahr einer faschistischen Diktatur in Deutschland gewarnt und Schritte unternommen, um die Partei auf die Illegalität vorzubereiten und eine Einheitsfront von Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten und anderen antifaschistischen Kräften zu erreichen. Doch die im Antikommunismus befangenen Führer der SPD und der Gewerkschaften misstrauten diesen Bemühungen. Sie betrachteten diese lediglich als „taktische Manöver“ und lehnten alle entsprechenden Angebote ab. Noch am 30. Januar 1933 wandte sich das Zentralkomitee der KPD mit einem Aufruf an SPD, Gewerkschaften und AfA-Bund, gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Hitlerregierung und gegen die geplante Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen in den Generalstreik zu treten. So hieß es hier: „Dies neue Kabinett der offenen faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!“⁴ Dazu schreibt die Historikerin Jutta von Freyberg: „Das erneute Angebot der Kommunistischen Partei, gemeinsam den Generalstreik gegen Hitler zu organisieren, wurde rundweg abgelehnt. Gleichzeitig täuschte die Parteiführung ihren Anhängern jedoch ... durch kräftige Worte Kampfbereitschaft vor.“⁵ Zwar riefen Parteivorstand und Reichstagsfraktion der SPD am 31. Januar zur „Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner“ und zur „Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte“ auf, erklärten jedoch gleichzeitig, diesen Kampf nur „auf dem Boden der Verfassung“ führen zu wollen.“ Unter der Losung „Bereit sein ist alles!“ forderten sie ihre Mitglieder auf, den Weg der Legalität nicht zu verlassen und abzuwarten.⁶ Und die große Mehrheit der SPD-Genossen sowie ihrer Sympathisanten vertraute ihren Führern. Die KPD aber, die nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterklasse und des Volkes repräsentierte, vermochte allein nicht, die Massen gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur zu mobilisieren.

Die Machtübertragung an Adolf Hitler traf die SPD und ihre Führung unerwartet und unvorbereitet.“⁷ Der Parteivorstand unter seinen Vorsitzenden Otto Wels, Artur Crispian und Hans Vogel hatte in der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung keine ernsthafte Gefahr gesehen, „sondern die Auffassung vertreten, dass der Aufschwungsphase des Faschismus in Deutschland ein baldiger Niedergang und Zusammenbruch folgen werde.“⁸ Auch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler vermochte die SPD-Führung nicht, die Situation realistisch zu beurteilen. Da er auf legalem, verfassungsmäßigem Wege an die Macht gelangt sei, sah sie keinerlei Anlass, ihre Mitglieder für außerparlamentarische Aktionen zu mobilisieren. Unmissverständlich erklärte sie, dass jeder aktive Widerstand gegen die neue Regierung strikt abzulehnen sei, weil er den Nationalsozialisten nur Anlass gebe, die Verfassung zu brechen und auch gegen die SPD vorzugehen.

Dahinter verbarg sich die illusionäre Vorstellung, auf diese Weise eventuell den Fortbestand der SPD unter der NS-Diktatur in „loyaler Opposition“ zu ermöglichen. Des weiteren waren auch die sozialdemokratischen Führer der festen Überzeugung, dass Hitler binnen kurzem „abwirtschaften“ werde. „In diesem Sinne war es nur konsequent, wenn sie in der Zeit bis zum Parteiverbot auf jegliche Widerstandsaktionen gegen das Regime verzichteten und auch keinerlei Vorbereitungen für einen möglichen illegalen Kampf der SPD trafen.“⁹ Hinzu kam schließlich das Bemühen der Parteiführung um eine für die neuen Machthaber unübersehbare Distanzierung von der KPD, wodurch sie eine Verbesserung der eigenen Position erwartete. Doch die großen Verhaftungswellen nach Reichstagsbrand und Reichstagswahlen, die nun auch Sozialdemokraten einschlossen, und schließlich das Verbot der SPD am 22. Juni 1933 zerstörten gründlich diese Illusion. Wie sich das hier zur Haltung der zentralen Führungen von KPD und SPD Geschilderte auf lokaler Ebene spiegelt, ist uns nur von Pirna bekannt. Hier



Oswald Rentsch
*15. Mai 1904- + Oktober 1943

wandte sich die Ortsgruppe der KPD am 1. Februar 1933 mit einem Brief an die Ortsgruppen der SPD, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und an das Ortskartell des ADGB. In ihm wurde den Mitgliedern dieser Organisationen vorgeschlagen, „gemeinsam den Kampf gegen die faschistische Hitlerregierung aufzunehmen“ und sich „unverzüglich zur Vorbereitung des Generalstreiks zum Sturze der Hitlerdiktatur zusammenzufinden.“¹¹ Der Brief blieb unbeantwortet. Seine daraufhin vorgesehene Verbreitung als hektographiertes Flugblatt, das direkt an die SPD-Mitglieder in Pirna gerichtet war, wurde jedoch von der Polizei verhindert.

Kommunisten im Widerstand Der KPD-Unterbezirk Pirna geht in die Illegalität

Der KPD-Unterbezirk Pirna umfasste die gesamte Amtshauptmannschaft. Er zählte zu den stärksten im ostsächsischen Raum. Seine größten Ortsgruppen bestanden Anfang 1933 in den Zentren der Industriearbeiterschaft wie in Pirna einschließlich der eingemeindeten Vororte, in Heidenau und Dohna sowie in der Kunstblumenstadt Sebnitz. Weitere größere Ortsgruppen befanden sich u.a. in Berggießhübel, Hertigswalde, Königstein, Langburkersdorf, Neustadt, Polenz, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf-Schöna und Struppen.¹¹ Unter dem Druck des zunehmenden Terrors von SA und Polizei, der sich zunächst in erster Linie gegen Kommunisten richtete, sowie in Erwartung des Parteiverbotes ging auch der KPD-Unterbezirk Pirna ab Mitte Februar 1933 nach den Instruktionen der Bezirksleitung in die Illegalität. Gleichzeitig galt es, alle noch vorhandenen legalen Möglichkeiten für die Vorbereitungen der Neuwahlen zum Reichstag am 5. März 1933 zu nutzen. Diese waren jedoch durch das am 21. Februar ergangene Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel für die KPD und ihre Massenorganisationen sowie durch das Verbot der „Arbeiterstimme“, der Tageszeitung der KPD für Ostsachsen, am nächsten Tage bereits drastisch eingeschränkt. An der Spitze der Unterbezirksleitung stand seit Anfang 1932 als Politischer Leiter der 28-jährige Dresdner Metallarbeiter Oswald Rentsch. Ihr gehörten u.a. an: Kurt Krenz aus Pirna-Copitz als Organisationsleiter, Emil Schlegel aus Pirna als Hauptkassierer, Walter Kmoch aus Pirna für Agitation und Propaganda, Ida Daß aus Pirna für Frauenfragen, Alfred Körbitz aus Pirna als Leiter der Unterbezirksorganisation der RHD sowie die Pirnaer Fritz Ehrlich, Arthur Göhler, Paul Harnisch und Robert Klett.

Des weiteren gehörten zur Unterbezirksleitung auch einige Politische Leiter großer Ortsgruppen wie z.B. Erwin Bauer aus Pirna und Robert Senf aus Heidenau. Die junge Heidenauer Textilarbeiterin Erna Scholz war Mitglied der Bezirksleitung Sachsen. Oswald Rentsch lebte zu diesem Zeitpunkt zu seiner Sicherheit bereits illegal. Er wechselte häufig sein Quartier bei zumeist parteilosen Arbeitern aber auch Handwerkern in Pirna und Heidenau. Auf diese Weise gelang es ihm, wenn auch oft nur um Haaresbreite, der fieberhaften Suche von SA und Polizei zu entgehen, gemeinsam mit Erna Scholz, die ebenfalls bereits illegal lebte, sowie mit seinen Genossen der Unterbezirksleitung den Unterbezirk in die Illegalität zu überführen und den

Widerstand zu organisieren. Das war jedoch ein langwieriger, schwieriger Prozess, der sich über Wochen hinzog. Die Mitglieder, vor allem aber die örtlichen Funktionäre der KPD, waren

Polizei, Justiz, NSDAP und SA seit langem nur zu gut bekannt. Hinzu kam, dass sich die von der Parteiführung zentral eingeleiteten Maßnahmen zum Übergang in die Illegalität als zu spät und für die Genossen an der Basis als unzureichend erwiesen. Auch waren die Auffassungen vieler Genossen über die Kurzlebigkeit der Hitlerregierung und die zu optimistische Einschätzung des in manchen Orten beachtlichen Stimmenzuwachses für die Partei bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 den Bemühungen der Unterbezirksleitung wenig förderlich (siehe Kapitel 2).

Zunächst galt es, wichtige Materialien vor dem Zugriff der Nationalsozialisten in Sicherheit zu bringen. So gelang es dem Pirnaer Kommunisten Erich Pohling, die Mitgliederkartei des Unterbezirkes im Schulranzen seiner Tochter aus dem Parteibüro im Volkshaus „Weißes Ross“ zu entfernen und bei dem parteilosen Arbeiter Martin Hähnel in Pirna-Rottwerndorf zu verbergen. Auch Kurt Krenz verpackte mit seiner Frau Magda Materialien in Kisten und ließ diese im Hause des parteilosen Arbeiters Erich Kluge auf der Birkwitzer Straße in Pirna-Copitz einmauern, wo sie die gesamte Zeit des Faschismus überdauerten. Ende Februar 1933 rief



Kurt Krenz

Erna Scholz
*26. Oktober 1906- † 20. Januar 1935Fritz Ehrlich*26. Juni 1902
†März 1945

die Unterbezirksleitung noch einmal bewährte Funktionäre aus Ortsgruppen des Unterbezirkes zu einer internen Beratung in das Sportheim Pirna-Jessen. Sie wurde von Mitgliedern der Proletarischen Schutz- und Wehrorganisation zuverlässig gesichert. Hier sprach Rudolf Renner, Mitglied der Bezirksleitung und Redakteur der „Arbeiterstimme“, zur Einheitsfrontpolitik mit den SPD-Genossen und Reichsbanner-Kameraden und gab praktische Hinweise für die illegale Arbeit. Dann rissen die ersten Verhaftungswellen unmittelbar nach dem Reichstagsbrand und nach den Märzahlen große, empfindliche Lücken in die Ortsgruppen. Auch die Kommunisten im Unterbezirk Pirna hatten mit solch einem schrankenlosen, brutalen Terror, der nun über sie hereinbrach, nicht gerechnet.

Diese Lücken wurden noch dadurch vergrößert, dass besonders gefährdete Funktionäre außerhalb der Amtshauptmannschaft illegal untertauchen oder über die nahe deutsch-tschechische Grenze in die Emigration gehen mussten, um der Verhaftung zu entgehen. Einer von ihnen war der Pirnaer Bauarbeiter Fritz Ehrlich, ein bei den Arbeitern beliebter, vielseitiger Funktionär nicht nur in seiner Partei. Als talentierter, überzeugender Redner war er im gesamten Unterbezirk aus zahlreichen Versammlungen bekannt, auch aus Propagandaveranstaltungen der NSDAP, in denen er gegen die Demagogie der Nationalsozialisten auftrat. Noch am 10. Januar 1933 hatten ihn die Fraktionen von KPD und SPD gemeinsam zum Vorsitzenden des Präsidiums der Pirnaer Stadtverordnetenversammlung gewählt. So zählte Fritz Ehrlich zu den meistgehassten Gegnern der Nationalsozialisten.

Bereits vor deren „Machtübernahme“ war er fortwährend brutalen Morddrohungen ausgesetzt, die sich nun maßlos steigerten. Doch SA und Polizei wurden seiner trotz intensiver Fahndung nicht habhaft. Er wechselte im Stadtgebiet fast täglich seine illegalen Quartiere und verließ, vom parteilosen Pirnaer Friseur Richard Glade fachgerecht mit einem falschen Bart versehen, am 1. März 1933 im Auftrage der Unterbezirksleitung Pirna. Zunächst in Dresden und anschließend unter dem Decknamen „Kurt Winkler“ in Chemnitz, aber auch als Instrukteur und Grenzarbeiter in Pockau-Lengefeld und Umgebung wirkte er nun bis zu seiner Verhaftung am Aufbau der illegalen KPD-Organisation mit. Diese erfolgte am 13. Juli 1933 in Pockau, als er wiederum illegale Druckschriften aus Komotau (Chomutov) über die Grenze brachte. Das Sondergericht für das Land Sachsen. Sitz Freiberg, verurteilte Fritz Ehrlich am 31. August 1933 jedoch lediglich "wegen Verbreitens verbotener Druckschriften hochverräterischen Inhaltes zu einem Jahre Gefängnis" zu verurteilen, weil ihm seine weitere illegale Tätigkeit nicht nachgewiesen werden konnte.¹² Nach verbüßter Haft im Zuchthaus Bautzen reihte er sich trotz polizeilicher Meldepflicht, „verschärfter Nachüberwachung“ und verhängter Postsperrre wieder in die Reihen seiner illegal wirkenden Genossen ein, wovon später berichtet wird. Doch kehren wir zum Aufbau der illegalen Parteiorganisationen der KPD im Unterbezirk Pirna zurück, der praktisch einem Neuaufbau unter den Bedingungen der Illegalität gleichkam und die Grundlage für den organisierten Widerstand bilden sollte. Ein erster Schritt war die Aufteilung des großen Unterbezirkes in relativ kleine, überschaubare so genannte Instruktionsgebiete. In diesen wirkten ab März 1933 von Oswald Rentzsch beauftragte illegale Instrukteure, um neue arbeitsfähige Widerstandsgruppen zu formieren. Diese Instrukteure waren Paul Harnisch und Walter Kmoch aus Pirna. Max Schmiedel aus Pirna-Zuschendorf. Max Richter. Deckname „Sonnenschein“, aus Kohlmühle und Walter Richter, Deckname „Florian“, aus Dohma, der bereits am 1. März 1933 im Auftrage der Unterbezirksleitung in die CSR emigrierte und von Nieder Einsiedel (Dolni Poustevna) aus tätig war. Gleichzeitig bildete Oswald Rentzsch die neue illegale Unterbezirksleitung, allerdings auch die letzte.

4 wird gebeten, bei allen Angaben das nachfolgende Kennzeichen anzugeben.

SReg 89/33.

10/111-14.125/33

Haftbefehl*)

Der Bauarbeiter
Fritz Martin Ehrlich
aus Pirna

ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Ehrlich ist dringend verdächtig,

1. kommunistische Flugblätter und Druckschriften trotz des Verbotes verbreitet zu haben,
2. eine Druckschrift deren Inhalt zum gewaltsamen Kampf gegen die Staatsgewalt und zur Vorbereitung dieses Kampfes aufgefordert und aufgeizt, verbreitet zu haben.

Sie sind heute in Pockau mit illegalen Druckschriften kommunistischen Inhalts die die Frage und Form des Die Untersuchungshaft wird verhängt, weil Ehrlich fluchtverdächtig ist. Alle kommunistischen Funktionäre die der Gefahr der Bestrafung ausgesetzt sind, finden den Weg ins Ausland.

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig.

— Statt der Beschwerde kann mündliche Verhandlung über den Haftbefehl beantragt werden. —

Lengefeld i. Erg., den 13. Juli 1933

Das Amtsgericht.

[Handwritten Signature]

Wird der Haftbefehl durch Verlinkung bekanntgemacht, so ist geschuldigt darauf hinzuweisen, daß ihm auf Verlangen eine Kopie des Haftbefehls erteilt wird (§ 114 Abs. 3 Satz 2 StPO).
*) Nur bei Verbrechen oder Vergehen (§§ 114a, 115 StPO), nach der Eröffnung des Hauptverfahrens findet eine mündliche Verhandlung über den Haftbefehl nicht mehr statt (§ 115b StPO). Neben Antrag auf mündliche Verhandlung ist eine Beschwerde über Haftbefehl nicht zulässig. Eine bereits eingeleitete Beschwerde gilt als Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung als entfallen (§ 115c Abs. 2 StPO).

weiteren Kampfes gegen die Regierung des Deutschen Reiches und das Deutsche Reich selbst bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus erörtern. *hoffen man*

Zu 1) Vergehen nach § 4 der Verordnung vom 28. Februar 1933 RGBl. I 33 Seite 33, verb. mit der Stöchs. Verordnung über das Verbot kommunistischer Druckschriften vom 8. März 1933, Verwaltungsblatt Seite 140 Nr. 100,

Zu 2) Vergehen nach § 6 der Verordnung vom 28. Februar 1933 RGBl. I Seite 85.

Dem
Der
Stra
Stra

Haftbefehl gegen Fritz Ehrlich vom 13. Juli 1933



Georg Haak



Erich Sturm



Hellmut Fuchs

Sie bestand nur noch aus einem den veränderten Bedingungen angepassten „Dreierkopf“, der allein die Verbindungen zu den genannten Instruktoren hielt. Als seinen Nachfolger beauftragte Oswald Rentzsch am 6. Juni 1933 den 32-jährigen Mechaniker Georg Haak aus Pirna-Copitz, bevor er selbst seine illegale Tätigkeit vorerst im Raum Zwickau fortsetzte. Georg Haak stand der Malermeister Erich Sturm aus Pirna-Copitz als Hauptkassierer und der Elektromechaniker Hellmut Fuchs, ebenfalls aus Pirna-Copitz, als Verantwortlicher für die Verteilung der illegalen Literatur zur Seite. Die Verbindung zur Anfang September neu gebildeten illegalen Bezirksleitung Ostsachsen, an deren Spitze Heinz Dose, Deckname „Anton“, aus Leipzig stand und die ihren Sitz nun in Dresden hatte, wurde bis Mitte Dezember 1933 durch Kuriere gesichert.

Unter Führung der Unterbezirksleitung und ihrer Instruktoren entstanden in mühevoller Kleinarbeit die Widerstandsgruppen der KPD. Sie formierten sich aus Mitgliedern der Partei und des KJVD sowie aus parteilosen Antifaschisten, unter denen sich oft ehemalige Angehörige der Proletarischen Schutz- und Wehrgeschichte und der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit befanden. Als nach dem 20. April und 1. Mai 1933 auf „Führerbefehl“ auch in den Schutzhaftlagern Hohnstein und Königstein-Halbestadt die ersten Entlassungen erfolgten, reihte sich eine beachtliche Anzahl von Kommunisten ungebeugt und ungebrochen wieder in den Widerstand ein. Das war allerdings ein lebensgefährliches Wagnis, denn jeder Schutzhäftling musste wie im Kapitel 3 dargestellt bei seiner Entlassung eine Loyalitätserklärung unterschreiben.

Aus zahlreichen Originaldokumenten des Historischen Archivs der KPD sowie Erinnerungsberichten und Gesprächsprotokollen, aber auch aus vielen Akten von Polizei, Gestapo und NS-Justiz, soweit diese wegen ihres eingeschränkten Aussagewertes kritisch mit verwertet werden konnten, ist belegt, dass zumindest in folgenden Städten und Gemeinden der Amtshauptmannschaft Pirna ab Februar 1933 mit unterschiedlicher Größe und Wirksamkeit sowie mit unterschiedlicher zeitlicher Dauer von der KPD organisierte Widerstandsgruppen wirkten: Bad Gottleuba, Bad Schandau-Ortsteil Postelwitz, Berggießhübel, Dittersbach-Dürröhrensdorf, Dohma, Dohna, Graupa, Heidenau, Hertigswalde, Hinterhermsdorf, Kleinhennersdorf, Königstein, Kohlmühle, Langenhennersdorf, Lichtenhain, Lohmen, Mitteldorf, Neustadt, Pirna-Altstadt, Pirna-Copitz, Pirna-Jessen, Pirna-Neundorf, Pirna-Rottwerndorf, Pirna-Zuschendorf, Polenz, Porschdorf, Porschendorf, Prossen, Rathmannsdorf, Raum-Hermsdorf, Reinhardtsdorf-Schöna, Saupsdorf, Schönbach, Sebnitz, Stolpen, Struppen, Ulbersdorf. Unter Einsatz von Freiheit und Leben nahmen hier Kommunisten, zumeist gemeinsam mit parteilosen Antifaschisten, ihren gefährlichen und verlustreichen Kampf gegen einen kräftemäßig von vornherein weit überlegenen, brutalen



Paul Harnisch
*16. Februar 1895 †11. Januar 1945

Gegner auf. Dabei war von großem Wert, dass die meisten dieser Gruppen schon frühzeitig Verbindungen in die CSR zu emigrierten Genossen sowie zu oftmals schon seit Jahrzehnten bekannten oder befreundeten sudetendeutschen und tschechischen Antifaschisten herstellen konnten.

Organisierter Widerstand in Pirna und Umgebung

Wie sich nun der organisierte kommunistische Widerstand unter den Bedingungen der Illegalität gegen das NS-Regime gestaltete, kann in diesem Beitrag jedoch nur an einigen ausgewählten typischen Beispielen geschildert werden. Auch im Stadtgebiet von Pirna einschließlich der eingemeindeten Vororte bestand die erste Aufgabe darin, die Organisation der Partei in neuen, der Illegalität angepassten Formen überhaupt aufrecht zu erhalten oder neu zu bilden. Hier entstanden ab März 1933 vor allem durch das umsichtige konspirative Wirken Paul Harnischs als Instrukteur der Unterbezirksleitung kleine, flexible Widerstandsgruppen von jeweils nur drei bis sieben Mitgliedern. Leiter solcher Gruppen waren z.B. in Pirna-Altstadt Emil Buchmann, Ida Daß, Emil Grahl, Gottfried Morche, Kurt Pautzsch und Erich Richter; in Pirna-Copitz Max Gebhardt, Karl Gedlich, Karl Rädcl, Johann Scholz und Johannes Wehner; in Pirna-Jessen Robert Gäbler und Arthur Göhler; in Pirna-Zehista und Pirna-Zuschendorf Herbert Marschner; in Pirna-Neundorf Walter Friedemann, Paul Reiche und Arno Hergesell sowie in Pirna-Rottwerndorf Willy Richter. Bisher konnten über 100 Kommunisten und Parteiose namentlich ermittelt werden, die im gesamten Stadtgebiet in Widerstandsgruppen der KPD mitwirkten. Durch den Aufbau dieser neuen illegalen organisatorischen Basis wurde es möglich, nun wieder Mitgliedsbeiträge zu erheben. Diese gelangten von den Gruppenleitern auf konspirativen Wegen zum Hauptkassierer des Unterbezirkes Erich Sturm und von diesem durch Kuriere zur Bezirksleitung. Wenn wir beachten, dass die meisten Kommunisten seit Jahren ohne Arbeit waren und ihre Familien von so genannten Unterstützungsgeldern leben mussten, die nicht einmal für das Existenzminimum reichten (siehe Kapitel 1), so wird deutlich, welches Opfer diese Mitgliedsbeiträge darstellten. Darüber hinaus sammelten die Illegalen bei Genossen und als „zuverlässig“ geltenden Antifaschisten noch Gelder zur Unterstützung bereits Inhaftierter und deren Familien sowie der zumeist völlig mittellosen Emigranten in der CSR. Meist waren es nur Pfennigbeträge, aber jede Mark bedeutete eine wertvolle Hilfe. Auch in Pirna trachteten die Mitglieder der KPD danach, unter nun illegalen Bedingungen den beachtlichen Masseneinfluss, den die Partei noch immer besaß, zu erhalten und möglichst zu vergrößern. Wie im Kapitel 2 dargestellt, erreichte die KPD trotz massiver Beeinträchtigung ihrer Wahlvorbereitungen in Pirna am 5. März 1933 ihren bisher höchsten Stimmenanteil. Das führte jedoch auch zur Überschätzung der eigenen Kräfte und überspielte zeitweilig den von vornherein unlösbaren Widerspruch, in dem sich die KPD in ihrer Gesamtheit befand, nämlich als nun illegale, am stärksten verfolgte Partei noch wirkungsvolle Massennarbeit leisten zu wollen. Doch trotz zunehmenden Terrors, immer auf der Hut vor den Häschern in Polizeiuniform und Braunhemd, hielten die Illegalen vielfältige persönliche Kontakte zu Antifaschisten im Bekanntenkreis und zu Sympathisanten vor allem aus den Reihen der ehemaligen Massenorganisationen. In individuellen Gesprächen entlarvten sie die Demagogie der Nationalsozialisten, aber verhiessen auch noch immer den baldigen Zusammenbruch des NS-Regimes. In diesem Zusammenhang wurden nun verstärkt Verbindungen zu Mitgliedern der SPD gesucht, wie z.B. in Pirna zu Martin Haase, Richard Hille, Walter Pohlert, Max Ramm, Otto Richter, Albert Sickert und Otto Walther sowie in Pirna-Copitz zu Albert Barthel,

Richard Langer, Arthur Pollack und in Pirna-Jessen zu Alfred Sickert. Besonders wichtig war die Verbreitung illegaler antifaschistischer Druckschriften unter Genossen und Sympathisanten in vielfältigen Formen, die von Flugblättern bis zu Zeitungen und Tarnschriften reichten. An erster Stelle standen hier zunächst die in den Widerstandsgruppen mit eigenen Mitteln selbst gefertigten Materialien. In Pirna wurden an verschiedenen Stellen noch bis in den Spätherbst 1933 hinein Flugblätter hergestellt und verteilt, um immer wieder sichtbar zu machen: "Die KPD lebt!" So fertigte u.a. Hellmut Fuchs in Pirna-Copitz gemeinsam mit Margareta Haak mehrere Male bis zu seiner Verhaftung am 4. November 1933 hektographierte Flugblätter an. Diese gelangten durch Genossen wie Richard Gießmann, Alfons Gora und Alfred Wünsche im Stadtgebiet von Pirna, durch Max Schmiedel in Pirna-Zehista und Pirna-Zuschendorf, durch Rudolf Spinn in Porschendorf, Alfred Meyer in Lohmen und Walter Wagner in Heidenau über weitere Mittelsmänner unter der Bevölkerung zur Verbreitung. Walter Wagner hatte nach der Verhaftung der führenden Heidenauer Kommunisten hier gemeinsam mit Erna Scholz und mit dem Instrukteur der

Unterbezirksleitung Max Richter, der bis zu seiner Emigration am 31. Dezember 1933 illegal in diesem Gebiet lebte, die KPD neu formiert.

Flugblätter für das Stadtgebiet Pirna, die vor allem noch der Wahlvorbereitung dienen, wurden auch auf der Handdruckmaschine der ehemaligen RFB-Ortsgruppe Pirna bis März 1933 hergestellt. Diese war bei dem parteilosen Richard Eißold in der Braustraße in einem winzigen separaten Raum eingerichtet worden. Die Leitung lag zumeist in den Händen von Erich Richter, dem ehemaligen Organisationsleiter des Proletarischen Musikvereins Pirna. Er war auch an der hektographischen Herstellung und Verteilung der illegalen „Orts-Zeitung für die Orte der Amtshauptmannschaft Pirna“ beteiligt. Die Verbreitung dieser Zeitung, die bis Ende März 1933 erschien, ist in Pirna,

Pirna-Copitz, Pirna-Jessen, Struppen, Thürmsdorf, Bad Schandau, Lichtenhain und Sebnitz nachweisbar. Sie wandte sich an „alle Arbeiter, Erwerbslosen, Mittelständler und Bauern“ und forderte noch in ihrer letzten Ausgabe zur Bildung einer „Einheitsfront zu gemeinsamen Aktionen gegen den Faschismus“ auf.¹³ In diesen selbstgefertigten Materialien wurde besonders der Terror der SA gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Hitlergegner angeprangert sowie die Praxis der Nationalsozialisten geschildert, wie sie sich in Städten und Gemeinden der Amtshauptmannschaft durch die Liquidierung sozialdemokratischer und kommunistischer Abgeordnetenmandate ihre „Mehrheiten“ sicherten. Zentrale Themen waren vor allem der Reichstagsbrand, die Entwürdigung des 1. Mai durch die Hitlerregierung sowie die Forderung der Freilassung Ernst Thälmanns und aller Inhaftierten.

Die Wahrheit über den Reichstagsbrand

Lesen und weitergeben!

Flugblatt der KPD

Die Justikomödie in Leipzig zeigt das wahre Gesicht des Hitler-Faschismus!

Welches sind die Tatsachen?

1. Noch während des Reichstagsbrandes, als Lubbe noch nicht einmal verurteilt war, erklärte Hitler die Brandstiftung als „Werk der Kommunisten“. Beteiligungsverdächtige waren für diese Tage, an denen die große Provokation gegen den Kommunismus geplant war, die Wahlveranstaltungen von Hitler, Göring und Göttele von Versammlungen freigesetzt worden, damit sie in Berlin sein und die Blätter gegen den Kommunismus leeren konnten.

2. Van der Lubbe erklärte nach seiner Verhaftung vor dem vernehmenden Richter, daß er in Deutschland keine Verbindung mit Kommunisten gehabt habe. Der vernehmende Richter des Reichsgerichts wies sich diese Aussage Lubbes ins Protokoll aufzunehmen. Erst als die anwesende Dolmetscherin der holländischen Gesandtschaft sich weigerte, ein solches Protokoll zu unterschreiben, mußte diese Erklärung Lubbes ins Protokoll aufgenommen werden. Lubbe wurde im Jahre 1929 aus der kommunistischen Partei Hollands als Provokateur ausgeschlossen.

3. Lubbe war im Jahre 1932 in Sachsen und stand in Sörnewitz mit Nationalsozialisten in Verbindung.

4. Entgegen den Mitteilungen der Nazipresse fanden am Tage des Reichstagsbrandes keinerlei Sitzungen der kommunistischen Reichstagsfraktion oder auch nur eines Teiles der kommunistischen Fraktionsmitglieder statt.

5. Genosse Torgler befand sich am Tage des Reichstagsbrandes abends 9 Uhr im Restaurant Aachinger zum Abendessen und war auch noch um 10 Uhr, zur Zeit des Reichstagsbrandes, da. Erst später erhielt er vom Brand-Kommando die Mitteilung der landständischen Gerichts gegen Torgler sind, zeigt die Tatsache, daß in der Anklageschrift gesagt wird, Torgler sei im Jahre 1923 Mitglied der Kommission für Feuerlöschwesen in Lützenberg gewesen und habe Kenntnisse in Brandstätten.

6. Vor Ausbruch des Brandes machte besetzender Weiser jener Inspektor des Reichstags, der der NSDAP angehört, selbst den Rundgang durch das Reichstagsgebäude und schloß die Räume ab. Dies besorgten somit andere Beamte. Dieser Nazinspektor war auch im Besitz des Schlüssel zum Heizungsanlage der von der Wahrung des Reichstagsappar. Göring zum Reichstagsgebäude führt.

7. Die vom Untersuchungsrichter vernommenen Beamten des Reichstags sagten übereinstimmend aus, daß kein Mann, der Lubbe geist, die Portale des Reichstags passiert habe.

8. Der Leiter des Feuerwehrrückkommands, der die Löscharbeiten leitete, ist ungefähr an 27 Punkten im Reichstag Brandherde angelegt worden seien und daß nur Leute mit Fachkenntnissen diese Brandstiftung durchgeführt haben können. Er erklärte weiter, daß die für die Löschung des Feuers wichtigen Räume abgeschlossen waren. In den Räumen der kommunistischen Reichstagsfraktion seien keinerlei Anhaltspunkte für die Brandstiftung festgestellt worden. Dieser Branddirektor, dessen Aufgabe es war, noch während des Brandes dessen Ursachen zu prüfen und der diese Feststellungen zu Protokoll gab, wurde von seinem Posten entlassen und ist nicht aufzufinden.

9. Der führende Funktionär der NSDAP, Bell, der bei zahlreichen Femeinorden der Nazis beteiligt war, erschien kurz nach dem Reichstagsbrand im Gebäude des Verwahrs und erklärte, er wolle einen verantwortlichen

Funktionär sprechen, um Beweismaterial darüber mitzuteilen, daß Mitglieder der NSDAP den Reichstag in Brand gesteckt haben. Freundes gegenüber hatte Bell wenige Tage vor dem Reichstagsbrande erklärt, es werde am Montag im Reichstag zu einer sehr großen Sache kommen. Auf Grund dieser Mitteilungen wurde Bell von SA-Leuten verhaftet. Er überschnitt die deutsch-österreichische Grenze und wurde dort von SA-Leuten, die mit dem Auto aus Deutschland gekommen waren, erschossen.

10. Staatssekretär Plank erklärte eine Woche vor dem Reichstagsbrand, es sei ihm bekannt geworden, daß die Nationalsozialisten vor den Wahlen eine große Provokation, wahrscheinlich ein Attentat gegen Hitler planten, um eine Programmumgebung gegen Kommunisten zu erzeugen.

11. Um die Entlarvung der wahren Brandstifter und landständischen Provokateure zu verhindern, hat der Leiter der geheimen Staatspolizei in Berlin, Staatsanwaltschaftsleiter Dr. Mittelbach, jene Rechtsanwälte, die bereit waren, den Genossen Torgler zu verteidigen, zu sich geladen und sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Verteidigung Torglers als kommunistische Betätigung betrachtet würde und drohte mit Ausstoßung aus der Anwaltskammer.

12. Gegen den Genossen Dimitrow wird die Anklage wegen Teilnahme an der Brandstiftung erhoben, obwohl Genosse Dimitrow, einer der Führer der bulgarischen revolutionären Gewerkschaftsbewegung, der langjährige Generalsekretär der Gewerkschaften Bulgariens, in diesen Tagen nicht in Berlin, sondern in München weilte.

13. Die Angeklagten werden nicht nur dauernd seelisch und physisch gequält, sondern ihnen ist jede Vorbereitungsmaßnahme für ihre Verteidigung genommen. Sie können keine Zeugen laden, weil jeder Zeuge gewarnt ist nicht zu kommen, sondern in München weilt.

14. Dem bulgarischen Rechtsanwalt Detlaf wurde die Sprechereibei mit dem bulgarischen Genossen verweigert, und die Zulassung eines ausländischen Rechtsanwalts für die Verteidigung der bulgarischen Revolutionäre abgelehnt. Das ist die freie „Verteidigerwahl“ von der der landständische Oberreichsanwalt spricht.

15. Wer hatte in Wirklichkeit ein einziges Interesse am Reichstagsbrand? Nur der Reichsminister der Justiz, der diesen Reichstagsbrand brauchte zum Bluttier gegen die Kommunisten und die revolutionäre Arbeiterbewegung. Weil die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter gegen den faschistischen Terror immer stärker wurde, deshalb sollte die KPD als „Verbrecherin“ diskreditiert werden.

16. In Leipzig zeigt sich das wahre Gesicht der NSDAP. Nicht nur der Reichstagsbrand, sondern vor dem landständischen Reichsgericht in Leipzig können die wahren Täter des Reichstagsbrandes nicht verurteilt werden. Die wahren Angeklagten, das sind die Führer, Göring und Göttele.

17. Der Reichsminister Göring hat durch die Abschichtung der vier Aufbauschüsse in Hamburg, durch die sechs Trabanten in Düsseldorf und die zwei Trabanten in Kassel die Linien der wahren Täter abgegrenzt.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Werktätige! Verbleibt überall die Wahrheit über den Reichstagsbrand. Schickert überall der NSDAP die Anklage im Gesicht! Die NSDAP ist die Partei der Arbeitermörder, der Brandstifter, der Ausbeutung der Werktätigen der Krisenperiode. Kampf für die Freilassung des Führers der revolutionären Proletariat! Ernst Thälmann!

Erna mit Torgler, Dimitrow und allen politischen Gefangenen!

Pirna zu Massenkonventionen und Protestaktionen gegen die landständische Diktatur!

Vorwärts in der sozialistischen Proletkation zum Sturz der landständischen Diktatur, zum siegreichen Kampfe für die Umkehr des Proletats, für die Sozialisten.

Flugblatt der KPD, das 1933 auch in Pirna, Heidenau und den umliegenden Orten in großer Anzahl verbreitet wurde

Emigrierte Genossen schleusen als erste Grenzarbeiter illegale Druckschriften für die Widerstandsgruppen

Nach der Neugliederung der sächsischen Parteibezirke erhielt der Unterbezirk Pirna nun auch von der illegalen Bezirksleitung aus Dresden durch Kuriere gedruckte Materialien. Das waren neben Flugblättern, u.a. zum Reichstagsbrand, vor allem die illegale Zeitung der Bezirksleitung „Arbeiterstimme“ und das illegale Zentralorgan des KJVD „Die Junge Garde“. Doch das waren nur Tropfen auf den heißen Stein. Von besonderem Wert für die Information und Orientierung der Illegalen und für ihre Aufklärungsarbeit unter parteilosen Antifaschisten waren deshalb die illegalen Druckerzeugnisse, die bereits ab März 1933 aus der CSR von emigrierten Genossen mit Hilfe sudetendeutscher und tschechischer Antifaschisten über die grüne Grenze nach Pirna gelangten. Dazu war schon Ende Februar 1933 bei Karl Rädels und seiner parteilosen Frau Alma in Pirna-Copitz eine so genannte Anlaufstelle eingerichtet worden, die im Juni aus Sicherheitsgründen zu Hellmut Fuchs und Alfons Gora verlegt wurde. Solche sehr begehrten Druckschriften waren in jener ersten Phase der sich zunächst spontan entwickelnden Grenzarbeit z.B. die in Prag gedruckte Zeitung „Der Gegen-Angriff. Antifaschistische Wochenschrift“ mit einer speziellen Ausgabe für die illegale Arbeit in Deutschland im Kleinformat auf Dünndruckpapier sowie die in Basel hergestellte „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“, die deshalb zumeist „Baseler Rundschau“ genannt wurde. Des Weiteren ist hier die bereits vor 1933 besonders beliebte „AIZ, Arbeiter-Illustrierte Zeitung“ zu nennen.

Sie wurde nun in Prag als legale Illustrierte hergestellt und in der CSR sowie in anderen Ländern verkauft. Zugleich erfolgte der Druck einer kleinformatigen Ausgabe für die illegale Arbeit in Deutschland. Ab Mai 1933 gelangte auch „Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)“ in die Widerstandsgruppen in Pirna und Umgebung. Sie wurde seit April 1933 u.a. auch in der kleinen Druckerei des sudetendeutschen Sozialdemokraten Hans Müller in Teplitz-Schönau (Teplice-Sanov) im Kleinformat auf Dünndruckpapier illegal hergestellt.

Alle diese Schriften, im NS-Sprachgebrauch stets als „üble kommunistische Hetzschriften“ bezeichnet, entlarvten die raffinierte Demagogie der Nationalsozialisten, offenbarten das ganze Ausmaß ihres brutalen Terrors gegen die Gegner des NS-Regimes und schilderten die wahren Verhältnisse in Deutschland unter der faschistischen Diktatur. Aber sie popularisierten auch die mutigen Widerstandsaktionen der deutschen Antifaschisten, rüsteten die Illegalen mit Argumenten für ihre Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung aus und gaben praktikable Hinweise für die illegale Arbeit nach den Regeln der Konspiration.

Der erste und über Monate hinweg wichtigste Kurier, der die illegale Schleusung dieser Zeitungen aus der CSR organisierte und zu einem großen Teil auch selbst durchführte, war der aus Dohma emigrierte 24-jährige Kommunist Walter Richter, den wir bereits als Instrukteur der Unterbezirksleitung kennen lernten. Um seiner Verhaftung als Organisationsleiter der KPD-Ortsgruppe und Gemeindevertreter seines Heimatdorfes sowie als bekannter erfolgreicher roter Sportler und Bergsteiger zu entgehen, erhielt er von Oswald Rentzsch den Auftrag, den Transport antifaschistischer Literatur zur Unterstützung der illegalen Gruppen im Unterbezirk Pirna aufzubauen. Damit begann auch in unserer Heimat die illegale antifaschistische Grenzarbeit, die von Anfang an im grenznahen Raum ein bedeutender Bestandteil des gemeinsamen Widerstandes deutscher, sudetendeutscher und tschechischer Antifaschisten war. In Nieder Einsiedel (Dolní Poustevna) erhielt Walter Richter bei Mitgliedern der KPC seine ersten illegalen Quartiere. Wichtigste Kontaktperson aber war Josef Baumgartl der Literaturobmann der KPC-Ortsgruppe Nieder Einsiedel (Dolní Poustevna) (siehe Kapitel 6).



Illegale Zeitungen der KPD, die auch in unserem Gebiet aus der CSR eingeschleust und in zahlreichen Exemplaren verbreitet wurden

Von diesem bekam er die dringend benötigten Druckerzeugnisse und brachte sie von Mitte März bis Ende Mai 1933 jeweils nachts auf verborgenen Wegen bis nach Pirna-Copitz zu Karl Rädel oder Hellmut Fuchs. Mit großem persönlichem Einsatz bewältigte er mit seinem Rennrad oft mehrmals in einer Woche diese Strecke. Ende Mai richtete er mit Walter Heymann aus Kohlmühle und Reinhard Schickel aus Porsdorf in den Ochelsteinen bei Kohlmühle und an der Ziegenrücken-Straße bei Waltersdorf Zwischenlager in sicheren Verstecken ein, in die die Druckschriften dann von den Genannten gebracht wurden. Von hier aus erfolgte der weitere Transport nach entsprechenden konspirativen Vereinbarungen vor allem durch Alfons Gora per Fahrrad nach Pirna und von Alfred Wünsche mit seinem Seitenwagen-Krad nach Pirna-Copitz. Diese „Lieferungen" umfassten jeweils etwa 200 bis 400 Exemplare. Von

Hellmut Fuchs gelangten die Zeitungen dann über Unterverteiler zu den illegalen Gruppen in Pirna, aber auch u.a. nach Pratzschwitz, Birkwitz, Söbriken, Graupa, Liebethal, Porschendorf und Lohmen sowie nach Heidenau, Dohna, Dohma, Berggießhübel, Langenhennersdorf und Königstein. Dabei leisteten auch die zumeist parteilosen Frauen wie Meta Gedlich, Hildegard Gora, die allein fünf Anlaufstellen „zu beliefern“ hatte, Margareta Haak, Frieda Heymann, Alma Rädcl, Margarete Sturm und Milda Wünsche, wohl nie ohne Furcht vor den braunen Häschern, mutig wertvolle Dienste.



Margarete Sturm

Frieda Heymann

Am 1. August 1933 erschien in Basel auf Initiative des Weltkomitees für die Opfer des deutschen Faschismus das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror“. Dieses Braunbuch I zeigte der Weltöffentlichkeit erstmals das wahre Gesicht des Hitlerfaschismus. Es enthielt umfangreiches dokumentarisches Beweismaterial über den Reichstagsbrand sowie über den NS-Terror und war deshalb eine besonders wertvolle Hilfe für die illegale Arbeit. Die ersten Exemplare erreichten bereits ab Mitte September 1933 auch die Widerstandsgruppen in Pirna, zunächst als normale Ausgabe, bald auch als Tarnschrift auf Dünndruckpapier in Form eines Taschenbuches von Reclams Universal-Bibliothek Leipzig unter dem Titel „Fr. von Schiller. Wallenstein. Ein dramatisches Gedicht“. Beide Ausgaben gehörten zu den begehrtesten Kostbarkeiten der illegalen Literatur und wurden, da vorerst nur wenige Exemplare vorhanden waren, sorgfältig von Leser zu Leser weitergegeben.

Während die Instrukteure der Unterbezirksleitung die Widerstandsgruppen der KPD formierten, bildete sich ab Ende März 1933 in Tyssa (Tisa) und Eulau (Jilove) mit solidarischer Hilfe sudetendeutscher und tschechischer Antifaschisten eine Gruppe politischer Emigranten. Das waren zunächst Gerhard Hartmann, Deckname „Gurke“, und Arno Hering aus Struppen, Walter Förster und Alfred Vater aus Pirna-Neundorf sowie Arthur Thiermann aus Ebenheit. Diese Funktionäre der KPD oder der Proletarischen Schutz- und Wehrorganisation emigrierten über die rettende Grenze, um der Verhaftung zu entgehen. Zu ihnen kamen im Juni und Juli 1933 die Gebrüder Friedrich, Hellmuth, Herbert und Oskar Morche aus Pirna. Friedrich, Herbert und Oskar waren bereits ab 11. März 1933 in die Schutzhaftlager Hohnstein und Königstein-Halbestadt „verbracht“ worden. Doch die energischen Proteste ihrer resoluten Mutter Elisabeth bei NSDAP-Kreisleiter Paul Sterzing und dem Führer der SA-Standarte 177 Erich Rosig unter Verweis auf ihre tschechoslowakische Staatsangehörigkeit blieben nicht ohne Erfolg. Bis Mitte Juni wurden sie wieder entlassen und unmittelbar danach „wegen staatsfeindlicher politischer Betätigung als lästige Ausländer des Landes verwiesen“. Gemeinsam mit ihrem Bruder Hellmuth gingen sie in die CSR und fanden in Tyssa (Tisa), Eulau (Jilove) und Riegersdorf (Modra) Unterkunft. Hier schlossen sie sich den Emigranten



Walter Richter - „Florian“ mit antifaschistischen Bergkameraden 1932 auf dem Gipfel der Nonne (hintere Reihe rechts, sitzend mit hellem Wanderhut)

aus Pirna-Neundorf und Struppen an, zu denen Ende Mai auch Walter Richter von Nieder Einsiedel (Dolni Poustevna) gelangt war. Unter seiner Leitung bildete sich mit großer Unterstützung von Mitgliedern der KPC und der DSAP aus den Ortsgruppen Tyssa (Tisa) und Eulau (Jilove) sowie von parteilosen sudetendeutschen und tschechischen Antifaschisten eine der ersten organisierten illegalen Grenzarbeitergruppen, um den Widerstand in der Amtshauptmannschaft Pirna vor allem durch das Einschleusen antifaschistischer Literatur zu unterstützen - die Gruppe „Florian“. Einen ihrer Stützpunkte hatte sie im „Volkshaus“ Tyssa (Tisa), unmittelbar am Fuße der bizarren Sandstein-Felsenwelt der Tyssaer Wände gelegen. Deshalb war es im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet weithin bekannt und galt von jeher als beliebtes Ausflugsziel von Arbeitersportlern, Bergsteigern und Touristen.



Alfred Vater (3. v. L.), Arno Hering (4. v. 1.), und Walter Förster (6. v. 1.) mit den sudetendeutschen Eulauer Antifaschisten Franz Köbel mit Frau (1. u. 2. v. 1..), Wenzel Weinberger (5. v. 1.) und Felix Hamersky mit Frau (7. u. 8. v.1.) im Frühjahr 1933



Braunbuch I als illegale Tarnschrift
im Format 7,5 cm x 11,8 cm



Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror (Braunbuch I), Originalgröße 14,5 cm x 20,5 cm

Das erleichterte der Gruppe wiederum relativ unauffällig die Kontaktaufnahme mit Illegalen aus Deutschland. Nun bestand auch von Tyssa (Tisa) aus eine weitere Möglichkeit, Widerstandsgruppen im Unterbezirk mit illegalen Druckschriften zu versorgen. So brachten wöchentlich die Gebrüder Friedrich, Hellmuth und Herbert Morche z.B. die Zeitungen „Der Gegen-Angriff“, „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“ und „AIZ. Arbeiter-Illustrierte Zeitung“ bis in die Gärten der Pirnaer Genossen Rudolf Hickmann und Max Kluge in der Viehleite. Von dort aus gelangten sie durch diese oder durch Max Kandier, Alfred Riebau und Selma Zobel in die Widerstandsgruppen in Pirna sowie durch Mittelsmänner nach Dohna und Heidenau. Des weiteren war von Alfred Vater mit Walter Förster, Gerhard Hartmann, Arno Hering und Oskar Morche bereits ab Mitte Juni 1933 der illegale Literaturtransport zu den Widerstandsgruppen in Pirna-Neundorf, Pirna-Rottwerndorf, Struppen und Langenhennersdorf sowie darüber hinaus nach Ebenheit, Obervogelgesang, Naundorf, Wehlen und Krebs aufgebaut worden. Dazu richtete Alfred Vater gemeinsam mit seinem Neundorfer Genossen Walter Friedemann im Beutwald an der alten Rosenthaler Straße zwischen Ottomühle und Markersbach ein Zwischenlager ein. Hier legten die Emigranten vorwiegend die Zeitungen „Der Gegen-Angriff“ und „AIZ. Arbeiter-Illustrierte Zeitung“, aber auch Flugblätter nieder. Diese wurden bis Ende Oktober 1933 von Walter Friedemann, Arno Hergesell und Paul Reiche aus Pirna-Neundorf sowie von Willy Richter aus Pirna-Rottwerndorf mit ihren Fahrrädern wöchentlich abgeholt und zur Verteilung gebracht sowie zu den Widerstandsgruppen in Struppen und Langenhennersdorf weitergeleitet.



Friedrich Morche
18. Oktober 1905-† 5. November 1944



Hellmuth Morche
*27. Juli 1908-† 25. Januar 1945



Oskar Morche

Auf umgekehrtem Wege flossen die entrichteten „Lesegelder“ oder auch gesammelte Gelder an die Emigranten zurück. Dieser von der illegalen Unterbezirksleitung in enger Zusammenarbeit mit den emigrierten Genossen organisierte Literaturvertrieb für die Widerstandsgruppen und Teile der Bevölkerung konnte auch nach den ersten Verhaftungen bis kurz vor Weihnachten 1933 im wesentlichen aufrecht erhalten werden. Dadurch war es möglich, bis zu diesem Zeitpunkt weit über 100 Familien in Pirna und Umgebung nahezu regelmäßig mit antifaschistischer Literatur zu versorgen und darüber hinaus eine beachtliche Anzahl von Exemplaren auch an die Bezirksleitung und die Unterbezirksleitung Meißen abzugeben.

Die Widerstandsgruppen in Pirna und Umgebung werden zerschlagen

In seinen Erinnerungen schrieb Arthur Göhler aus Pirna-Jessen: „In der illegalen Arbeit hatten wir wenig Erfahrung. Deshalb machten wir auch viele Fehler. Dass wir unsere an sich längere Zeit gut funktionierende illegale Organisation nach der Verhaftung der ersten Genossen nicht sofort erneut umstellten und die Spuren nicht verwischten, hatte zur Folge, dass im Dezember 1933 und Januar 1934 von unseren illegalen Pirnaer Gruppen 83 Genossen verhaftet wurden.“¹⁴

Der Stein dazu kam ins Rollen, als der Politischen Polizei Anfang Oktober 1933 ein schwerer Schlag gegen die illegale KPD-Bezirksleitung für Westsachsen in Leipzig gelang. Bei dem Leiter einer als „sicher“ geltenden Geheimdruckerei der KPD, Alfred Kästner aus Leipzig, fand sie unter einer großen Anzahl illegaler Druckerzeugnisse die noch chiffrierten Deckadressen für die illegalen Unterbezirke in Sachsen, darunter auch die für Georg Haak - Paul Janetz, Pirna-Copitz. In mehreren großen, zumeist nächtlichen, überfallartigen Polizeiaktionen, verbunden mit umfangreichen Haussuchungen, erfolgten in Pirna und seinen Vororten sowie in Heidenau, Dohna, Dohma, Graupa, Pratzschwitz, Bonnewitz, Liebethal, Lohmen und Porschendorf vom 9. Oktober 1933 bis in den Januar 1934 hinein Verhaftungen von über 100 Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen, um den von der KPD organisierten Widerstand zu zerschlagen. Kennzeichnend für das brutale Vorgehen der Polizei war, dass die meisten Festnahmen kurz vor Weihnachten und vor Silvester erfolgten.

Verhöre, Schläge und Misshandlungen füllten die Wochen der „Beweisaufnahme“. Dann verurteilte das Oberlandesgericht Dresden in fünf getrennten großen Prozessen in der Zeit vom 16. August bis 15. Oktober 1934 73 Angehörige dieser Widerstandsgruppen wegen „gemeinschaftlichen Verbrechens nach § 2 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien in Tateinheit mit der gemeinschaftlichen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“

zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Unter ihnen befanden sich der Dreierkopf der illegalen Unterbezirksleitung sowie nahezu sämtliche Instrukteure und Gruppenleiter. Dazu hieß es übereinstimmend in den Urteilen: „Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 wurde die KPD durch Verhaftung ihrer Führer und durch Beschlagnahme ihres Vermögens sowie der Einziehung ihrer Geschäftsstellen praktisch zerschlagen. Nunmehr versuchte die oberste Leitung der KPD, die Partei insgeheim neu aufzuziehen. Zu den Gebieten, in denen die revolutionären Bestrebungen am stärksten weiterlebten und zu einem systematischen organisierten Neuaufbau der KPD führten, gehörten Pirna und Heidenau mit den umliegenden Ortschaften. So hatten sich in Pirna und Umgebung ehemalige Parteigenossen gefunden, die in mannigfacher Weise sowohl um den Wiederaufbau der Organisation, als auch um den Vertrieb kommunistischen Druckschriftenmaterials bemüht waren.“¹⁵

Noch hatte die Polizei das „Aufrollen“ der kommunistischen Widerstandsgruppen in Pirna und Umgebung nicht abgeschlossen, so gelang ihr in unserem Gebiet auch bereits der erste schwere Einbruch in die noch im Aufbau befindliche illegale Grenzarbeit. Trotz einer Anweisung der Grenzstützpunktleitung der KPD in Prag, die den Grenzarbeitern u.a. untersagte, ohne besonderen Auftrag ihre Heimatorte aufzusuchen, war Alfred Vater am 2. November 1933 wiederum nach Pirna-Neundorf zurückgekehrt. Dort wurde er am nächsten Tag verhaftet. Ein Polizeispitzel, der wegen krimineller Delikte belangte Alfred Thiermann, war zum Verräter geworden und hatte der Polizei die Hauptorganisatoren dieses illegalen Zeitungsvertriebes in die Hände gespielt. Noch am gleichen Tage erfolgte in Pirna-Neundorf die Festnahme von Walter Friedemann, Arno Hergesell und Paul Reiche. Doch das Verhalten Alfred Vaters, das den Verrat des Spitzels und seine Verhaftung erst ermöglichte, hatte noch weitaus schlimmere Folgen. Von Anfang November 1933 bis Mitte März 1934 wurden in Pirna, Pirna-Rottwerndorf, Pirna-Neundorf, Struppen, Krietzschwitz, Langenhennersdorf, Krebs und Wehlen abermals über 100 Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose im Rahmen dieser Aktion verhaftet und dadurch die mühsam aufgebaute Versorgung der Antifaschisten mit illegaler Literatur zerschlagen.

In einem der größten Prozesse, die von der NS-Justiz gegen Antifaschisten aus der Amtshauptmannschaft Pirna geführt wurden, verurteilte das Sondergericht für das Land Sachsen, Sitz Freiberg, am 6. Juli 1934 in Plauen 51 der Beteiligten „wegen Zuwiderhandlung gegen das Verbot kommunistischer Druckschriften im Fortsetzungszusammenhang mit einem Verbrechen nach § 2 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien“ wiederum zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.¹⁶

Alfred Vater, erst 24 Jahre alt, erhielt als „Hauptbeschuldigter“ vier Jahre Zuchthaus, die er im Zuchthaus Waldheim verbüßte. Danach wurde er auf Anordnung der Gestapo sofort erneut in Schutzhaft genommen und in das KZ Buchenwald überführt, wo er bis Januar 1944 verblieb. Von dort in das KZ Lublin „überstellt“, gelang ihm im Juni 1944 die Flucht über die sich nähernde Front zur Roten Armee. Erst im Juli 1945 kehrte er nach zwölf Jahren in die Heimat zurück.

Diese Massenverhaftungen und die nachfolgenden großen Prozesse zeigen auch in unserer Heimat das Ausmaß des von Kommunisten organisierten Widerstandes gegen die Errichtung der NS-Diktatur. Sie waren aber auch für die Antifaschisten in Pirna und Umgebung ein derart verlustreicher Aderlass, der bereits Anfang 1934 in diesem Gebiet vorerst das Ende des organisierten Widerstandes der KPD bedeutete. Die meisten Verurteilten befanden sich nun über Jahre hinweg hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern. Viele von ihnen teilten nach Strafverbüßung das Schicksal Alfred Vaters. Sie gelangten nicht in die Freiheit, sondern für weitere Jahre in KZ. Aber auch der Entlassene war als „straffällig gewordener NS-Gegner“ noch monatelang der oft täglichen polizeilichen Meldepflicht und „verschärfter Nachüberwachung“ sowie ständiger Bespitzelung unterworfen oder er wurde „aus dem Reichsgebiet verwiesen“. So wurden z.B. die Pirnaer Gottfried Morche und Arthur Petters

unter Polizeiaufsicht in die CSR „abgeschoben“. Und dennoch formierten sich auch in diesem Gebiet in den folgenden Jahren erneut Kräfte zum Widerstand, wovon an anderer Stelle berichtet wird.

Es wird gebeten, bei allen Eingaben das nachstehende Kennzeichen anzugeben.

Abschrift.

Va S Reg I 63/34 Nr. I
I 6 Sta I 98 / 34

Haftbefehl*)

Der am 12. Nov. 1901 in Copitz bei Pirna geborene Mechaniker Georg Paul Willy Haak in Copitz b. Pirna

ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Er ist dringend verdächtig, es unternommen zu haben, den organisatorischen Zusammenhalt der KPD auch noch nach dem 15. 7. 33. dadurch aufrechterhalten zu haben, dass er als ehemaliges Mitglied der verbotenen KPD als Instrukteur des Pirnaer Landgebietes sich für die Erhaltung und die Reorganisation der KPD betätigte. Insbesondere war es seine Aufgabe auser seiner sonstigen illegalen Betätigung für die Verbreitung von illegalen Druckschriften hinzuwirken, die sodann durch seine Unterinstruktoren erfolgte.
(wenden)

Die Untersuchungshaft wird verhängt, weil ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet, Fluchtverdacht sonst keiner weiteren Begründung bedarf. Verdunklungsgefahr erscheint gegeben, da die polizeilichen Ermittlungen noch nicht restlos abgeschlossen sind.

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig.

Statt der Beschwerde kann mündliche Verhandlung über den Haftbefehl benutzt werden. **)

Dresden-N. 24, den 8. Januar 1934.
Rändner Platz 3.

Das Amtsgericht, Abt. V.
gez. Dr. Schulze.

~~Als Gegenstand der Beschwerde kann mündliche Verhandlung über den Haftbefehl benutzt werden. **)~~

*) Wird der Haftbefehl durch Verkündung bekanntgemacht, so ist der Angeklagte darauf hinzuweisen, daß ihm auf Verlangen eine Abschrift des Haftbefehls erteilt wird (§ 114 Abs. 3 Satz 2 StPO.).
**) Nur bei Verbrechen oder Vergehen (§§ 114d, 115 StPO.).
Nach der Eröffnung des Hauptverfahrens findet eine mündliche Verhandlung über den Haftbefehl nicht mehr statt (§ 115b StPO.). Neben einem Antrag auf mündliche Verhandlung ist eine Beschwerde über den Haftbefehl nicht zulässig. Eine bereits eingelegte Beschwerde gilt mit der Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung als zurückgenommen (§ 115e Abs. 2 StPO.).

Haftbefehl gegen Georg Haak vom 8. Januar 1934 zu seiner bereits am 13. Oktober 1933 erfolgten Verhaftung

Vergütung

Wpfr. Alfred Hirsch

Pirna, am 21. Dezember 1933.

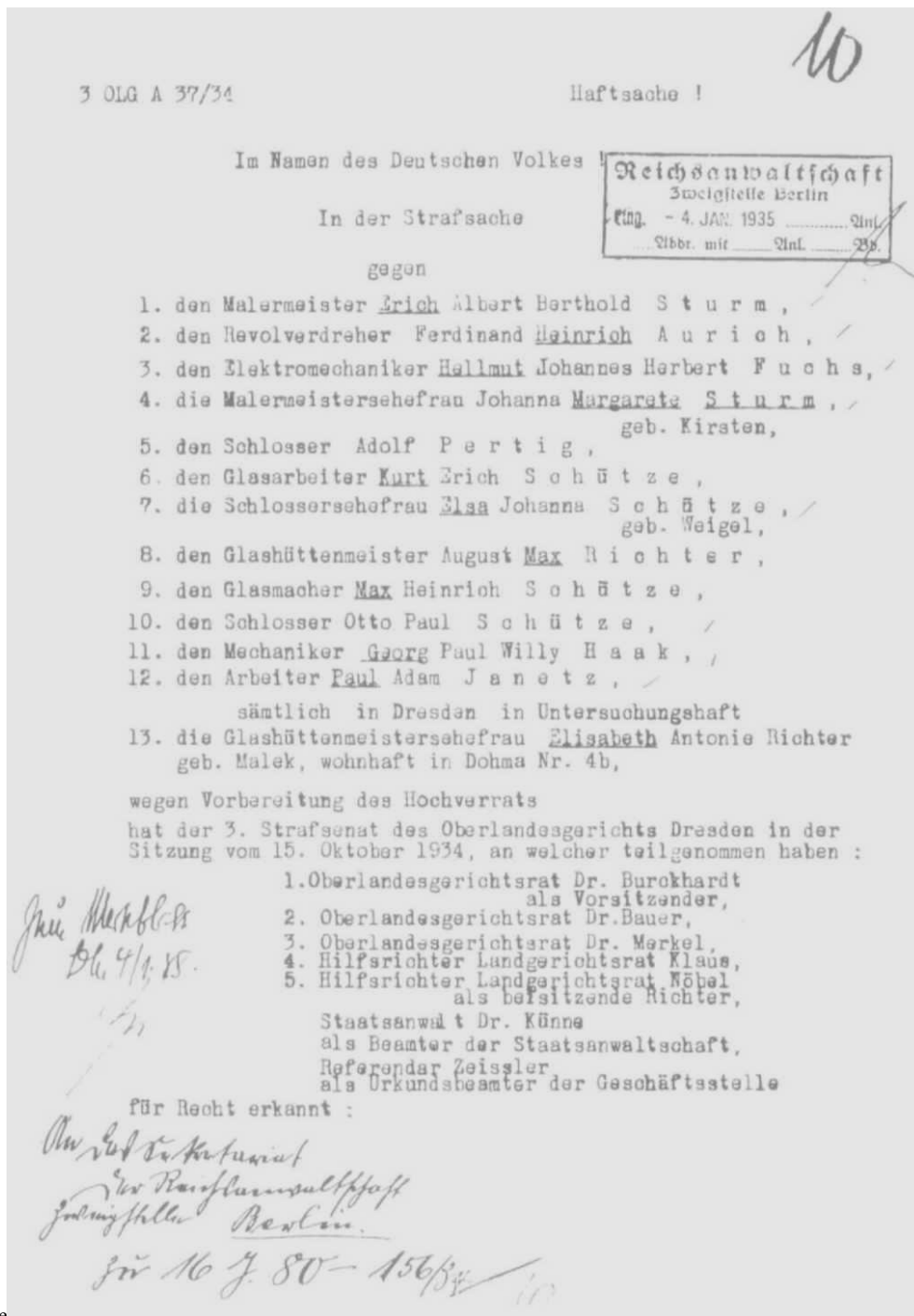
Auftragsgemäß wurden am 20. d. M. die 3 Kinder, Berthold 2¹/₂ Jahr, Dilo 9 Jahre und Agnes Sturm 13 Jahre, deren Eltern wegen politischer Umtriebe sich in Untersuchungshaft befinden, durch Schwester Messmann und dem Unterzeichneten aus der elterlichen Wohnung mittels Krankenautos dem Kinderheim Coswig zugeführt.

Die vorhandenen Lebensmittel, 5 und ¹/₂ Stollen, etwas Margarine und Fett wurden der Friede vhl. Bellmann, hier, Turngutstr. 13, welche bisher die Kinder versorgt hat, übergeben. Den Stollen will sie so nach und nach den Kindern schicken, die Margarine und das Fett will sie, bevor es verdirbt, für sich verwenden.

Das Wasser im Badezimmer und das Gas wurde abgestellt. Der Gaszählerstand betrug 466,30 und vom elektr. Licht 664,74. Das elektr. Licht konnte nicht abgestellt werden, weil damit die Hausklingel zu dem Grundstück mit den 2 Mietparteien verbunden ist und der 3jähr. Lehrling, Alfred Hirsch, 17 Jahre alt, in der Werkstatt im Keller Licht benötigt, um die vorhandenen Aufträge ausführen zu können.

Die Wohnung wurde verschlossen und versiegelt. Die Schlüssel zu der Wohnung wurden den im I. Stock wohnhaften verh. Volksschullehrer Alfred Senkbeil im Briefumschlage zur Aufbewahrung übergeben. Es empfiehlt sich, die Wohnung wöchentlich einmal zu lüften. Im vorliegenden Falle muss auch, da Sturm Hausbesitzer und Malermeister ist, eine Person mit der Verwaltung des Grundstückes beauftragt werden. Desgleichen muss auch der Lehrling durch die Innung bei einem anderen Lehrmeister untergebracht werden.

Die "NS-Weihnachtsbescherung" für Kinder von Margarete und Erich Sturm



die Urteil des Oberlandesgerichts Dresden vom 15. Oktober 1934 gegen Erich Sturm und Genossen

Die Angeklagten H a a k, S t u r m, F u c h s,
A u r i c h, O t t o P a u l S c h ü t z e, P e r t i g und E l s a
verehel. S c h ü t z e sind der Vorbereitung eines hochver-
räterischen Unternehmens, die Angeklagten J a n e t z und
M a r g a r e t e verehel. S t u r m sind der Beihilfe zur Begehung
dieses Verbrechens schuldig.

Sie werden deshalb verurteilt :

H a a k zu 2 - zwei - Jahren 10 - zehn - Monaten Zucht-
haus,
F u c h s zu 2 - zwei - Jahren 6 - sechs - Monaten Zucht-
haus,
Paul Schütze zu - zwei Jahren 3-drei-Monaten Zuchthaus,
Sturm und Aurich je zu 2 -zwei -Jahren Zuchthaus,
P e r t i g zu 1 - einem -Jahre 9 - neun-Monaten Zuchthaus
E l s a verehel. Schütze zu 1 - einem -Jahre Zuchthaus,
J a n e t z zu 1 - einem - Jahre Gefängnis
M a r g a r e t e verehel. Sturm zu 9 -neun- Monaten Gefängnis,

Die bürgerlichen Ehrenrechte werden aberkannt bei :

Haak auf die Dauer von 4 - vier - Jahren,
bei Sturm, Fuchs, Aurich, Paul Schütze und Pertig je auf die
Dauer von 3 -drei - Jahren,
bei E l s a verehel. Schütze auf die Dauer von 2 -zwei- Jahren.

Auf die erkannten Strafen werden von der erlittenen
Untersuchungshaft angerechnet bei :

Fuchs, Aurich und Janetz je 11-elf-Monate,
bei Haak 10 - zehn - Monate,
bei Sturm und Pertig je 8 -acht -Monate,
bei Paul Schütze 7 -sieben -Monate,
bei der verehel. Sturm 6 -sechs-Monate und bei
der verehel. Schütze 5 - fünf Monate.

Die Angeklagten Max Richter, Elisabeth verehel. Richter,
Eurt Erich Schütze und Max Heinrich Schütze werden

f r e i g e s p r o c h e n .

Soweit die Angeklagten verurteilt worden sind, haben
sie die Kosten des Verfahrens zu tragen; im Umfange der Frei-
sprechung fallendie Kosten der Staatskasse zur Last.

H A F T S A C H E !

6 St A 2613/33 fg.

Freiberg, den 27. April 1934.

An das
Sondergericht für das Land Sachsen
in F r e i b e r g .

A n k l a g e s c h r i f t
der Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht für das Land Sachsen
g e g e n

- 1.) den am 10. Juni 1910 in Hütten bei Königstein geborenen Arbeiter
Rudolf Alfred Vater
in Pirna = Neundorf Nr. 12 e,
- 2.) den am 21. Februar 1905 in Schönfeld geborenen Bauarbeiter
Walter Kurt Friedemann
in Pirna = Neundorf Nr. 31 b,
- 3.) den am 17. Februar 1905 in Pirna geborenen Arbeiter
Willy Max Richter
in Pirna = Rottwerndorf Nr. 46 b,
- 4.) den am 25. August 1902 in Langenhennersdorf geborenen
Paul Alfred Reiche
in Pirna = Neundorf Nr. 3,
- 5.) den am 5. Februar 1906 in Neundorf (Amtsh. Pirna) geborenen Steinarbeiter
Arno Alfred Hergesell
in Pirna = Neundorf Nr. 102 a,
- 6.) den am 29. Oktober 1873 in Postwitz geborenen Arbeiter
Bruno Friedrich Porschberger
in Pirna = Neundorf Nr. 9,
- 7.) den am 13. Januar 1907 in Königstein geborenen Schiffer
Otto Friedrich Becker
in Langenhennersdorf Nr. 22 b,

Erste Seite der 28-seitigen Anklageschrift des Oberstaatsanwaltes beim Sondergericht für das Land Sachsen, Sitz Freiberg, vom 27. April 1934
gegen Alfred Vater und Genossen

VII Nachüb. 136. Pirna, am -7. AUG 1936
(In Antworten anzugeben!) Obere Burgstraße 9.

Vertraulich!

An
den Herrn Bürgermeister
in Porschewitz

Nachüberwachung.

Der ehemalige Schutzhaftgefangene Hugo Spinn politische Strafgefangener
geboren am 9. 1. 1878 in Teetitz
wohnhaft in P. Nr. 503,

ist unsuffällig zu überwachen, und zwar in Bezug auf seine politische Einstellung und Betätigung, seinen offenen und heimlichen Umgang und Briefwechsel - auch mit Personen im Auslande -, seine etwaigen Reisen oder Ausflüge ins Ausland (Tschechoslowakei usw.), seinen Aufenthalt zur Nachtzeit, den Bezug und das Lesen von Zeitungen und Zeitschriften, die Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen oder anderen Verbänden, zu Vereinen, Gesellschaften, Stammtischen, Sportklubs usw. Soweit die politische Einstellung der Personenkreise, mit denen der Genannte Verbindung unterhält, nicht bekannt ist, sind ebenfalls Ermittlungen in dieser Beziehung zu treffen.

Zur Feststellung der politischen Einstellung und Betätigung der überwachten Person ist mit dem zuständigen Gendarmerieposten und dem Ortsgruppenleiter der NSDAP. dauernd Fühlung zu halten. Der Aufenthalt ist in regelmäßigen Abständen von höchstens einem Monat nachzuprüfen.

Der Amtshauptmann zu Pirna.
I. A.
W. Müller

Auftrag des Amtshauptmannes zu Pirna zur Nachüberwachung von Hugo Spinn nach dessen Entlassung aus der Strafhaft, verurteilt 16. August 1934

Widerstand in den Bergen der Sächsischen Schweiz

Abseits aber von den „roten Hochburgen“ im oberelbischen Ballungsgebiet der Industriearbeiterschaft, in einigen grenznahen Dörfern der Sächsischen Schweiz und in der Kunstblumenstadt Sebnitz mit ihren Nachbargemeinden vermochten die in die Illegalität gegangenen Kommunisten zumeist gemeinsam mit Sozialdemokraten und Parteilosen ihren Widerstand gegen das NS-Regime noch fortzusetzen. Im Mai 1933 gelang es Walter Richter von Nieder Einsiedel (Dolní Poustevna) aus über Walter Heymann in Kohlmühle Verbindung zu Bernhard Geißler in Reinhardtsdorf aufzunehmen und ihn zu beauftragen, in diesem Gebiet die Parteimitglieder neu zu formieren sowie den Widerstand zu organisieren. Bernhard Geißler, 34 Jahre alt und von Beruf Mühlenbauer, vor kurzem erst nach zweimonatiger Haft aus dem Schutzhaftlager Hohnstein entlassen, nahm den Auftrag ohne zögern an. Während sich noch viele Genossen in Schutzhaft befanden, bildete er ab Juni 1933 relativ rasch mit Umsicht und konspirativer Sorgfalt aus KPD-Mitgliedern und Parteilosen seines Heimatortes sowie aus den Nachbardörfern Schöna und Kleinhennersdorf eine erste Widerstandsgruppe in der linkselbischen Sächsischen Schweiz. Dabei standen ihm vor allem Walter Biener, der „rote Schulmeister“ Herbert Müller und Paul Viehrig aus Reinhardtsdorf, Walter Hering, mit 23 Jahren der jüngste der Gruppe, und Paul Pelzer aus Schöna sowie Alfred Kühnel aus Kleinhennersdorf führend zur Seite. Sie waren wie auch die meisten Angehörigen ihrer Gruppe seit Jahren arbeitslos. Deshalb war das für sie zuständige Arbeitsamt in Königstein, wo sie ihre Arbeitslosenunterstützung erhielten, besonders an den „Zahltagen“ ein willkommener unauffälliger Treffpunkt, um Kontakte zu bekannten Genossen oder Sympathisanten aus weiteren benachbarten Orten zu knüpfen. Ab August 1933 bildeten sich von Bernhard Geißler

initiiert im Bad Schandauer Ortsteil Postelwitz unter der Leitung von Wilhelm Fischer und Erhard Kirbach sowie im damaligen Rathmannsdorfer Ortsteil Wendischfahre und in Porschdorf, wo Max Hölzel führend tätig war, ebenfalls Widerstandsgruppen. Weitere Kontakte Bernhard Geißlers und



Bernhard Geißler

*6. Februar 1899-t 18. Februar 1940

Herber! Müller

Walter Hering

*30. September 1910-t 11. Mai 1937

seiner Genossen sind zumindest nach Krippen, Königstein, Bad Schandau, Schmilka, Prossen und Kohlmühle sowie nach Pirna und Dresden nachweisbar.

So entwickelte sich im Gebiet des Elbsandsteingebirges um Bad Schandau, das als weltbekannter Kurort zu einer der Hochburgen von NSDAP und SA in der Amtshauptmannschaft Pirna geworden war, die organisatorische Basis für den Widerstand der KPD, die bis Oktober 1934 aufrecht erhalten werden konnte. Die Verbindung zur Unterbezirksleitung in Pirna-Copitz sicherte über Hellmut Fuchs bis zu dessen Verhaftung Walter Richter von der CSR aus. Dann riss diese für immer ab. Walter Richter hatte, wie bereits geschildert, seit Ende Mai 1933 seine illegalen Quartiere in Tyssa (Tisa) und Eulau (Jilove) bezogen und war nun von hier aus führend am Aufbau der illegalen Grenzarbeit beteiligt. Seine Mitarbeiter als Verbindungsmänner zur Gruppe um Bernhard Geißler waren die Emigranten Arno Hering aus Struppen und Richard Otto, Deckname „Geist“, aus Dresden, die zumeist bei sudetendeutschen Mitgliedern der DSAP in Eulau (Jilove) ihr Obdach hatten, sowie die Gebrüder Alfred Helmut und Rudolf Storch aus Bünauburg (Bynov). Diese waren sudetendeutsche Mitglieder der KPC und als aktive Bergsteiger mit den Beschaffenheiten des Elbsandsteingebirges beiderseits der Grenze gut vertraut. Bernhard Geißler und seine Genossen zählten seit Jahren aus gemeinsamen Veranstaltungen aber auch privaten Begegnungen zu ihrem Bekanntenkreis aus Sachsen.

Auf der Grundlage der neu geschaffenen Organisation dieser Widerstandsgruppen erfolgte auch hier als erstes wieder das Kassieren von Beiträgen und das Sammeln von Spendengeldern, wie wir es bereits in Pirna gesehen haben. Von großem Wert aber für den Zusammenhalt der Illegalen und für ihr Wirken gegen das NS-Regime war wiederum das Einschleusen illegaler antifaschistischer Literatur aus der CSR und ihre Verbreitung unter den Widerständlern sowie Sympathisanten und SPD-Mitgliedern. Solche Druckerzeugnisse waren hier außer den bereits angeführten Zeitungen z.B. die für die illegale Arbeit auf Dünndruckpapier hergestellte Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ sowie die Tarnschrift „Helios-Klassiker, Verlag Philipp Reclam jun.“, die bedeutsame Ausführungen von Georgi Dimitroff im Reichstagsbrandprozess enthielt. Schließlich verfügte Bernhard Geißler bereits seit September 1933 auch über das Braunbuch, das hier ebenfalls zur begehrtesten Lektüre zählte.

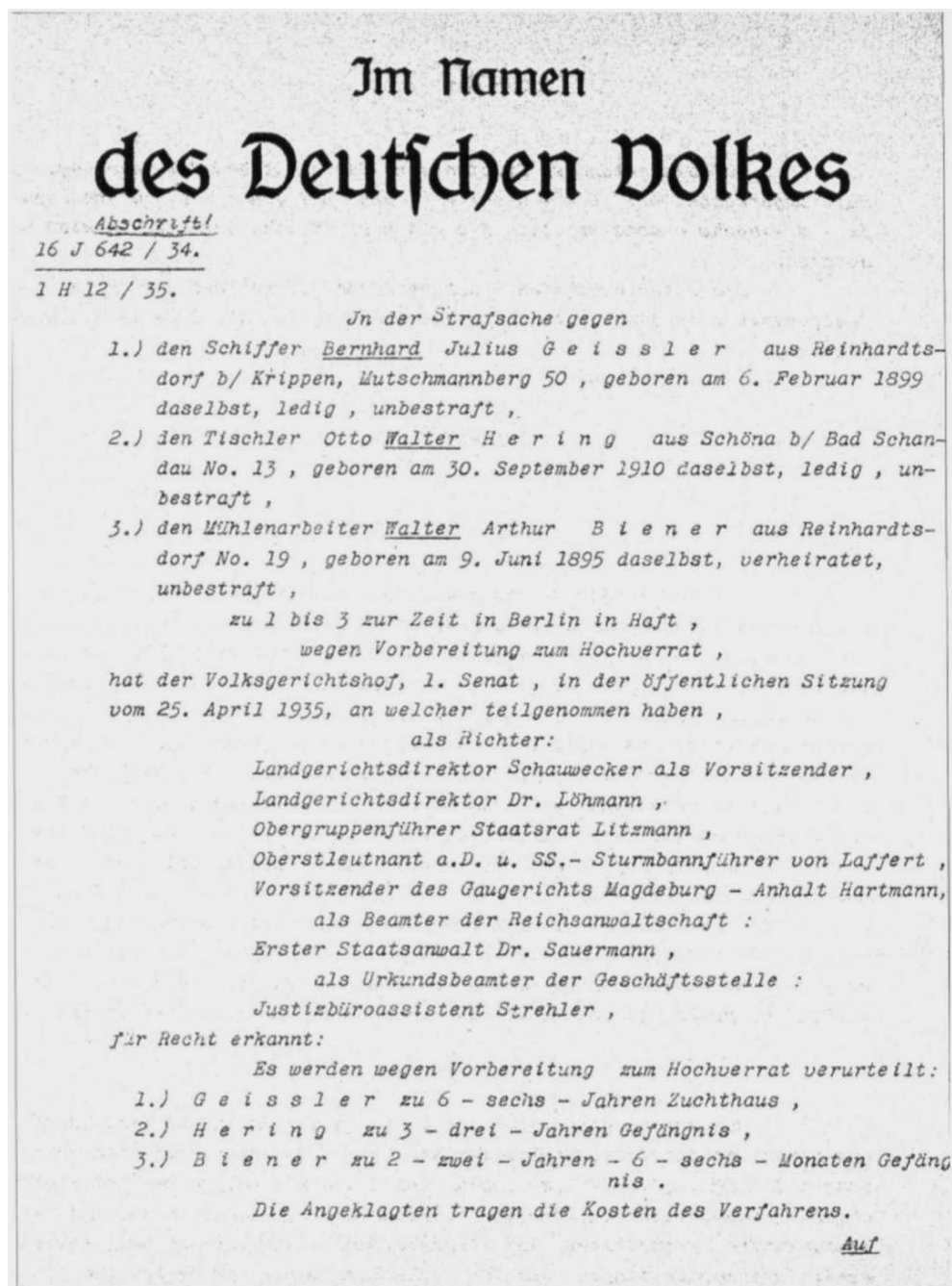
Diese Druckschriften wurden von Walter Richter, Arno Hering, Richard Otto und den Gebrüdern Storch bis September 1934 in vereinbarten Verstecken niedergelegt, die noch auf tschechischem Territorium lagen. Mehrere befanden sich unter überhängenden Felsen in der „Keule“, einer mit niedrigem, dichtem Fichtenbestand ausgefüllten Mulde südlich des Großen Zschirnsteins. Als weitere Ablagestelle diente u.a. eine Steinhöhle am Gelobtbach bei Niedergrund (Dolní Zleb). Von dort holten Bernhard Geißler, Walter Biener und Walter Hering diese Materialien zumeist nachts auf verborgenen Waldwegen an geheimen Übergangsstellen über die Grenze zur Verteilung in den genannten Orten. Auch die Arbeiter beim Straßenbau im Rietschgrund und in Königstein wurden durch den parteilosen Otto Löser aus Schöna „bedacht“. Manches Mal musste noch eine Zwischenlagerung erfolgen. Das geschah zumeist unter Steinhäufen auf den Feldern der „Neuen Sorge“ oder in einem Büschchen, genannt „Alte Saat“. In gleicher Weise gelangten auch mehrmals Flugblätter über die Grenze, so 1933 zum Reichstagsbrand und 1934 zur so genannten Volksabstimmung über die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers auf die Person Hitlers. Da diese Flugblätter jedoch nicht in der erforderlichen Anzahl aus der CSR geholt werden konnten, besorgte Bernhard Geißler mit Richard Katzschner in der Scheune des Bauern Georg Viehrig in Reinhardtsdorf die hektographische Vervielfältigung der Texte. Dann wurden die Flugblätter von Mitgliedern der Gruppe Geißler in Rucksäcken zum Bahnhof Bad Schandau gebracht und dort Antifaschisten zur Weiterleitung übergeben oder in nächtlichen Aktionen in großer Anzahl im Stadtgebiet von Bad Schandau verbreitet. Damit Bernhard Geißler und seine Genossen über die politischen Vorgänge in dieser NS-Hochburg ständig gut informiert werden konnten, trat Alfred Kühnel im November 1933 im Auftrag seiner Partei in den SA-Marinetrupp Bad Schandau des Pirnaer SA-Marinesturmes 17/2 ein. Nun konnte er unauffällig als Kurier auch zu den illegalen rechtseigenen Gruppen in Postelwitz, Rathmannsdorf und Porschdorf tätig werden sowie weitere Kontakte zu den wenigen Genossen in Prossen und Bad Schandau knüpfen. Unverfänglich transportierte er die illegalen Druckschriften über die Elbe. Auch im Kundenkreis des Bad Schandauer Friseurs Max Elsner kursierte ein von Alfred Kühnel „besorgtes“ Braunbuch. Ja selbst Angehörige des SA-Marinesturmes zählten zu den Lesern antifaschistischer Zeitungen. Doch niemand kannte den Verteiler, im Gegenteil. Der Führer des Marinesturmes 17/2 urteilte im Oktober 1934 über Alfred Kühnel nach dessen Verhaftung, dieser habe „seinen Dienst immer pünktlich geleistet“ und sich „in keiner Weise so benommen“, dass ein Verdacht aufgekommen sei.

Die Widerstandsgruppen in der Sächsischen Schweiz werden zerschlagen

Monatelang fahndeten Gestapo, Polizei, Grenzschutz und „grenzschutzdiensttuende“ Angehörige der SS erfolglos beiderseits der Grenze nach den Akteuren des Widerstandes im Grenzgebiet um Bad Schandau. Aber erst im Frühherbst 1934 fanden sie verwertbare Spuren. Vom 14. September 1934 bis Ende März 1935 wurden in Reinhardtsdorf, Schöna, Kleinhennersdorf, Rathmannsdorf, Porschdorf, Prossen, Kohlmühle, Bad Schandau und seinem Ortsteil Postelwitz über 30 Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose verhaftet. Doch nur 16 von ihnen vermochte die NS-Justiz in der Zeit vom 10. April bis 3. Oktober 1935 in vier getrennten Prozessen wegen „gemeinschaftlicher Vorbereitung zum Hochverrat“, „Verbrechens nach § 2 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien“ und „vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen das Verbot kommunistischer Druckschriften“ zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen zu verurteilen.¹⁷ Als „besonders strafverschärfend“ bewerteten die braunen Richter bei den meisten Angeklagten, dass sie sich „bereits vor Begehung der Straftaten in Schutzhaft befunden“ hatten, ihre antifaschistische Tätigkeit „einen erheblichen Umfang“ annahm und „sehr lange Zeit nach der nationalen Erhebung“ fortgesetzt wurde.

Bernhard Geißler erhielt die höchste Strafe: sechs Jahre Zuchthaus. Dazu hieß es im Urteil des Volksgerichtshofes, "dass nur die Aussicht auf schärfste Strafen andere abhalten wird, es dem Angeklagten Geißler gleich zu tun." Bernhard Geißler und Walter Hering überlebten das Martyrium ihrer langjährigen Haft nicht.

Mit der Zerschlagung dieser Widerstandsgruppen in den Orten der Sächsischen Schweiz ab Herbst 1934 endete im größten Teil des KPD-Unterbezirkes Pirna der auch in unserer Heimat sehr verlustreiche organisierte Widerstand der Kommunisten in den ersten Jahren der NS-Diktatur gegen einen immer mächtiger werdenden Gegner. Damit hörte auch der Unterbezirk selbst in seiner bisherigen Organisationsform auf zu bestehen. Jedoch weder allerorts noch auf Dauer gelang es dem Hitlerregime, in der Amtshauptmannschaft Pirna kommunistischen Widerstand völlig zu liquidieren, wovon in folgenden Kapiteln berichtet wird.



Urteil des Volksgerichtshofes Berlin vom 25. April 1935 gegen Bernhard Geißler und Genossen

Sozialdemokraten im Widerstand

Der SPD-Bezirk Ostsachsen Anfang 1933

Zu den wenigen SPD-Bezirken, in denen von Funktionären und Mitgliedern die Illusion des Parteivorstandes über eine legale Weiterexistenz der Partei nicht geteilt sowie der eingeschlagene Anpassungs- und Legalitätskurs gegenüber dem NS-Regime nicht gebilligt wurde, gehörte der Bezirk Ostsachsen, wengleich man auch hier mit dem „raschen Abwirtschaften“ der Hitlerregierung rechnete. Er zählte zu den zahlenmäßig stärksten Parteibeirken. Sein Bezirkssekretariat befand sich in Dresden. Zu ihm gehörte der Unterbezirk Pirna.

Allerdings waren auch aus Dresden unmittelbar nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten führende Funktionäre der SPD in die CSR emigriert, um der drohenden Verhaftung zu entgehen. Unter ihnen befanden sich z.B. der Bezirkssekretär Wilhelm Sander, der Redakteur der „Dresdner Volkszeitung“ Oskar Edel und einer der Dresdner Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Otto Thiele, der als Kommandeur der „Reichsbannerkameradschaft zur besonderen Verwendung“ bei NSDAP und SA besonders verhasst war. Doch bereits wenig später beriet der Dresdner Parteisekretär August Tröndle mit Funktionären aus Dresden und Umgebung in mehreren Zusammenkünften in der Dresdner Heide und im Zschonergrund über die Vorbereitung der Reichstagswahlen unter den erschwerten Bedingungen und über Möglichkeiten der Weiterarbeit der Partei in der Illegalität. Darauf waren jedoch die Unterbezirke und Ortsgruppen in keiner Weise vorbereitet. Unter diesen Funktionären befand sich auch der Sekretär des Unterbezirkes Pirna Willy Seifert aus Pirna-Copitz, der bereits seit dem 30. Januar 1933 illegal vorwiegend in Dresden lebte. Zwei Tage nach dem Verbot der SPD trafen wiederum Funktionäre unter der Leitung von August Tröndle in einer Beratung in der „Saloppe“ in Dresden weitere Festlegungen für den Übergang des Parteibeirkes Ostsachsen, besonders für Dresden und Umgebung, in die Illegalität sowie für das Einschleusen und Verbreiten illegaler Literatur. Willy Seifert wurde mit der Leitung des Beirkes Ostsachsen und der Dresdner Georg Krause mit der des Unterbezirkes Dresden beauftragt. August Tröndle emigrierte nach Bodenbach (Podmokly).

Inzwischen war auf einer der letzten Reichskonferenzen der SPD am 26. April 1933 in Berlin ein neuer Parteivorstand gewählt worden. Sechs seiner Mitglieder gingen wenige Tage später in die Emigration, um eine Auslandsvertretung aufzubauen und auch bei einer weiteren Verschärfung des Terrors die Führung der Partei zu gewährleisten. Ende Mai nahm dieser Emigrationsvorstand, der nun die Bezeichnung Sopade führte, unter der Leitung der Parteivorsitzenden Otto Wels und Hans Vogel seinen legalen Sitz in Prag. Unter dem Eindruck der nahezu katastrophalen Auswirkungen der bisherigen Haltung der Parteiführung gegenüber dem NS-Regime auf die Mitglieder und Anhänger der SPD sowie auf das Prestige der deutschen Sozialdemokratie im Ausland erklärte der Emigrationsvorstand am 3. Juni 1933: „Wir sind der Überzeugung, dass die Partei nicht länger im Stadium des Zögerns und Stillhaltens verharren darf, wenn sie nicht der Vernichtung ihrer organisatorischen Grundlagen durch den Faschismus, ihre politische Abdankung im Bewusstsein der Arbeiter und der Weltöffentlichkeit folgen und den Kampf gegen den Faschismus ausschließlich den Kommunisten überlassen will.“¹⁸

Dabei war der Emigrationsvorstand angesichts des in den Parteibeirken begonnenen Auflösungsprozesses nun bemüht, mit betont antifaschistischer Haltung Kontakte zu noch existierenden Gruppen und auch einzelnen Funktionären in Deutschland herzustellen, die bereit und noch in der Lage waren, die Parteimitglieder zusammenzuhalten oder wieder zu sammeln. Zu deren Unterstützung wurden bereits ab Juni 1933 in Nachbarländern Deutschlands Grenzsekretariate eingerichtet, wovon im Kapitel 5 berichtet wird. Der Emigrationsvorstand strebte danach, über diese Grenzsekretariate möglichst rasch ein Netz

von Verbindungen nach Deutschland aufzubauen, die Bildung loser Diskussionsgruppen oder Lesezirkel anzuregen und eine auf einem breiten Informantenkreis basierende Nachrichtbeschaffung aus Hitlerdeutschland zu organisieren. Besonders notwendig war der Aufbau eines Verteilerapparates für die herausgegebenen Druckschriften.

Ab 18. Juni 1933 erschien der als Wochenzeitung in Karlsbad (Karlovy Vary) gedruckte „Neue Vorwärts. Sozialdemokratisches Wochenblatt“. Die für die illegale Verbreitung in Deutschland bestimmte Ausgabe wurde bald gleichzeitig im Kleinformat auf Dünndruckpapier hergestellt. An ihre Stelle trat ab Ende Oktober 1933 die „Sozialistische Aktion“, ebenfalls im Kleinformat auf Dünndruckpapier. Diese Zeitungen und andere Publikationen waren vor allem darauf gerichtet, die nun angeblich „revolutionäre Politik“ des Emigrationsvorstandes zu popularisieren, die Propagandalügen und Tenormmaßnahmen der Nationalsozialisten aufzudecken sowie den wahren Charakter des NS-Regimes zu enthüllen. Kaum behandelt wurden dagegen Fragen der Praxis des Widerstandes. Dem lag die Absicht des Emigrationsvorstandes zugrunde, die Parteimitglieder zwar wieder zu sammeln, aber noch immer zu weiterem Abwarten zu veranlassen und sie von selbständigen Aktionen, besonders aber von jedem Kontakt mit Kommunisten abzuhalten. Vielmehr hoffte er auf starke Hitlergegner aus Bürgertum und Reichswehr, die das NS-Regime bald zu Fall bringen und eine Neuauflage der Weimarer Republik ohne Nationalsozialisten und Kommunisten installieren könnten.



Illegale Zeitungen der SPD, die auch in unserem Gebiet aus der CSR eingeschleust und in zahlreichen Exemplaren verbreitet wurden

Da der Vertrauensverlust der Parteiführung bei vielen Sozialdemokraten unmittelbar nach dem kampflosen Zusammenbruch der großen Partei besonders groß war, hatten die Bemühungen des Emigrationsvorstandes insgesamt vorerst wenig Erfolg. Ausnahmen bildeten jedoch u.a. die sächsischen Parteibezirke, in denen die illegale Arbeit bereits ab Juni 1933 durch die errichteten Grenzsekretariate in Karlsbad (Karlovy Vary) und Bodenbach (Podmokly) beträchtlich unterstützt wurde. Bis zu seiner Emigration im Sommer 1933 gelang es Willy Seifen mit weiteren Funktionären im Parteibezirk Ostsachsen, vor allem mit Georg Krause, in Dresden und Umgebung illegale Gruppen von Sozialdemokraten zu bilden und ein Verteilernetz für Druckerzeugnisse aufzubauen. Über das von Otto Thiele geleitete Grenzsekretariat in Bodenbach (Podmokly), das dort seinen Sitz im Victor-Adler-Haus der

DSAP hatte, gelangten bereits ab Mitte Juli 1933 durch dessen Kuriere der „Neue Vorwärts“ und später die „Sozialistische Aktion“ fast wöchentlich in tausenden Exemplaren auf geheimen Wegen über die Grenze in den Parteibezirk Ostsachsen, so auch in den Unterbezirk Pirna (siehe Kapitel 5).

Sozialdemokraten im Unterbezirk Pirna im Widerstand

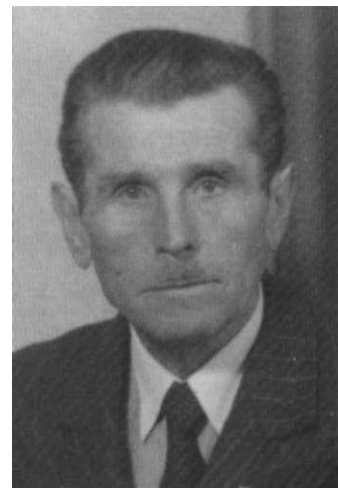
Der SPD-Unterbezirk Pirna umfasste ebenfalls die gesamte Amtshauptmannschaft. Die SPD war auch hier die größte, zahlenmäßig stärkste Arbeiterpartei. Ortsgruppen bestanden seit Jahrzehnten in allen Städten und größeren Dörfern. Zu den größten zählten Anfang 1933 ebenfalls die Ortsgruppen in den Zentren der Industriearbeiterschaft in Pirna einschließlich der eingemeindeten Vororte, in Heidenau und Dohna. Weitere besonders große Ortsgruppen befanden sich u.a. in Bad Gottleuba, Bad Schandau einschließlich Ortsteil Postelwitz, Berggießhübel, Hertigswalde, Königstein, Langburkersdorf, Langenhennersdorf, Lichtenhain, Lohmen, Neustadt, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schöna, Sebnitz, Struppen und Zschachwitz.¹⁹ Als Vorsitzender des Unterbezirksvorstandes Pirna fungierte bereits seit 1919 der 53-jährige Paul Florschütz aus Heidenau. Er war auch seit 1922 Geschäftsführer der „Volkszeitung“ in Pirna und gehörte zugleich dem Bezirksvorstand Ostsachsen an. Die Funktion des Sekretärs des Unterbezirksvorstandes bekleidete, wie bereits erwähnt, im Januar 1933 Willy Seifert aus Pirna-Copitz, 40 Jahre alt. Polizei und Gestapo charakterisierten ihn in ihren Berichten u.a. als „fanatischen Gegner der NSDAP“ und „sehr rührigen SPD-Funktionär, der auch die KPD unterstützte“.²⁰ Mitglieder des Unterbezirksvorstandes waren zu dieser Zeit u.a. Otto Walther aus Pirna als stellvertretender Vorsitzender, Otto Richter aus Pirna als Kassierer, Franz Rosteck aus Pirna, Albert Barthel aus Pirna-Copitz, Herbert Gläßer aus Struppen, Kurt Lindemann aus Königstein und Heinz Stocklossa aus Pirna-Copitz als Vertreter der SAJ.



Paul Florschütz Aufnahme um 1950



Otto Walther
* 30. Juli 1878-† 14. Dezember 1943



Franz Rosteck Aufnahme um 1950

Bereits seit Anfang März 1933 bemühte sich Willy Seifert gemeinsam mit Paul Florschütz, der zu dieser Zeit bis zu seiner Verhaftung am 8. Mai über zwei Monate illegal zumeist in Dresden, Freital und Freiberg lebte, auf verschiedenen Wegen Kontakte zu den Ortsgruppen des großen Unterbezirktes herzustellen, um die Genossen zu sammeln und illegale Gruppen zu bilden. Unterstützt wurden sie dabei u.a. von Paul Heide aus Heidenau und Martha Seifert, der Frau Willy Seiferts, die beide ebenfalls seit Anfang März illegal lebten, obwohl sie Abgeordnete des sächsischen Landtages waren. Doch das war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Auch die Funktionäre der SPD waren NSDAP, SA und Polizei seit langem bekannt. Wenn

auch auf deren Fahndungslisten an erster Stelle die Kommunisten standen, so erfolgte zumeist zeitgleich oder nur wenig später auch schon in den ersten Verhaftungswellen nach dem 28. Februar 1933 die „Inschutzhaftnahme“ der Mitglieder des Unterbezirksvorstandes und vielerorts der Ortsgruppenvorsitzenden, der gewählten Stadt- und Gemeindeverordneten sowie der Bürgermeister mit SPD-Mandat. Damit trachteten die Nationalsozialisten danach, neben der möglichst schon umfassenden Zerschlagung der lokalen Organisationen der KPD nach dem Reichstagsbrand auch die SPD noch weit vor ihrem offiziellen Verbot auf örtlicher Ebene zunächst planmäßig ihrer führenden Funktionäre zu berauben. So geschehen z.B. in Bad Gottleuba, wo SPD-Stadtrat und Reichsbannerführer Richard Schäfer als erster überhaupt verhaftet wurde, aber auch in Bad Schandau einschließlich Ortsteil Postelwitz, Dohna, Heidenau, Königstein, Langenhennersdorf, Lohmen, wo Ortsgruppenvorsitzender Gerhard Schubert das erste Todesopfer des SA-Terrors im Schutzhaftlager Hohnstein wurde (siehe Kapitel 3), sowie in Neustadt, Pirna und seinen eingemeindeten Vororten, Reinhardtsdorf, Rosenthal, Saupsdorf, Schöna, Struppen und Zschachwitz.

Aber nicht allein durch diese Verfolgungsmaßnahmen, sondern in erster Linie wohl verschuldet durch die kapitulantenhafte Politik ihres Parteivorstandes zog sich die überwiegende Mehrheit der SPD-Mitglieder auch in unserer Heimat enttäuscht und resignierend aus dem politischen Geschehen in ihr Privatleben zurück, um so „zu überwintern“, die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zu überstehen, die ja nicht von langer Dauer sein werde. Natürlich haben jedoch der Verlust ihrer Partei, ihrer politischen Heimstatt, die offensichtliche Ohnmacht vor einem immer mächtiger werdenden, brutalen Gegner, die ständig drohenden Verhaftungen sowie schließlich die schockierende Kunde von den furchtbaren Ereignissen in den Schutzhaftlagern Hohnstein und Königstein-Halbestadt bis hin zu den schweren Misshandlungen ihres Unterbezirksvorsitzenden Paul Florschütz zu dieser Haltung nicht unwesentlich beigetragen. Doch wie Dokumente und Materialien zum SPD-Widerstand im Historischen Archiv der KPD und Erinnerungsberichte sowie Akten von Polizei, Gestapo und NS-Justiz belegen, gehörten auch Sozialdemokraten aus dem Unterbezirk Pirna zu den aktiven Widerständlern. Trotz der vergleichsweise zu KPD und SAP relativ ungünstigeren archivalischen Quellenlage sowie bisher leider in geringerem Maße überlieferter Zeugnisse ist belegt, dass durch das Wirken von Willy Seifert und Paul Florschütz, aber auch auf mancherlei Initiativen noch verbliebener oder wieder aus der Schutzhaft entlassener örtlicher Funktionäre zumindest in folgenden Städten und Gemeinden der Amtshauptmannschaft Pirna ab März 1933 mit unterschiedlicher Größe und zeitlicher Dauer relativ kleine, lose illegale Gruppen oder Verbindungen von Sozialdemokraten entstanden: Bad Schandau und Ortsteil Postelwitz, Dohna, Heidenau, Königstein, Lohmen, Neustadt, Pirna-Altstadt, Pirna-Copitz, Pirna-Jessen, Pirna-Neundorf, Pirna-Rottwerndorf, Reinhardtsdorf-Schöna-Krippen, Sebnitz, Struppen, Zschachwitz.

Sie bildeten sich in mühevoller Kleinarbeit, zumeist ohne illegal-konspirative Erfahrungen, aus Mitgliedern der Partei, der SAJ und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sowie parteilosen Antifaschisten. Sie entstanden zumeist unabhängig voneinander, und zwischen ihnen bestanden kaum Verbindungen. Wie ehemals Beteiligte berichteten, waren sie mit den organisierten Widerstandsgruppen der KPD, deren aktivem Widerstand bis hin zu ihren oftmals risiko- und verlustreichen Aktionen nicht vergleichbar. Aus ihrer konsequent antifaschistischen Grundhaltung heraus war ihr Wirken vordergründig darauf gerichtet, Kontakte und Verbindungen unter „zuverlässigen“ Genossen und Sympathisanten aus dem Bekannten- und Freundeskreis oder unter Arbeitskollegen aufrecht zu erhalten. In unverfänglichen Begegnungen und Zusammenkünften in Wohnungen oder Gaststätten, aber auch auf Spaziergängen, Sonntagsausflügen und Familiengeselligkeiten informierte man sich gegenseitig über die politische Lage, hielt sich untereinander auf dem Laufenden, diskutierte die Nachrichten ausländischer Sender sowie die Berichte und Informationen aus illegalen

Zeitungen und Druckschriften und machte sich Mut für die Zukunft. Im engen Zusammenhang mit diesem Aufrechterhalten von Kontakten und Verbindungen stand das Sammeln von Geldern für Inhaftierte und deren Angehörige. So wurde oftmals im kleinsten Kreis unter Gleichgesinnten „sozialdemokratische Gesinnungs- und Solidargemeinschaft“ gepflegt und bewahrt. Daraus erwuchs ihre Haltung gegenüber dem Hitlerregime: stille Verweigerung und Opposition in vielfältiger Weise. Leiter solch kleiner illegaler Gruppen bzw. Verbindungen waren z.B.: in Pirna-Altstadt Oskar Fietsch, Martin Haase, Richard Hille, Erna Piltz, Walter Pohlert, Franz Rostek, Max Schirmer und Otto Walther; in Pirna-Copitz Alben Barthel, Arthur Pollack und Alexander Stocklossa; in Pirna-Jessen Alfred Sickert; in Bad Schandau und Postelwitz Friedrich Erben; in Dohna Otto Kretschmar; in Heidenau Arthur Feustel, Max Kluge und Arthur Schwenke; in Königstein Erich Schuster; in Neustadt Curt Berger; in Reinhardtsdorf-Schöna-Krippen Paul Füssel; in Struppen Herbert Gläser; in Zschachwitz

Brandstifter van der Lubbe wohnte bei Brockwitzer Nationalsozialisten!

Dem Innenminister Richter sind heute von sozialdemokratischen Abgeordneten folgende Meldungen gemacht worden:
Der Brandstifter im Reichstag, Marius van der Lubbe, hat in der Nacht zum 1. Juni 1933 laut Eintragung in das Übernachtungsbuch in der Gemeinde Sörswitz, Antsk. Meßen, übernachtet. Er hat sich führenden Nationalsozialisten in Brockwitz, und zwar dem Gemeindeverordneten Albert Sommer von der NSDAP, sowie dem Gärtnerhelfer Schmann von der NSDAP, gegenüber als Nationalsozialist ausgegeben, ist von dem nationalsozialistischen Gemeindeverordneten Sommer zwei Tage lang verpflegt worden, und ist dann verschwunden gewesen. Er hat dem Sommer gegenüber Äußerungen getan, daß in Deutschland im Oktober der Bürgerkrieg ausbrechen werde. Die Partei, also die NSDAP, sei doch auf alles gerüstet. Gemeindeverordneter Sommer hat vor dem Brockwitzer Bürgermeister und dessen Sekretär diese Aussagen bereits gemacht und ist nach der Amtshauptmannschaft Meßen beordert worden, um dort vor dem Regierungsrat Dr. Härtel diese Aussagen zu machen.

Die sächsische Regierung ist sofort von dem Tatbestand, der eine ungeheure politische Tragweite hat, informiert worden. Sie hat zugesagt, die amtlichen Erörterungen unverzüglich aufzunehmen, die Reichsregierung und der Reichsanwalt werden telegraphisch von der Sachlage in Kenntnis gesetzt.

Flugblatt der SPD, das im März 1933 auch in Pirna und Pirna-Copitz verbreitet wurde

durch die Kurier des Grenzsekretariats Bodenbach (Podmokly) über Mittelsmänner aus dem Unterbezirk Dresden oder auf anderen Wegen auch in den Unterbezirk Pirna. Eine solche Anlaufstelle befand sich u.a. über zwei Jahre hinweg bis zum Frühjahr 1935 beim einstigen Mitglied des Stadtvorstandes Pirna Martin Haase in einer der ehemaligen Artilleriekasernen.

Diese wurden zumeist von Arbeiterfamilien bewohnt, unter denen sich viele Mitglieder der SPD und KPD befanden. Deshalb galten die Kasernen als besonders „rote Hochburgen“. Unmittelbar hinter den Gebäuden befanden sich die „Kasernengärten“ als grüne Oasen für die Familien, auch der von Martin Haase. In den Boxen für seine Kaninchen, die von seinen häufigen Besuchern gern betrachtet wurden, war ab Sommer 1933 unter Heu eine Art „Selbstbedienung“ für den „Neuen Vorwärts“ und die „Sozialistische Aktion“ eingerichtet. Sie wurden in nahezu regelmäßigen Abständen u.a. durch Angehörige der Grenzarbeitergruppe „Florian“ aus Tyssa (Tisa) nach Langenhennersdorf und von dort durch namentlich nicht mehr bekannte Sozialdemokraten in die Boxen gebracht. Hiervon erfolgte nicht nur die

Willy Lehnert. Hierzu ist hervorzuheben, dass sich diese Sozialdemokraten nahezu ausnahmslos in Schutzhaft befunden hatten. Des weiteren ist hervorzuheben: Im Gegensatz zu bisher verbreitet vorhandenen Auffassungen ist heute verbürgt, dass von einer beachtlichen Anzahl dieser Gruppen auf lokaler Ebene Kontakte zu Kommunisten bestanden bzw. sich mehr oder weniger ausgeprägte Verbindungen zu diesen entwickelten. Dazu trugen oft die gemeinsam ertragenen Martyrien in den Schutzhaftlagern auf besonders nachhaltige Weise bei, wie Beteiligte berichteten. In diesen Gruppen spielte jedoch aktiver Widerstand eine untergeordnete Rolle, wie z.B. das organisierte Einschleusen und gezielte Verbreiten des „Neuen Vorwärts“, der „Sozialistischen Aktion“, von Tarnschriften und anderen illegalen Druckerzeugnissen. Jedoch gelangte der „Neue Vorwärts“ bereits ab Juli 1933



Das Prager Manifest, Originalgröße 8,5 cm x 13,5 cm

"Versorgung" der Genossen in den ehemaligen Kasernen, sondern auch von Sozialdemokraten, Kommunisten und SAP-Angehörigen im Stadtgebiet von Pirna.



Familie Haase in ihrem „Kasernengarten“

Der Transport erfolgte zumeist mit dem Puppenwagen seiner Tochter Lieselotte. Durch die verzweigte sozialdemokratische Großfamilie Haase gelangten die illegalen Druckschriften aber auch weiter nach Heidenau und Pesterwitz.

Eine weitere Anlaufstelle befand sich in Pirna bei Walter Pohlert. Er war Anfang März 1933 unmittelbar vor der Besetzung des Unterbezirksbüros und der Pirnaer Geschäftsstelle der „Volkszeitung“ auf der Breiten Straße durch SA-Kommandos an der Bergung wichtiger Parteimaterialien wie z.B. der Mitgliederlisten beteiligt gewesen. Sie konnten bei bisher wenig hervorgetretenen Sozialdemokraten in Sicherheit gebracht werden. Nach seiner Entlassung aus mehrmonatiger Schutzhaft gelang es ihm, in der Waisenhausstraße ein Radio-Geschäft einzurichten. Hier erfolgte bei zumeist fingierten Einkäufen seiner „Kunden“ unauffällig die Verteilung des „Neuen Vorwärts“, der „Sozialistischen Aktion“ und anderer Druckerzeugnisse. Diese illegalen Materialien erhielt er entweder durch Mittelsmänner des Unterbezirkes Dresden oder er transportierte sie selbst mit seinem PKW auf seinen geschäftlich erforderlichen Einkaufsfahrten. Auch durch seine abendlichen „Kundenbesuche“ als nun gewerbsmäßiger Radiohändler, die der „Werbung und Betreuung“ dienen, vermochte er seine illegale Arbeit gut zu tarnen. Dabei überbrachte er nicht nur die begehrten Druckerzeugnisse, sondern erklärte zugleich „fachgerecht“ die Wellenlängen und Sendezeiten der Auslandssender. Auf diese Weise unterhielt Walter Pohlert über Jahre hinweg Verbindungen zu SPD-Mitgliedern, aber auch zu Kommunisten in Pirna und seinen Vororten sowie u.a. nach Dohna, Heidenau und anderen Orten, auch über den ehemaligen Unterbezirk hinaus.

Von diesen Anlaufstellen gelangte auch das so genannte Prager Manifest „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ zu den illegal wirkenden Sozialdemokraten in Pirna und Umgebung. Diese programmatische Erklärung des Emigrationsvorstands, die im „Neuen Vorwärts“ und in der „Sozialistischen Aktion“ am 28. Januar 1934 veröffentlicht wurde, fand auch als Miniaturausgabe unter dem Tarntitel „Die Kunst des Selbstrasierens. Neue Wege männlicher Kosmetik“ in tausenden

Exemplaren ihren Weg über die Grenze. Im Prager Manifest bekannte sich der Emigrationsvorstand mit großen Worten zum revolutionären Kampf gegen den Hitlerfaschismus mit dem Ziel des Sturzes des NS-Regimes und zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Jedoch hat „die Sopade zu keiner Zeit die im Manifest enthaltenen Aufgabenstellungen zu realisieren gesucht“, die damals dem Willen und Erwartungen vieler SPD-Mitglieder nach einer neuen sozialdemokratischen Politik entsprachen.“ Das Manifest zeigte auch kaum Ansätze zur Verbindung der propagierten Zielsetzung mit realisierbaren Aufgabenstellungen für den illegalen Kampf in Deutschland angesichts des ständig wachsenden Terrors.

Eine der Gruppen in Pirna-Copitz erhielt die Zeitungen über das Grenzsekretariat Teplitz-Schönau (Teplice-Sanov). Sie wurde von Alexander Stocklossa geleitet, der eng mit Willy Seifert befreundet war und nach seiner Entlassung aus dem Schutzhaftlager Hohnstein die illegale Arbeit aufnahm. Als Kurier zu den Mitarbeitern des Grenzsekretariats wirkte sein Sohn Heinz, ehemaliges Mitglied der SAJ, der auch für die Verteilung der illegalen Druckschriften in Pirna, ja bis nach Heidenau und Dresden sorgte. Am 27. Oktober 1935 weilte er wieder zu einem Treff mit dem bereits im Oktober 1933 aus Pirna emigrierten Sozialdemokraten Arthur Heyne, Decknamen, „Fröhlich“, „Heiter“, „Otto Wondrack“, in der Hütte des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ in Vorder Zinnwald (Cinovec). Doch diesmal wurde er auf dem Rückweg beim Grenzübertritt trotz gültigem Pass „mit illegalem Material betroffen“ und verhaftet. Erst am 7. April 1936 sprach das Oberlandesgericht Dresden das Urteil: zwei Jahre Zuchthaus „wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“. „Strafverschärfend“ bewerteten die NS-Richter, dass sich „aus dem späten Zeitpunkt der Tat die Hartnäckigkeit der Gegnerschaft des Angeklagten gegen den neuen Staat ergibt.“ Nach seiner Strafverbüßung im Zuchthaus Zwickau wurde er nicht entlassen, sondern in das KZ Buchenwald „überstellt“, wo er bis zum 22. April 1939 verblieb. Aus Sicherheitsgründen stellte die Gruppe mit dem Zeitpunkt seiner Verhaftung ihre Tätigkeit ein, um nicht noch andere Genossen zu gefährden.



Das Prager Manifest als illegale Tarnschrift im Miniaturformat 3,5 x 5,5 cm

Wie aus diesen Beispielen ersichtlich, unterhielten auch illegale Gruppen der SPD oder einzelne Sozialdemokraten Verbindungen zu Emigranten in der CSR. So trafen sich z.B. Pirnaer Sozialdemokraten wiederholt mit den Gebrüdern Morche im „Volkshaus“ Tyssa (Tisa). Von Heidenau, Dohna und Zschachwitz bestanden längere Zeit mehrere Verbindungen zu den bereits genannten Emigranten Paul Heide und Arthur Heyne sowie zum emigrierten Heidenauer Kommunisten Arno Hofmann nach Teplitz-Schönau (Teplice-Sanov) und Komotau (Chomutov), aber auch zu ehemaligen Dresdner Funktionären nach Bodenbach (Podmokly). Sie wurden u.a. vom langjährigen SPD- und Gewerkschaftsfunktionär Arthur Feustel aus Heidenau unterhalten, der zur Tarnung dieser Tätigkeit zeitweilig dem SA-Sturm 102 beitrug. Deshalb erfolgte erst am 9. September 1935 nach einem erneuten Treff im

„Volkshaus" Bodenbach (Podmokly) seine Verhaftung. Das vom Volksgerichtshof Berlin am 4. August 1936 verkündete Urteil lautete fünf Jahre Zuchthaus wegen „Vorbereitung zum Hochverrat", wobei man hier seine „SA-Zugehörigkeit strafverschärfend" bewertete.²³

Doch auch er wurde nach Strafverbüßung nicht entlassen, sondern in das KZ Sachsenhausen „überstellt", wo erst am 2. Mai 1945 seine Befreiung erfolgte.

Diese Verbindungen in die CSR dienten zunächst vor allem der ausführlichen Berichterstattung über die Situation in den ehemaligen Ortsgruppen des Unterbezirkes Pirna sowie über die politische und wirtschaftliche Lage in der Amtshauptmannschaft. Ab Ende Oktober 1933 erfolgten im Unterbezirk Dresden die großen Massenverhaftungen von etwa 430 Sozialdemokraten. Damit wurde auch das umfangreiche Verteilernetz für die illegalen Druckschriften in Groß-Dresden und Umgebung vorerst zerschlagen. Durch die Standhaftigkeit der Dresdner Genossen, besonders von Georg Krause und Conrad Landgraf, der u.a. für die „Belieferung" des Unterbezirkes Pirna verantwortlich war, hatte diese Polizeiaktion jedoch keine weiteren Auswirkungen auf die illegale Arbeit im Unterbezirk. Doch nun mussten die hier bestehenden Verbindungen in die CSR auch zur Schleusung der Druckerzeugnisse genutzt werden. Als letztes Beispiel illegaler sozialdemokratischer Gruppen sei Struppen genannt. Hier bildete der ehemalige Ortsgruppenvorsitzende, Reichsbannerführer und Bürgermeister Herbert Gläßer aus SPD-Mitgliedern und Reichsbanner-Kameraden eine über Jahre hinweg wirkende Widerstandsgruppe.

5 OJb 274/35
22. 23/36. Haftsache!

U r t e i l .

Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache
gegen
den am 5. Januar 1917 in Copitz geborenen Elektromaschinenbauer
Heinr Karl Alexander S t o c k l o s s a
aus Copitz, Lohnenerstraße 6 a,
z.Zt. in der Gefangenenanstalt II Dresden in Untersuchungshaft,
Angeklagter,

wegen Vorbereitung des Hochverrats
hat

der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts zu Dresden auf
Grund der Hauptverhandlung am 7. April 1936, an der teil-
genommen haben:

1. Oberlandesgerichtsrat Dr. Burckhardt
als Vorsitzender,
2. Oberlandesgerichtsrat Dr. Bauer,
3. Oberlandesgerichtsrat Große,
4. Hilferichter Amtsgerichtsrat Dr. Höhne,
5. Hilferichter Landgerichtsrat Dr. Geißler
als beisitzende Richter,

Staatsanwalt Pussinelli
als Beauftragter der Staatsanwaltschaft

Referendar Kurth
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

für Recht erkannt:
jeweils Hauptverhandlung beim Volksgerichtshof
Rechts-2/9

Staatsanwaltschaft
beim Volksgerichtshof
10. 3. Juli 1936
Dr. ...

100 167 524/35

Der Angeklagte Heinz Karl Alexander Stocklossa wird wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu 2 - zwei - Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf die erkannte Strafe werden 4 - vier - Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Der Angeklagte hat auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Urteil des Oberlandesgerichtes Dresden vom 7. April 1936 gegen Heinz Stocklossa ²²

Und er tat dies trotz wiederholter „Inschutzhaftnahme“, Verurteilung im Prozess „Vater und Genossen“ und verbüßter Strafhafte sowie monatelanger Meldepflicht und „Nachüberwachung“. Nach einem Bericht des Gendarmeriepostens Struppen „ist er noch immer seiner marxistischen Gesinnung treu geblieben“ und „der Kopf der geheimen Widerstandsbewegung in Struppen und hat einen Kreis von Kommunisten und Marxisten vollkommen unter seinem Einfluss.“ Als „Lebensmittelhändler im Geschäft seiner Frau angestellt, ... überaus vorsichtig und getarnt arbeitend“, ist er ein „raffiniertes alter Marxist, der nicht zurückschreckt, einen Gestapo-Agenten hinters Licht zu führen.“²⁴ Die Angehörigen dieser Gruppe waren „fast ausnahmslos entlassene Schutzhäftlinge“, über deren „Fanatismus man nicht im Unklaren zu sein braucht.“ Ihr Wirken schloss von Anfang an die Zusammenarbeit mit dem örtlichen kommunistischen Widerstand und mit Emigranten ein. Neben Herbert Gläßer waren besonders Max Fröde und Adolf Schulze führend tätig. Ihre



Albert Barthel (r.), *28. Januar 1889–+ 17. November 1942, und Max Kluge

illegalen Druckschriften, die sie auch über die Mitglieder ihrer Gruppe hinaus verbreiteten, erhielten sie vor allem von der Grenzarbeitergruppe „Florian“ aus Tyssa (Tisa), besonders von Arno Hering. Unter ihnen zirkulierte ebenfalls ein Braunbuch I. Max Fröde und Walter Matthes weilten auch wiederholt zu Beratungen bei der Grenzarbeitergruppe in Tyssa (Tisa). Verbindungen zu anderen illegalen sozialdemokratischen Gruppen sind zumindest nach Pirna und Königstein nachweisbar.

Völlig unabhängig von den erwähnten schockierenden Massenverhaftungen von Sozialdemokraten im Unterbezirk Dresden begann nahezu um die gleiche Zeit ab Oktober 1933 auch die massierte Zerschlagung des kommunistischen Widerstandes in Pirna und Umgebung, wovon auch Sozialdemokraten betroffen waren. Diese Polizeiaktionen waren offenbar auch ein Grund dafür, dass die

losen Gruppen und Verbindungen von SPD-Mitgliedern im ehemaligen Unterbezirk Pirna bei ihrer Aufrechterhaltung von Kontakten noch mehr Sorgfalt und Verschwiegenheit walten ließen, um hier Verhaftungen möglichst abzuwenden. Wie anderswo auch, wurden aber auch in unserer Heimat Versuche unternommen, um entweder durch die illegale Weiterführung von

ehemals sozialdemokratisch beeinflussten Organisationen oder durch unverfängliche Neugründungen Formen und Möglichkeiten zur Sammlung von Sozialdemokraten und Sympathisanten für das Bewahren sozialdemokratischer Solidargemeinschaft oder für aktive antifaschistische Arbeit zu schaffen.

Ein solcher Versuch war u.a. die Weiterführung des in Sachsen bereits ab 9. Mai 1933 verbotenen Deutschen Freidenkerverbandes. In dieser Organisation hatte der Sozialdemokrat Albert Barthel aus Pirna-Copitz als langjähriger Vorsitzender der Ortsgruppe Pirna und gleichzeitiges Vorstandsmitglied des sächsischen Bezirksausschusses seit Jahren eine maßgebliche Rolle gespielt. Nach mehrmonatiger Schutzhaft im Schutzhaftlager Hohnstein nahm Albert Barthel trotz auch ihm widerfahrener Misshandlungen ungebeugt und ungebrochen wieder Verbindung mit Paul Flach, dem ehemaligen Geschäftsführer des Deutschen Freidenkerverbandes im Bezirk Dresden auf. Beide kannten sich aus jahrelanger gemeinsamer Arbeit als Funktionäre dieser Organisation. Flach offerierte ihm, dass er vom aus Berlin emigrierten ehemaligen 1. Vorsitzenden des Verbandes Max Sievers beauftragt sei, den Deutschen Freidenkerverband in Sachsen illegal weiterzuführen bzw. neu aufzubauen. Er hatte bereits im Stadtgebiet von Dresden mehrere Gruppen wieder ins Leben gerufen. Albert Barthel nahm diesen Auftrag für Pirna und Umgebung an und gewann zur Realisierung u.a. seinen ehemaligen Verbandsfunktionär, den ebenfalls wieder aus der Schutzhaft entlassenen Sozialdemokraten Max Kluge aus Heidenau. Dieser war noch immer als Vertreter der neuen Deutschen Bestattungskasse Berlin im Gebiet von Heidenau tätig und betreute hier allein etwa 1.700 Mitglieder.

Das war für die Sammlung von Sozialdemokraten und parteilosen Freidenkern sowie für das Knüpfen neuer Verbindungen, vor allem aber zur Tarnung ihrer illegalen Arbeit im Raum um Pirna-Heidenau von großem Wert. Dazu gehörte auch die Verbreitung illegaler Freidenkerschriften. Diese gelangten im engen Zusammenwirken mit der Leitung der illegalen SAP-Ortsgruppe Groß-Dresden durch den Grenzapparat der SAP von Bodenbach (Podmokly) über Seifhennersdorf nach Dresden und von dort zu Albert Barthel und Max Kluge. Das waren z.B. die Druckschriften „Der Freidenker“, „Der Wurm des Zweifels“, „Erlöse uns von dem Übel“ und die Tarnschrift „Wintersport“. Nach NS-Sprachgebrauch handelte es sich hierbei um „hetzerische Erzeugnisse der Emigrantpresse marxistischer Richtung, die in der bekannten verlogenen Weise Maßnahmen der deutschen Regierung herabzusetzen versuchen.“

²⁵ Bis in den April 1935 hinein gelang es, den Deutschen Freidenkerverband „als eine aus der SPD hervorgegangene marxistische Einheitsfrontgruppe“ in Dresden und Umgebung wieder aufzubauen. Dann erfolgten in Dresden, Heidenau, Meißen, Pirna und Riesa die Verhaftungen der leitenden Funktionäre der illegalen Organisation, unter ihnen Albert Barthel und Max Kluge. Am 24. September 1935 standen sie vor den Richtern des Sondergerichtes für das Land Sachsen, Sitz Freiberg. Diese vermochten sie „wegen Vergehens nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933“ lediglich zu acht Monaten Gefängnis zu verurteilen, weil ihnen trotz monatelanger polizeilicher Recherchen „hochverräterische Handlungen nicht nachgewiesen werden“ konnten.²¹ Zur Tarnung ihrer antifaschistischen Arbeit gründeten im Mai 1934 etwa 50 ehemalige Mitglieder der SPD und SAJ aus Dohna, Heidenau und Maxen in Dohna den Touristenverein Alpenrose. Er diente ihnen zur Wahrung und Pflege sozialdemokratischer Solidargemeinschaft in neuer Form, aber auch als Basis für aktiven Widerstand. So wirkten einige Mitglieder als Kuriere zu sozialdemokratischen Emigranten in der CSR, besonders zu Arthur Heyne vom Grenzsekretariat Teplitz-Schönau (Teplice-Sanov). Diese Treffs fanden in der Regel in den Wanderherbergen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ wie in der Hütte in Vorder Zinnwald (Predni Cinovec) oder in der Moorbachhütte bei Mückenberg (Komari Hurka) statt. Sie übermittelten Berichte und beteiligten sich an der Schleusung der „Sozialistischen Aktion“ sowie deren Verbreitung in ihren Heimatorten. Eine Gruppe des Vereins nahm auch im Juli

1934 an einer antifaschistischen Kundgebung des Jugendverbandes der DSAP in der Moorbachhütte teil. Hierbei konnte die Verbindung zu illegal arbeitenden Sozialdemokraten aus Zschachwitz aufgenommen werden. Eine weitere Gruppe traf sich Weihnachten 1934 mit sudetendeutschen Sozialdemokraten und Emigranten ebenfalls in dieser Hütte. Zeitweilige Verbindungen von Mitgliedern des Touristenvereins Alpenrose sind auch zu Sozialdemokraten in Pirna und Zschachwitz nachweisbar. Durch NSDAP und Gestapo wurde der Verein argwöhnisch beobachtet. Jedoch „verwertbare Ergebnisse“, dass seine Mitglieder „eine staatsfeindliche Politik“ betrieben, konnten „nicht erbracht“ werden.

Es wird gebeten, bei allen Eingaben das nachstehende Altenszeichen anzugeben.

109 Gs 288/35
16 Js 1549/35
1

Haftbefehl*)

Der am 28. Januar 1889 in Copitz bei Pirna geborene Kassenangestellte a.D.
Albert Adalbert Oswin Barthel
in Pirna-Copitz

ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Er ist dringend verdächtig,

1.) es unternommen zu haben, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei als der NSDAP aufrecht zu erhalten,
2.) sich als Mitglied eines aufgelösten Verbandes betätigt zu haben, insofern er in der Zeit seit Sommer bis November 1934 wiederholt von dem Mitbeschuldigten Flach, der mit dem Wiederaufbau eines illegalen Freidenkerverbandes in Ostsachsen beschäftigt war, illegale Freidenkerzeitschriften zum Lesen in Empfang nahm. Der Deutsche Freidenkerverband ist als eine Erscheinungsform der SPD und gleichzeitig als ein Unterverband des aufgelösten Arbeiter-Sport- und Arbeiter-Kultur-Kartells anzusehen.

~~Die Untersuchungshaft wird verhängt, weil~~

zu 1) Verbrechen nach § 1 des Ges. g. d. Neubild. v. Part. v. 14. 7. 1933, zu 2) Vergehen nach § 2 d. VO. d. Sachs. Min. d. Inn. v. 9. 5. 1933 (S. V. Bl. S. 305) in Verb. m. § 4 d. VO. d. R. Präs. v. 28. 2. 1933 (RGBl. I. S. 83) - *zu 1) verurteilt nach § 21 1934*

Die Untersuchungshaft wird verhängt, weil ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet, der Beschuldigte überdies arbeitslos ist, somit Fluchtverdacht besteht.

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig.

Dresden-Nr. 24, den 11. April 1935.
Rüchener Platz 3.

Das Amtsgericht, Abt. VII
W. W.

*) Wird der Haftbefehl durch Verführung befohrt gemacht, so ist der Angeklagte darauf hinzuweisen, daß ihm auf Verlangen eine Abhilfe des Haftbefehls erteilt wird (§ 114 Abs. 3 Satz 2 StPO.).
**) Nur bei Verbrechen oder Vergehen (§§ 114 d, 115 StPO.).

Nach der Eröffnung des Hauptverfahrens findet eine mündliche Verhandlung über den Haftbefehl nicht mehr statt (§ 115 b StPO.). Neben dem Antrag auf mündliche Verhandlung ist eine Beschwerde über den Haftbefehl nicht zulässig. Eine bereits eingelegte Beschwerde gilt mit der Übersetzung des Termins zur mündlichen Verhandlung als zurückgenommen (§ 115 e Abs. 2 StPO.).

St. P.
Haftbefehl (StPO. §§ 112 ff.) — Amtsgericht, Untersuchungsrichter.

B. (VII. 23)

Sozialisten im Widerstand Die SAP im Januar 1933

Die SAP war erst am 2. und 3. Oktober 1931 von aus der SPD ausgeschiedenen oder ausgeschlossenen Mitgliedern gegründet worden, die mit der Politik des Parteivorstandes zur Erhaltung der bürgerlich-demokratischen Weimarer Republik nicht mehr einverstanden waren.²⁷ Sie suchten einen Weg zum gemeinsamen Kampf aller Arbeiter für die Verteidigung ihrer demokratischen und sozialen Rechte sowie gegen die heraufziehende faschistische Gefahr. Die SAP grenzte sich nicht nur von der SPD, sondern auch von der KPD ab. Ihr politischer Einfluss als so genannte Splitterpartei, die im Januar 1933 nur noch 17.500 Mitglieder zählte, war relativ gering. Dennoch leistete sie in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Diktatur in den Gebieten, wo die Schwerpunkte ihrer Mitgliedschaft lagen, einen beachtlichen Beitrag im Widerstand, so z.B. auch in Ost- und Südwestsachsen.

Der 30. Januar 1933 kam auch für die SAP überraschend. Doch noch am gleichen Tage wandte sich die Parteiführung an die zentralen Vorstände von SPD, KPD, ADGB sowie AfA-Bund und rief „über alle trennenden Grenzen hinweg“ zur „gemeinsamen Aktion“ gegen die Hitlerregierung auf, jedoch vergeblich. Und ebenso erfolglos war auch ein „Mahnruf der SAP an alle Proletarier“, „in dieser schicksalsschweren Stunde überall zunächst lokal die geschlossene Abwehrfront herbeiführen zu helfen.“²¹ Auch der Vorschlag des SAP-Vorstandes an die beiden großen Arbeiterparteien, zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933 gemeinsame Kandidatenlisten aufzustellen, fand kein Gehör.

Die SAP-Ortsgruppe Groß-Dresden im organisierten Widerstand

Mit dem II. Reichsparteitag, der am 11. und 12. März 1933 bereits illegal in einem Vorort Dresdens stattfand, begann die Phase des organisierten illegalen Widerstandes der SAP, so auch im Parteibezirk Ostsachsen. Der Parteitag und der von diesem neu gewählte Parteivorstand, jetzt Reichsleitung genannt, forderten die Mitglieder u.a. auf, für die Einheitsfront aller Arbeiter zu wirken und illegal organisiert den Widerstand gegen das NS-Regime aufzunehmen. Dabei ging man im Gegensatz zu den Führungen von SPD und KPD davon aus, dass die nationalsozialistische Gewaltherrschaft nicht von kurzer Dauer sein werde. Deshalb wurde zur „wichtigsten und dringlichsten Aufgabe“ erklärt, „die ganze Partei so auszubauen und den Lebensbedingungen unter dem faschistischen Terror so anzupassen, dass sie imstande ist, dem härtesten Druck standzuhalten“- und „aus den Trümmern der Arbeiterbewegung die Bausteine zu ihrer Erneuerung zusammenzutragen.“²⁹



Helmut Nyderle Aufnahme um 1950

Gerhard Lemmler
*2. Februar 1908-† 19. März

Zum SAP-Unterbezirk Dresden gehörte die relativ starke Ortsgruppe Groß-Dresden, die auch die Gruppen in Heidenau und Zschachwitz einschloss. Sie wurde von ihrem legalen Vorstand in die Illegalität überführt, an dessen Spitze die Dresdner Erich Melcher als Politischer Leiter und Kurt Liebermann, Deckname „Kuli“, als Organisationsleiter standen. Gruppenvorsitzende in Heidenau waren Herbert Glaeser und in Zschachwitz Fritz Reinwardt, die zugleich dem Ortsgruppenvorstand für Groß-Dresden angehörten. Bereits unmittelbar nach den Reichstagswahlen fand im März 1933 in der Dresdner Heide eine Beratung von Funktionären des SAP-Unterbezirkes Dresden statt, geleitet von Kurt Liebermann, der nun als illegaler Vorsitzender des Parteibezirkes Ostsachsen wirkte. In ihr wurden Festlegungen für die illegale Weiterführung der SAP und den organisierten Widerstand getroffen. Zu den ersten Maßnahmen zählte auch hier die Sicherung der Organisation der Partei unter den Bedingungen der Illegalität. Es galt, nun aus den Mitgliedern der SAP, des SSB und des SJV sowie aus „zuverlässigen“ parteilosen Sympathisanten kleine Gruppen von drei bis sechs Personen, so genannte Zellen, zu bilden.

Leiter solcher Zellen waren in Heidenau u.a. Paul Auerbach, Herbert Glaeser, Gerhard Lemmler, Herbert Kaiser und Helmut Nyderle. Diese kassierten nun von ihren Zellenmitgliedern weiterhin Mitgliedsbeiträge, sammelten Unterstützungsgelder für die Familien bereits Inhaftierter und sorgten für die Verteilung illegaler Druckschriften.

So wurde anstelle der bereits seit Februar 1933 verbotenen „Sozialistischen Arbeiterzeitung“, dem Zentralorgan der SAP, zunächst von der illegalen Leitung der Ortsgruppe Groß-Dresden unter dem Vorsitz von Herbert Möbius in hektographierter Form die Zeitung „Klassenfront“ hergestellt und durch Kuriere zur Verbreitung gebracht. Hinzu kam die Druckschrift „Helft den Gefolterten, gebt für den Ernst -Eckstein - Fonds der SAP!“ Zu den Verteilern für die Zellen in Heidenau gelangten die Druckschriften zumeist über Erich Tittel aus Niedersedlitz und Fritz Reinwardt aus Zschachwitz oder über von diesen beauftragte Mittelsmänner. Paul Auerbach, Herbert Glaeser, Gerhard Lemmler und Helmut Nyderle nutzten wiederum ihre Verbindungen zu SPD- oder SAJ-Mitgliedern und parteilosen Arbeitersportlern u.a. in Dohna, Glashütte, Pirna und Königstein für die Verbreitung auch in diesen Orten.

Ab Juli 1933 gab die inzwischen in Paris unter der Leitung von Jacob Walcher, Deckname Jim Schwab“, eingerichtete Auslandsleitung der SAP als neues Zentralorgan der Partei die „Neue Front. Organ für proletarisch-revolutionäre Sammlung“ heraus. Auszüge daraus und andere für die Illegalität geeignete Artikel bzw. notwendige Informationen wurden monatlich unter dem Titel „Das Banner des revolutionären Marxismus“, später „Das Banner der revolutionären Einheit“, im Kleinformat auf Dünndruckpapier gedruckt und gelangten über den Grenzapparat der SAP auf illegalen Wegen nach Deutschland. So auch in die Ortsgruppe Groß-Dresden, wo man nun die „Eigenproduktion“ der „Klassenfront“ einstellte. In diesen Druckschriften nahm die SAP wiederholt zu Reichstagsbrand und Reichstagsbrandprozess Stellung, prangerte unentwegt den Terror gegen alle NS-Gegner an und gab Hinweise für die illegale Arbeit. In ihren Einschätzungen zur Lage in Hitlerdeutschland führte die SAP den Untergang der Weimarer Republik vor allem auf die Schuld der beiden großen Arbeiterparteien zurück. Im organisierten Widerstand der SAP spielten die Mitglieder des SJV eine große Rolle. Keine Partei der deutschen Arbeiterbewegung verfügte damals über einen so hohen Prozentsatz jugendlicher Mitglieder wie die SAP. Besonders für die se Jungsozialisten organisierte Kurt Liebermann an beiden Pfingstfeiertagen 1933 im „Volkshaus“ Tyssa (Tisa), im „Volkshaus“ Aussig (Usti nad Labem) und im Gasthaus des sudetendeutschen Sozialdemokraten Otto Löbel in Eiland (Ostrov) Schulungskurse für die illegale Arbeit. Denn das Nichtbeachten der Regeln konspirativer Tätigkeit hatte bereits Anfang Mai 1933 zu Verhaftungen geführt. In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai waren in einer nahezu tollkühnen Großaktion in Dresden, Niedersedlitz, Heidenau und Zschachwitz große Mengen Handzettel vor die Großbetriebe gestreut oder über die Mauern und Zäune der Fabrikgelände geworfen worden. Sie forderten

die Arbeiter auf, am 1. Mai nicht an den vom NS-Regime vorgesehenen „Maifeiern unter Hakenkreuzfahnen“ teilzunehmen, sondern in eigenen Veranstaltungen ihren Kampftag zu begehen.



Die illegale Zeitung der SAP, die aus der CSR eingeschleust und auch in Heidenau, Dohna, Zschachwitz und Pirna verbreitet wurde

Obwohl die Funktionäre der Ortsgruppe Groß-Dresden in mühevoller Kleinarbeit eine den neuen Bedingungen angepasste Organisationsform für den Widerstand aufgebaut hatten, veranstalteten besonders Jungsozialisten bis in den Sommer 1933 hinein noch immer Versammlungen oder Kundgebungen, die zwar geheim, aber doch nicht konspirativ abgesichert waren oder auch zu große Gruppen umfassten. Solche Zusammenkünfte in den Wohnungen von Funktionären, in der Dresdner Heide, an den Boxdorfer Waldteichen, am Elbufer, im Großen Garten, ja auch auf öffentlichen Plätzen im Stadtgebiet stärkten zwar immer wieder das kollektive Selbstvertrauen und den jugendlichen Aktionsdrang, hatten jedoch nahezu selbstzerstörerische Wirkungen. Sie erleichterten der Polizei bald, die Widerstandszentren der SAP in Groß-Dresden, Heidenau und Zschachwitz systematisch „aufzurollen“.

Nach vereinzelt Festnahmen im Juli 1933 erfolgten ab 8. August in Dresden, Boxdorf, Heidenau, Niedersedlitz, Radebeul, Weixdorf und Zschachwitz schlagartig umfangreiche

Verhaftungen. Die meisten Inhaftierten waren junge Arbeiter zwischen 18 und 20 Jahren. In einem Großprozess vom 1. bis 4. November 1933 verurteilte das Sondergericht für das Land Sachsen, Sitz Freiberg, 91 Mitglieder der SAP, des SJV und Parteilose wegen „Zu widerhandlung gegen das sächsische Verbot des SJV im Fortsetzungszusammenhange mit einem Verbrechen nach § 2 des Reichsgesetzes gegen die Neubildung von Parteien, begangen in Tateinheit mit Zu widerhandlung gegen das Verbot von Druckschriften der SAP" zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.³⁰ Unter ihnen befanden sich auch die Zellenleiter von Heidenau und Zschachwitz. Das war ein schwerer Schlag gegen den organisierten Widerstand der SAP in unserer Heimat, der die illegale Arbeit dieser Partei zunächst nachhaltig schwächte. Doch nach diesen ersten opferreichen Erfahrungen begannen die verbliebenen Widerstandsgruppen im SAP-Unterbezirk Dresden rasch, die konspirativen Arbeitsmethoden zu verbessern und auf weitere selbstmörderische Massenaktionen zu verzichten, so auch in Groß-Dresden, Heidenau und

Zschachwitz. Das geschah vor allem unter der Regie der SAP-Auslandsleitung und über den nun funktionierenden illegalen Grenzapparat der Partei. Den Dresdner SAP-Funktionären Kurt Liebermann, Walter Pöppel, Deckname „Heinz", und dessen Frau Jenny Klemm war im Juni 1933 noch vor den einsetzenden Verhaftungen die Emigration in die CSR gelungen. In Biela (Bela) bei Bodenbach (Podmokly) richteten sie im Sommer 1933 die erste so genannte Grenzstelle der SAP ein, um von hier aus den organisierten Widerstand der Gruppen zunächst im Großraum Dresden anzuleiten. Ihnen folgten als illegale Grenzarbeiter die Dresdner SAP-Funktionäre Herbert Heerklotz, Decknamen „Hans Hofmann", „Herbert Lange", und Hilde Löbner, Deckname „Christa", sowie Arno Behrisch, Decknamen „Peter", „Erich Rauchfuß", aus Reichenberg bei Dresden nach Biela (Bela). Diese und andere SAP-Emigranten, die in diesem Gebiet mit Hilfe sudetendeutscher und tschechischer Antifaschisten ein Obdach fanden, bezeichneten sich als „Bodenbacher Kolonie".

Bereits im September 1933 bildete sich unter Kurt Wagner, Deckname „Johann", eine neue Leitung für die illegale SAP-Ortsgruppe Groß-Dresden, die erneut mit der organisatorischen Zusammenfassung der noch nicht verhafteten Genossen in kleinen Zellen begann. Die Verbindung dieser neuen Leitung zu den Emigranten der „Bodenbacher Kolonie" kam relativ rasch noch im gleichen Monat zustande. In geheimen Zusammenkünften erfolgten nun in Biela (Bela) und Umgebung vor allem durch Kurt Liebermann und Walter Pöppel Instruktionen der Dresdner Funktionäre für die weitere organisierte illegale Arbeit im Großraum Dresden oder für die Verbreitung illegaler Druckschriften. Zu den bereits genannten Zeitungen gab die Auslandsleitung ab Juli 1933 auch Tarnschriften heraus. Eine sei aufgeführt, die über den Grenzapparat der Partei durch Kuriere bis Februar 1935 auch nach Dresden und Heidenau gelangte: „Schneider, Johannes: Fruchtsaft- und Süßmostbereitung im Haushalt". Von Herbert Eichhorn, der seitens der Ortsgruppenleitung die Verbindung zu den illegalen Zellen außerhalb Dresdens hielt, bekam auch Herbert Glaeser den Auftrag, mit seinen noch verbliebenen Genossen in Heidenau die illegale Arbeit fortzusetzen. Nun streng konspirativ, knüpfte er wieder seine Kontakte, sammelte für den eingerichteten Solidaritätsfonds und verbreitete die illegalen Druckschriften, die er zumeist von Herbert Eichhorn erhielt. Dabei war seine berufliche Tätigkeit als Vertreter für Textilien von großem Vorteil. Er nahm auch an geheimen Zusammenkünften in Dresden teil, die weiterer politischer Schulung und Fragen der Herstellung der Einheitsfront, vor allem von Verbindungen zu Sozialdemokraten, dienten. Des weiteren traf er sich wiederholt mit den SAP-Grenzarbeitern Walter Pöppel, Herbert Heerklotz und Arno Behrisch zumeist in Bodenbach (Podmokly). Nachdem im September 1934 eine weitere Grenzstelle in Probstau (Probstov) bei Teplitz-Schönau (Teplice-Sanov) eingerichtet worden war, fanden diese Treffs dann vor allem in der Moorbachhütte bei Mückenberk (Komari Hurka) oder in den Naturfreundehütten in Nollendorf (Naklerov) und Vorder Zinnwald (Predni Cinovec) statt. Sie dienten zur ausführlichen Berichterstattung über die

politische und wirtschaftliche Lage im Raum Heidenau-Pirna sowie über Stand und Erfahrungen der illegalen Arbeit.

Die Widerstandsgruppen des SAP werden zerschlagen

Diese organisierte illegale Tätigkeit der Widerstandsgruppen der SAP-Ortsgruppe Groß-Dresden konnte unter Kurt Wagners Leitung im engen Zusammenwirken mit den emigrierten Funktionären Walter Pöppel und Herbert Heerklotz noch bis in den Februar 1935 hinein fortgesetzt werden. Jedoch war sie trotz aller Konspiration der immer perfektionierter arbeitenden Dresdner Gestapo nicht verborgen geblieben. Im Zusammenhang mit dem Eindringen ihrer Agenten in die Leitung des illegalen SPD-Unterbezirkes Dresden gelang ihr auch im November 1934 der Einbruch in die Leitung der SAP-Ortsgruppe Groß-Dresden.

Nach noch wochenlang andauernden Beobachtungen begann dann das nun schon oft praktizierte „Aufrollen“, um den organisierten Widerstand der SAP im Großraum Dresden zu zerschlagen. In Dresden, Coswig, Freital, Heidenau, Meißen, Radebeul und Zschachwitz erfolgten zahlreiche Verhaftungen von SAP- und SJV-Mitgliedern sowie von Parteilosen. Unter ihnen befand sich am 6. März 1935 auch Herbert Glaeser. In einem der letzten großen Prozesse der NS-Justiz gegen die illegale SAP-Organisation Groß-Dresden stand er am 22. Februar 1936 mit weiteren 22 Angeklagten „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ vor den Richtern des Oberlandesgerichtes Dresden.³¹ Das Urteil für Herbert Glaeser lautete: zwei Jahre und fünf Monate Zuchthaus. Mit der Zerschlagung der illegalen SAP-Ortsgruppe Groß-Dresden endete auch der organisierte Widerstand der SAP in der Amtshauptmannschaft Pirna.

Widerstand aus christlicher Überzeugung Kirchen und Nationalsozialismus

In unserer Darstellung haben wir vor allem die evangelisch-protestantische Kirche im Blick, denn die Katholiken stellten auch in der Amtshauptmannschaft Pirna eine Minderheit dar. Diese betrug 1933 in Sachsen nur vier Prozent der Bevölkerung. Einbezogen wird jedoch die Gemeinschaft der Ernsten Bibelforscher, die sich seit 1931 Zeugen Jehovas nannten, als vom NS-Regime am stärksten verfolgte christliche Glaubensgemeinschaft. Generell muss vorangestellt werden, dass es einen gründlichen Überblick über das Verhältnis von Kirche und Nationalsozialismus sowie über das kirchliche Leben in Amtshauptmannschaft und Kreis Pirna zwischen 1933 und 1945 noch nicht gibt. Deshalb werden hier nur die wesentlichsten Tendenzen in den Beziehungen zwischen Kirchen und Nationalsozialismus in den ersten Jahren der NS-Diktatur in einem knappen Überblick betrachtet.³²

Die Kirchen standen zunächst dem Nationalsozialismus nicht in grundsätzlicher Ablehnung gegenüber. Hitler und seine Führungsclique hatten zwar nach seinen eigenen Worten die Absicht, dereinst „mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Wurzeln und Fasern das Christentum in Deutschland auszurotten“.³³ Doch politische Praxis wurde diese kirchen- und christenfeindliche Haltung in den Anfangsjahren der NS-Diktatur noch nicht. Die Christen beider Konfessionen wurden ja zum Aufbau und zur Festigung des Hitlerregimes gebraucht und die großen Kirchen als beachtliche Machtfaktoren bewertet, die es vorerst einmal geschickt für die eigenen Ziele zu nutzen galt. Deshalb wurde durch kirchenfreundliche Zusicherungen in zahlreichen Veranstaltungen und offiziellen Erklärungen recht intensiv um Kirchenführer und Kirchenvolk geworben, und das nicht ohne Erfolg. Dazu stellen die Kirchenhistoriker Georg Denzler und Volker Fabricius fest: „... besonders im Jahr 1933, als die Diktatur institutionalisiert und zielstrebig stabilisiert wurde, als auch schon grundlegende Regelungen für das Verhältnis von Staat und Kirche erfolgten, (war) eine in ganz Deutschland - auch in kirchlichen Kreisen - weit verbreitete Begeisterung für die neue, von Adolf Hitler

gebildete Regierung zu konstatieren."³⁴ Werfen wir einen Blick auf wesentliche Ursachen, vor allem darauf, warum die evangelische Kirche 1933 in so starkem Maße in die Nähe der neuen Machthaber rückte.

In den evangelischen Landeskirchen war seit der Reformation der jeweilige Landesherr das Oberhaupt der Kirche. Jahrhunderte alter protestantischer Tradition entsprach die Vorstellung von einer starken Obrigkeit mit der engen Verbindung von Thron und Altar. Daraus resultierte ihr Obrigkeitsgehorsam. In der Weimarer Republik war nach der Beseitigung der Monarchie der Kirche dieses Oberhaupt verloren gegangen. Deshalb konnte sie während der Jahre 1919 bis 1933 kein positives Verhältnis zu diesem Staat aufbauen, sondern unterstützte vielmehr monarchistische, nationalistische und sonstige antidemokratische Bestrebungen, Parteien und Organisationen. Selbst zur Sozialdemokratie fand die evangelische Kirche keine Beziehung. Dagegen wurden die ausgeprägte Demokratiefeindlichkeit sowie der Antikommunismus und Antimarxismus der Nationalsozialisten als Kampf gegen die „Gottlosenbewegung“, das „kommunistisch-marxistische Freidenkertum“ und gegen den „gott- und kirchenfeindlichen Bolschewismus“ befürwortet.

Die Deutschen Christen

Bereits 1932 hatte sich mit Hilfe der NSDAP reichsweit die Glaubensbewegung der Deutschen Christen gebildet. Sie war der protestantische Ableger der NSDAP. Ihre Führer begleiteten z.T. hohe Parteiämter. Die Deutschen Christen propagierten die weitgehende Gleichschaltung der evangelischen Kirche mit dem Nationalsozialismus. Sie forderten den Zusammenschluss der evangelischen Landeskirchen in einer einheitlichen Reichskirche unter einem Reichsbischof als Oberhaupt sowie den entschiedenen Kampf gegen Pazifismus, Freimaurertum und Internationalismus. Sie verfochten die Übernahme der nationalsozialistischen Volkstums- und Rassenideologie sowie einen „artgemäßen“, „heldischen“ Christusglauben. Nach Hitlers Machtantritt unterwanderten die Deutschen Christen regelrecht die evangelische Kirche. Bei den Kirchenwahlen am 23. Juli 1933, die mit massiver Propaganda von Deutschen Christen und NSDAP vorbereitet wurden, entfielen auf die oft unfreiwillig zustande gekommenen Einheitslisten der Deutschen Christen über 70 Prozent der Stimmen. Die Deutschen Christen besetzten nun wichtige Schlüsselpositionen in den meisten Landeskirchen. Am 27. September wählte die Nationalsynode in Wittenberg den Führer der Deutschen Christen, den Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller, zum Reichsbischof. Anfang 1933 gehörten 87 Prozent der Sachsen der evangelischen Kirche an. Auch Landesbischof Ludwig Ihmels war wie viele andere Kirchenführer bereit, Einwände gegen den Nationalsozialismus zurückzustellen und im Vertrauen auf die kirchenfreundlichen Versprechen der NSDAP an die Begründung einer neuen Gemeinschaft zwischen Volk und Kirche zu glauben. Nach seinem Tode wählte die Landessynode am 11. August 1933 den Führer der sächsischen Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer evangelischer Pfarrer, den bisherigen Dresdner Pfarrer Friedrich Coch, zum neuen Landesbischof. Coch gehörte seit 1931 der NSDAP an. Zu seiner Wahl war der Großteil der Synodalen in Uniformen von NS-Gliederungen erschienen, was die „christliche Gesinnung“ dieses Kirchenparlamentes, deshalb auch „Braune Synode“ genannt, treffend offenbarte. Zwischen dem neuen Landesbischof sowie der sächsischen Kirchenleitung und dem Gauleiter der NSDAP Martin Mutschmann bestanden enge Beziehungen, war Coch doch auch als „Gaufachberater für kirchliche Angelegenheiten“ bei der NSDAP-Gauleitung tätig gewesen. Nun stand die sächsische Landeskirche unter ihrem deutsch-christlichen Landesbischof fest zu Reichsbischof Müller. Wie dieser ging auch Coch von Anfang an rigoros gegen jede innerkirchliche Opposition vor und wurde dabei von den sächsischen Partei- und Staatsstellen massiv unterstützt.

Viele sächsische Pfarrer und Protestanten schlossen sich ab Sommer 1933 den Deutschen Christen an. Den Startschuss zu ihrer organisatorischen Sammlung in der Amtshauptmannschaft Pirna gab NSDAP-Kreisleiter Paul Sterzing, der dazu für den 20. Juli 1933 eine Massenkundgebung einberief. Die Gründung der Ortsorganisation Pirna erfolgte allerdings erst am 12. Oktober im „Weißen Roß“. Zum Gruppenführer wurde Oberstudiendirektor Max Bartholomey gewählt. Die Deutschen Christen waren mit mancherlei Veranstaltungen ebenfalls in anderen Orten der Amtshauptmannschaft präsent, wie z.B. in Heidenau, Königstein, Lohmen, Papstorf. Ihre „Gottesfeiern“ fanden auch in den folgenden Jahren immer wieder statt.

Die Bekennende Kirche

Gegen die Überwältigung der evangelischen Kirche durch die Deutschen Christen, die Gleichschaltungsaktionen des Reichsbischofs und die Einführung des berüchtigten „Arierparagraphen“ in die kirchliche Gesetzgebung regte sich Widerstand. Unter der Leitung des Berliner Pfarrers Martin Niemöller konsumierte sich ab dem 21. September 1933 der Pfarrernotbund, dem bis Ende 1933 bereits etwa 6.000 Pfarrer aus ganz Deutschland beitraten. Er verpflichtete seine Mitglieder erneut auf die Heilige Schrift und die Bekenntnisse der Reformation. Aus ihm ging die kirchliche Oppositionsbewegung in Form der Bekennenden Kirche hervor. Sie bildete eine Art Gegenkirche zum vom NS-Staat anerkannten Kirchenregiment der Deutschen Christen und kündigte dem Reichsbischof den Gehorsam auf. Widerstand in der Absicht, das NS-Regime zu stürzen, hat die Bekennende Kirche als Ganzes jedoch nicht geleistet. Sie trat vielmehr für die Unversehrtheit ihrer organisatorischen Strukturen und für die völlige Unabhängigkeit der kirchlichen Lehre ein, nach der die christlichen Gebote nicht der nationalsozialistischen Ideologie unterstellt werden durften. Das Regime fühlte sich aber auch durch diese „Widersetzlichkeiten“ vielfach getroffen. Deshalb galt die Bekennende Kirche als „staatsfeindlich“. Auf der Grundlage des von ihrer zweiten Bekenntnissynode im Oktober 1934 verkündeten kirchlichen Notrechts erfolgte die Bildung eigener bekennniskirchlicher Leitungsorgane, der Bruderräte, in den deutsch-christlich beherrschten Kirchenbezirken. Nun waren die Fronten durch die Anhänger der Bekennenden Kirche, die immer mehr in Opposition zum Hitlerstaat gerieten, einerseits und durch die Deutschen Christen, die überzeugte Nationalsozialisten waren, andererseits bestimmt. Bei vielen Christen der Bekennenden Kirche wurde aus ihrer oppositionellen Haltung schließlich politischer Widerstand.

Gegen Landesbischof Coch formierte sich auch in Sachsen der Pfarrernotbund. Sein Zentrum bildete Dresden, wo Superintendent Hugo Hahn einen Kreis Gleichgesinnter um sich sammelte. Im Dezember 1933 beschloss der Pfarrernotbund Sachsens, den Landesbischof nicht als geistlichen Führer anzuerkennen. Die nun einsetzende Spaltung reichte bis in die Kirchgemeinden. Im April 1934 schloss sich schließlich der sächsische Pfarrernotbund mit der entsprechenden Laienbewegung zur Bekenntnisgemeinschaft der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Sachsen zusammen. Am 19. Juni wurde der Landesbruderrat dieser Bekenntnisgemeinschaft unter dem Vorsitz von Hugo Hahn gebildet. Auch im Bereich der Superintendentur Pirna entstand im Frühjahr 1934 eine solche Bekenntnisgemeinschaft. Als Vorsitzender des Bruderrates der Bekenntnisgemeinschaft in der Ephorie Pirna fungierte Pfarrer Dr. Hermann Klemm aus Burkhardtswalde. Als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus und der Glaubensbewegung der Deutschen Christen gehörte er von Anfang an dem Pfarrernotbund an, als dessen Vertrauensmann er im Kirchenbezirk Pirna wirkte. Dem Bruderrat gehörten u.a. die Pfarrer Rudolf Carl aus Groß-Cotta, Siegfried Meier aus Sebnitz, Gotthelf Müller aus Heidenau, Albert Ploedterll aus Königstein, Richard Truöl aus Zeichen und Walter Schumann aus Hohnstein an. Sie waren ebenfalls Mitglieder des Pfarrernotbundes,

Walter Schumann stellvertretender Vertrauensmann. Als Laien zählten zum Bruderrat anfangs u.a. Georg von Carlowitz aus Liebstadt, Obermedizinalrat Dr. Dietrich von Hopffgarten aus Pirna und Studienrat Hermann Schreiter ebenfalls aus Pirna, dessen diesbezügliche umfangreiche Aktivitäten bereits die Politische Polizei überwachte. Auf das Wirken von Dr. Herrmann Klemm als Vorsitzender des Bruderrates und als Pfarrer in seinen Kirchgemeinden Burkhardtswalde und Weesenstein wird an anderer Stelle noch eingegangen.

Pfarrer im Widerstand

Wie bereits erwähnt, gab es von den beiden großen Kirchen und ihren Führungen keinen grundsätzlichen Widerstand gegen das NS-Regime. Wurden von diesen Proteste laut, so bezogen sie sich auf die Abwehr von Eingriffen der Staats- und Parteiführung in innerkirchliche Angelegenheiten. Doch eine Minderheit aufrechter Christen beider Konfessionen wandte sich als Einzelpersonen aus christlicher Überzeugung gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Ihre antifaschistische Haltung äußerte sich in vielfältigen Formen, die von Verweigerung über Opposition bis zum aktiven Widerstand reichten. Unter ihnen befanden sich auch Pfarrer, die dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden. Sie waren jedoch in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen nur schwach vertreten. Einige uns bekannte Beispiele aus unserer Heimat seien angeführt. Bereits wenige Tage nach der „Machtübernahme“ in Pirna wollte eine SA-Abteilung in geschlossener Formation mit ihrer Hakenkreuzfahne in die evangelische Stadtkirche St. Marien einmarschieren.

Doch der Pirnaer Pfarrer Rudolf Peter verwehrte den SA-Leuten den Zutritt mit den Worten: „Ihr habt hier nichts zu suchen!“ Am 9. März 1933 protestierte er auf der Breiten Straße gegen die Bücherverbrennung (siehe Kapitel 2) und verurteilte hier öffentlich diesen barbarischen Akt der Nationalsozialisten. Daraufhin wurde er von SA-Posten verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Doch offenbar waren die neuen Machthaber zu diesem Zeitpunkt noch sehr um ihr Ansehen in christlichen Kreisen bemüht, denn für Pfarrer Peter hatte sein Auftreten keine weiteren Konsequenzen. Trotz dieser „Abschreckungsmaßnahme“ trat er als einziger der an der Stadtkirche St. Marien zu dieser Zeit amtierenden Pfarrer dem Pfarrernotbund bei und wurde aktives Mitglied der Bekenntnisgemeinschaft.



Dr. Hermann Klemm, Aufnahme von 1951
als Superintendent in Meißen



Walter Plotz, *12. März 1877-
† 2. Juni 1944



Logenzeichen der
Pirnaer Freimaurerloge

Wenig später geriet ein weiterer Pirnaer Pfarrer ins Visier von NSDAP und Gestapo: Walter Plotz, Hospitalpfarrer in Pirna und Schlosspfarrer in Pirna-Zehista. Als Studienrat unterrichtete er auch an den Pirnaer Oberschulen im Fach Religion. Er war als hervorragender Prediger und

unbeugsamer Gegner des NS-Regimes bekannt. Seine antifaschistische Haltung und sein Wirken in der Bekenntnisgemeinschaft brachten, ihm „Dienststrafverfahren“ und mehrjährige „Dienstenthebung“ durch das Landeskirchenamt. Das besondere Missfallen der braunen Machthaber erregte er aber als „Meister vom Stuhl“ der Pirnaer Freimaurer-Loge, der St. Johannis-Loge Zur Leuchte am Strom. Ihr gehörten Anfang 1933 etwa 150 Männer aus Pirna und Umgebung an. Das waren Fabrikdirektoren, Kaulleute, Architekten, Handwerker, Ärzte, Musiker, Pfarrer, Pädagogen, um nur einige zu nennen. Die Freimaurer strebten nach Toleranz, Humanität und Menschenwürde, bemühten sich um Brüderlichkeit und Hilfsbereitschaft. Deshalb gab es unter der NS-Diktatur für sie keinen Platz mehr.

Mit zweijährigem massivem Druck wurde schließlich ihre Selbstaflösung erzwungen, ihr Vermögen eingezogen. Die Pirnaer Loge löste sich am 24. Juli 1935 auf. Ritualgegenstände, Bibliothek und Archiv beschlagnahmte die Gestapo. Pfarrer Plotz aber bemühte sich beharrlich zu verhindern, dass das große Logenhaus auf der Brückenstraße die NSDAP-Kreisleitung erhalten sollte. Doch das wurde ihm zum Verhängnis. Er erhielt am 18. Juli 1936 vom Schulamt Pirna die Aufforderung, sofort seine Lehrtätigkeit zu beenden. Am 28. August 1936 nahm ihn die Gestapo wegen „Verächtlichmachung der Partei“ in Schutzhaft und „überstellte“ ihn in das KZ Sachsenburg. Dort war er als „Bekenntnispfaffe“ und „Logenbruder“ bis zum 26. November besonders harten, Kräfte zehrenden Schikanen der SS-Wachmannschaften ausgesetzt. Danach folgten zermürbende Gerichtsverhandlungen. All das führte zu seiner völligen Erschöpfung. Doch über Jahre hinweg fanden auch bei ihm weiterhin illegale Zusammenkünfte von Mitgliedern der Bekenntnisgemeinschaft statt. Nach längerer Krankheit verstarb er am 2. Juni 1944. Das Logenhaus auf der Brückenstraße wurde am 19. April 1945 ein Opfer amerikanischer Bomben. Heute befindet sich dort eine Parkanlage. Nichts erinnert mehr an die einstige Stätte der Pirnaer Freimaurer und an ihren letzten „Meister vom Stuhl“.

Schon im Kapitel 3 wurde vom Hohnsteiner Pfarrer Walter Schumann berichtet. Dieser junge Pfarrer war ebenfalls ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Neben seiner



Walter Schumann

Tätigkeit in seinen Kirchgemeinden Hohnstein und Rathewalde hatte er sich bis zur „Machtübernahme“ der NSDAP besonders der Jugendarbeit auf der Burg Hohnstein gewidmet. Nun musste er miterleben, wie die SA diese bisherige Heimstatt fröhlichen Jugendlebens in eine Stätte des Schreckens und Grauens umfunktionierte. Außer seinem bereits erwähnten mutigen, aber erfolglosen Protest beim Lagerkommandanten gegen die unmenschlichen Misshandlungen der Schutzhäftlinge durch die Wachmannschaften versuchte er auf verschiedene Weise als Seelsorger Eingang in das Schutzhaftlager zu finden, um das Los der Häftlinge erleichtern zu können. So hielt er wiederholt Gottesdienste in der Burgkapelle und bemühte sich, gegen den Widerstand der SA-Lagerleitung mit Hilfe von Quäkern eine kleine Bibliothek für die Häftlinge einzurichten. Er ermöglichte auch, dass sich im Bodenraum der Kapelle die führenden Kräfte

der illegalen antifaschistischen Lagerleitung bisweilen zu kurzen Beratungen trafen.

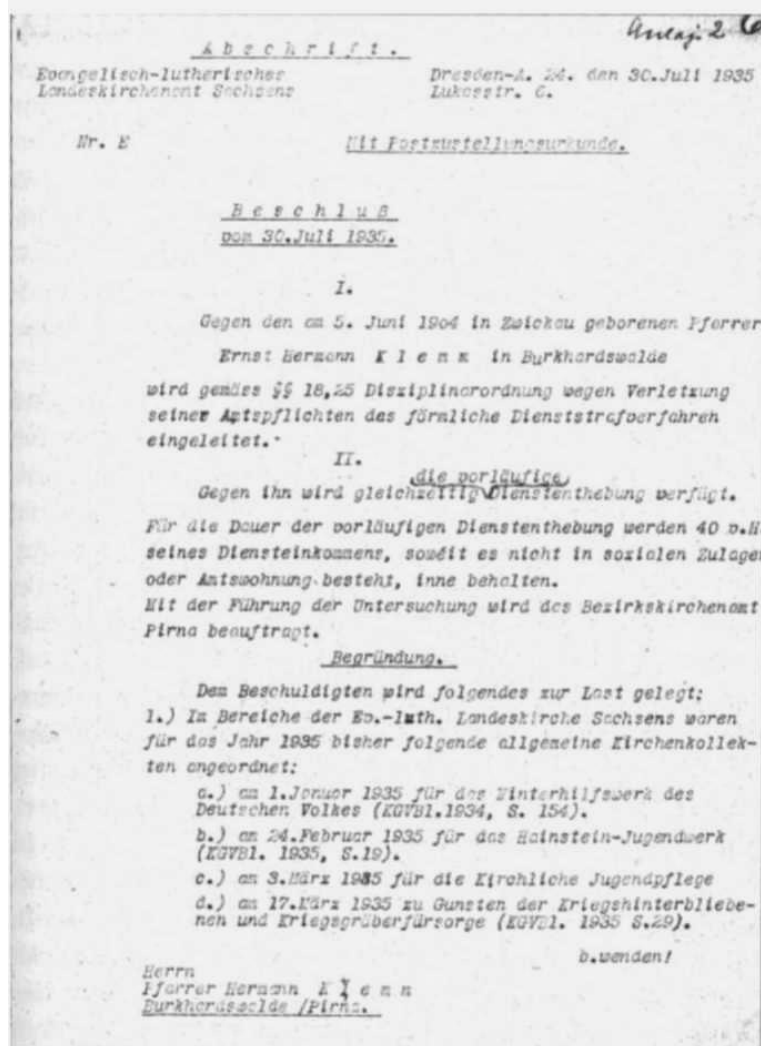
Als stellvertretender Vertrauensmann des Pfarrernotbundes und Mitglied des Bruderrates bildete er in Hohnstein eine starke Bekennende Gemeinde. Nachdem er wiederholt in seine „überwachten“ Predigten in den Kirchen zu Hohnstein und Rathewalde das Martyrium der Schutzhäftlinge eingeschlossen, so genannte „verbotene“ Kanzelabkündigungen des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche verlesen und vom deutsch-christlichen Landeskirchenamt bereits suspendierter Amtsbrüder gedacht hatte, erhielt er im Februar 1934 Predigtverbot. Auf persönliches Betreiben des NSDAP-Kreisleiters Paul Sterzing erfolgte

zugleich seine über Monate währende Suspendierung. Auch das von ihm für seine Kirchengemeinden herausgegebene „Gemeindeblatt“ wurde verboten. Ungeachtet dessen scharte Pfarrer Schumann nun seine bekennnistreuen Anhänger „außerhalb“ der Kirche um sich, wie z.B. auch auf dem Hohnsteiner Rittergut bei Familie Wittig. Einer am 30. April 1934 verfügten zwangsweisen Strafversetzung leistete er nicht Folge. Deshalb wurde schließlich am 7. Juni 1934 gegen ihn wegen wiederholtem „Ungehorsam“ und „Disziplinwidrigkeit“ das „förmliche Dienststrafverfahren mit dem Ziel der endgültigen Entfernung aus dem Amt“ eingeleitet.³⁵ Jedoch die Kirchenvorstände von Hohnstein und Rathewalde sowie der weitaus größte Teil der Kirchengemeindemitglieder standen fest hinter ihrem Pfarrer, so dass der gegen ihn vom Landesbischof Coch angestrebte Prozess schließlich mit Freispruch und „Wiedereinsetzung“ und so mit einer empfindlichen Niederlage für das deutsch-christliche sächsische Kirchenregiment endete. Er blieb aber auch weiterhin ständigen Bespitzelungen und Anfeindungen, auch wiederholt Verhören durch Polizei und Gestapo ausgesetzt. Deshalb verließ Pfarrer Walter Schumann schließlich im Juli 1936 aus eigenem Entschluss Hohnstein, um in der Erzgebirgsgemeinde Großrückerswalde seine Tätigkeit im Dienste der Bekennenden Kirche fortzusetzen. Am 20. April 1935 wurde der bereits genannte Vorsitzende des Bruderrates der Bekenntnisgemeinschaft in der Ephorie Pirna, Pfarrer Dr. Hermann Klemm, in Burkhardtswalde wegen „Nichtbefolgung staatlicher Anordnungen“ von der Polizei verhaftet und in das KZ Sachsenburg eingeliefert. Er gehörte zu jenen 20 sächsischen Pfarrern der Bekennenden Kirche, die auf Anordnung des nunmehrigen Reichsstatthalters Martin Mutschmann inhaftiert worden waren. Als Anlass diente das Verlesen einer „verbotenen“ Kanzelabkündigung des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche, so geschehen auch im Gottesdienst in der Kirche zu Burkhardtswalde am 7. April. Diese Kanzelabkündigung richtete sich gegen das von der NSDAP offiziell propagierte „Neuheidentum“ und war mit einer Fürbitte für die bereits im KZ Dachau inhaftierten Pfarrer verbunden.

Zu diesem Zeitpunkt hatte das „Sündenregister“ von Pfarrer Dr. Klemm bereits einen beachtlichen Umfang erreicht. Er war dem NS-Regime seit langem „als entschiedener Gegner des neuen Staates, Vertrauensmann des Pfarrernotbundes und führendes Mitglied der Bekennenden Kirche des Kirchenbezirkes Pirna“ bekannt, der dem Landesbischof und dessen nachgeordneten Behörden „ausdrücklich den Gehorsam verweigert“.³⁶ In seinen Kirchengemeinden Burkhardtswalde und Weesenstein hatte er starke Bekennende Gemeinden geschaffen und wiederholt die Erträge der „angeordneten“ Kirchenkollekten an die Superintendentur „bewusst nicht abgeführt“. Wegen solcherart „schwerer schuldhafter Amtspflichtverletzung“ war er bereits mehrfach mit beträchtlichen Geldstrafen gemäßregelt worden. Auch Einführung und Verbreitung des amtlichen „Kirchlichen Gemeindeblattes für Sachsen“ lehnte er ab. Nach der aus außenpolitischen Erwägungen bereits am 4. Juni 1935 verfügten Entlassung der sächsischen Pfarrer aus dem KZ Sachsenburg erfolgten für Dr. Klemm, wiederum auf Betreiben der NSDAP-Kreisleitung Pirna, Predigtverbot und „Verbot jeglicher weiterer Amtierung“ sowie „förmliches Dienststrafverfahren“ und „vorläufige Dienstenthebung“ auf dem Fuße.

Doch das schreckte ihn nicht ab, und seine Kirchenvorstände und Kirchengemeinden standen fest zu ihm. So hielt er weiterhin seine nun „ungesetzlichen“ Gottesdienste, oft sogar im Freien auf dem Pfarrhof, und Bibelstunden außerhalb der Kirche ab. Auch fanden viele Zusammenkünfte in seinem privaten Wohnbereich sowie bei bekennnistreuen Gemeindemitgliedern in Burkhardtswalde statt. Das alles zwang schließlich die Landeskirchenbehörde, Ende des Jahres seine „Wiedereinsetzung“ vorzunehmen. Als Vorsitzender des Bruderrates der Bekenntnisgemeinschaft in der Ephorie Pirna und ab 1935 auch als Mitglied des Landesbruderrates Sachsen leistete Dr. Hermann Klemm mit hohem persönlichem Einsatz eine umfangreiche Arbeit, tatkräftig unterstützt von seinen Amtsbrüdern des hiesigen Bruderrates. Das geschah bereits vor und auch weiterhin nach seiner KZ-Haft. So war er über Jahre hinweg

im Kirchenbezirk Pirna sowie im Auftrage des Landesbruderrates auch in zahlreichen Orten Sachsens ein sehr gefragter Redner in den verschiedensten Veranstaltungen der Bekennenden Kirche, besonders im Rahmen ihres Volksmissions- und Rüstdienstes und in ihrer Jugendarbeit. Schließlich organisierte und leitete er zumeist selbst die monatlichen Zusammenkünfte der Notbundpfarrer und die Bezirkskonferenzen der Bekenntnisgemeinschaft im Kirchenbezirk Pirna.



Erste Seite von „förmlichen Dienststrafverfahren“ und „vorläufiger Dienstenthebung“ des Evangelisch-lutherischen Landeskirchenamtes Sachsens vom 30. Juli 1935 gegen Dr. Hermann Klemm

An erster Stelle aber stand das Bemühen Dr. Klemms und des Bruderrates, Amtsbrüder, die ebenfalls das NS-Regime und die Deutschen Christen ablehnten, für den Pfarrernotbund und die Bekennende Kirche zu gewinnen sowie die Bildung weiterer Bekennender Gemeinden zu unterstützen. So sind diesbezügliche Kontakte und Verbindungen Dr. Klemms und des Bruderrates u.a. zu antifaschistisch gesinnten Pfarrern in Bad Gottleuba, Berggießhübel, Börnersdorf, Dohna, Ehrenberg, Heidenau, Helmsdorf, Langenhenndorf, Lauterbach, Liebstadt, Neustadt, Pirna, Porsdorf, Rathen, Sebnitz, Stadt Wehlen, Struppen nachgewiesen. Dabei spielten häufig langjährige freundschaftliche Beziehungen, aber auch familiäre Bindungen eine beachtliche Rolle. In den meisten Kirchengemeinden dieser Orte fiel die Saat Dr. Klemms und des Bruderrates auf fruchtbaren Boden, so z.B. bei den Pfarrern Johannes Friedrich in Bad Gottleuba, Albrecht Herz in Berggießhübel, Hans Hellner in Dohna, Georg von Schmidt in Langenhenndorf, Martin Vorwerk in Liebstadt, Karl-Heinz Griebdorf

in Porschdorf, Otto Scriba in Stadt Wehlen und Ernst Schmeißer in Struppen. Hier und in den Kirchgemeinden der Bruderratsmitglieder bildeten diese Pfarrer ab 1934 Bekennende Gemeinden von unterschiedlicher Größe und zeitlicher Dauer. Doch wohl vor allem Dr. Hermann Klemms beharrlichem Wirken ist es zu danken, dass bereits Ende 1935 in der deutsch-christlich dominierten Ephorie Pirna dennoch gemeinsam mit ihm 18 Notbundpfarrer und 595 „eingeschriebene“ Mitglieder der Bekennenden Kirche mit Bekennermut das Christuskreuz gegen das Hakenkreuz erhoben und verteidigten.

Katholiken

Zu diesen Kräften zählten auch in unserer Heimat katholische Geistliche, wie hier am Beispiel der katholischen Kirche St. Kunigunde zu Pirna gezeigt werden soll, obwohl ihnen das bereits am 20. Juli 1933 von der Reichsregierung mit dem Vatikan abgeschlossene Reichskonkordat jegliche politische Aktivität verbot. Dieser „Staatsvertrag“ mit dem Heiligen Stuhl, mit dem die Nationalsozialisten ihre bisherige außenpolitische Isolierung durchbrachen, garantierte der katholischen Kirche formalrechtlich die freie Religionsausübung, die unbeeinflusste Besetzung der Kirchenämter und vorerst den Schutz katholischer Organisationen sowie die Weiterexistenz ihrer Bekenntnisschulen. Deshalb und wohl aufgrund der starken Minderheitssituation der Katholiken in Sachsen stand die katholische Kirche im Bistum Meissen zumindest in den ersten beiden Jahren der nationalsozialistischen Diktatur noch nicht im Mittelpunkt ihres kirchenpolitischen Interesses.

Doch in Pirna hatten NSDAP-Kreisleitung, Führung des HJ-Bannes 177 und Polizei schon bald den damals bereits hochbetagten Pfarrer Ludwig de Lassalle und Kaplan Albert Dänhardt von der Kirche St. Kunigunde als „oppositionelle katholische Geistliche“ im Blick. Vom Wirken Kaplan Dänhardts als Leiter der Pirnaer katholischen Jugendvereinigung für den organisierten Fortbestand der katholischen Pfarrjugend, das im vollen Einvernehmen mit Pfarrer de Lassalle erfolgte, wird im Kapitel 10 berichtet. Gegen den Pfarrer selbst glaubte die Dresdner Gestapo schließlich im April 1935 einen Anlass zum „Einschreiten“ gefunden zu haben. Beim Oberstaatsanwalt des Landgerichtes Dresden strengte sie gegen ihn ein Ermittlungsverfahren an, weil er sich mit einem „verbotenen“ Bittbrief an Gemeindemitglieder um eine Spende für Kirchennotgeld gewandt hatte. Doch zum Verdruss der braunen Machthaber musste das Verfahren eingestellt werden, weil die Spendensammlung noch vor dem offiziellen Verbot begangen wurde und „keine höhere Strafe“ zu erwarten war.



Dr. Benno Scholze Aufnahme von 1960

Am 1. Juli 1938 wurde Pfarrer Dr. Benno Scholze als Nachfolger von Pfarrer Ludwig de Lassalle in sein Amt eingeführt. Schon in seiner bisherigen Pfarrgemeinde Markranstädt und im Leipziger Raum galt er als entschiedener, kompromissloser Gegner des Nationalsozialismus. Neben seiner Tätigkeit als Seelsorger wirkte er vor allem als Leiter der Rundfunkarbeitsgemeinschaft Deutscher Katholiken beim Mitteldeutschen Rundfunk des Reichssenders Leipzig sowie als Mitbegründer und Schriftleiter des „St. Benno-Blattes“, einer Zeitschrift des Bistums. Das alles brachte ihm jahrelange Beobachtung durch die Gestapo und häufige Konflikte mit der NS-Sendeleitung ein, die ihm schließlich diese Arbeit unmöglich machten. Deshalb folgte er dem Ruf des Bischofs, den Pfarrbezirk Pirna zu übernehmen. Hier wurde er „während der NS-Zeit der Mittelpunkt der katholischen Widerstandsbewegung in Pirna.“³⁸ Sein Hauptaugenmerk richtete Pfarrer Dr. Benno Scholze darauf, die Gemeindemitglieder

in- und außerhalb der Kirche enger zu einer christlichen Bekenntnisgemeinschaft „gegen die Zeitströmung des Nationalsozialismus, die alles Christliche unterhöhlen und nach und nach vernichten will“, zusammenzuschließen. Das geschah in seinen Predigten, in Versammlungen der Pfarrgemeinde St. Kunigunde und vor allem unermüdlich im Gespräch mit seinen Gläubigen. Kirchenvorstand und Vereinsvorsitzende waren ihm dabei wertvolle Helfer.

Als gebürtigem Sorben gehörte es von jeher zu seinen Pflichten als Pfarrer, polnische und slowakische Saisonarbeiter seelsorgerisch zu betreuen. Das erstreckte sich auch auf die Vertretung ihrer sozialen Belange. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, den Hitlerdeutschland mit dem Überfall auf Polen entfesselt hatte, erhielt Dr. Benno Scholze die Genehmigung zur Seelsorge für polnische Kriegsgefangene. So wurde u.a. auch das Kriegsgefangenenstammlager Nr. IV A auf Burg Hohnstein eine seiner Wirkungsstätten. Den hier untergebrachten polnischen Offizieren war er bald nicht nur ein Seelsorger, sondern ein echter Vertrauter in diesen für sie schweren, erniedrigenden Tagen. Nach dem „Blitzkrieg“ gegen Frankreich gelang es ihm, auch das Kriegsgefangenenlager für französische Generäle und Offiziere auf der Festung Königstein zeitweilig in seine seelsorgerischen Dienste einzubeziehen. Hinzu kam die Seelsorge, vor allem aber die materielle Hilfe in vielfältiger Form, die Dr. Benno Scholze den zivilen polnischen Zwangsarbeitern in Pirna und Umgebung angedeihen ließ, die nun auch hier in Betrieben der Industrie und in der Landwirtschaft in immer stärkerem Maße „zum Einsatz“ kamen. Dabei wurde er von namentlich nicht mehr bekannten Mitgliedern seiner Kirchengemeinde tatkräftig unterstützt. Nachdem am 8. März 1940 die Reichsregierung ein ganzes Paket von Erlassen verkündet hatte, mit denen die polnischen Zwangsarbeiter durch ein ganzes System von Verboten und Strafandrohungen unwürdig reglementiert wurden, erhielten nun auch Seelsorge und solidarische materielle Hilfe illegalen „verbotswidrigen“ Charakter. Denn auch an kirchlichen Veranstaltungen durften sie nicht mehr teilnehmen.

Diese gesamte Tätigkeit Dr. Benno Scholzes war der Gestapo natürlich nicht verborgen geblieben. Am 15. Januar 1941 schlug sie zu. Er wurde verhaftet und in das Polizeigefängnis Dresden eingeliefert. Doch Gestapo und Staatsanwaltschaft gelang es nicht, ihn der „Feindbegünstigung“ und „hochverräterischer Machenschaften“ zu überführen. Deshalb wurde er am 4. April 1941 als „des Hochverrats verdächtiger Staatsfeind“ in das KZ Dachau „überstellt“. Hier durchlebte er im berüchtigten „Priesterblock“ 26 über vier lange Jahre das Martyrium der „Frommen in der Hölle“, gleich seinen katholischen Amtsbrüdern von den SS-Wachmannschaften mit besonders satanischem Hass verfolgt und erniedrigt. Doch am 29. April 1945 schlug auch für ihn endlich wieder die Stunde der Freiheit. Auf dem Sonnenstein in Pirna erinnert eine Straße an den mutigen, unbeugsamen Antifaschisten, an den Geistlichen Rat, Erzpriester und Pfarrer Dr. Benno Scholze von St. Kunigunde.

Widerstand und Verfolgung der Zeugen Jehovas

Die in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in den USA entstandene christliche Gemeinschaft der Ernsten Bibelforscher, die sich seit 1931 Zeugen Jehovas nannten, war in Deutschland eine vergleichsweise kleine Religionsgemeinschaft. Sie zählten 1933 nur etwa 25.000 Mitglieder. Dennoch waren die Zeugen Jehovas, wie bereits erwähnt, die vom NS-Regime am stärksten, mit unerbittlicher Härte bekämpfte und verfolgte Glaubensgemeinschaft, denn sie verweigerten sich den braunen Machthabern bedingungslos. Sie verweigerten den Hitlergruß, weil ein „Heil“ nur von Gott zu erwarten sei, lehnten jeden Eid gegenüber einer weltlichen Macht ab, so auch den Eid auf den „Führer“, und verweigerten jeden Wehr- und Kriegsdienst. Sie weigerten sich, NS-Zwangsorganisationen beizutreten, zu flaggen und zur Wahl zu gehen, weil sie „ein für allemal Gott gewählt“ hatten. All das hatte keinen politischen Hintergrund, sondern erwuchs aus ihrer religiösen Überzeugung. Deshalb

wurden sie bereits ab April 1933 als erste christliche Glaubensgemeinschaft überhaupt verboten. Ihre bald darauf einsetzende gnadenlose Verfolgung durch das Hitlerregime, das in ihnen „Wegbereiter des jüdischen Bolschewismus“ sah, deuteten sie als eine ihnen auferlegte Prüfung, in der sie ihre Glaubenstreue zu beweisen hatten. Ihre Haltung zielte aber nicht auf die Veränderung der bestehenden politischen Ordnung, sondern es ging ihnen vielmehr um ihre uneingeschränkte Religionsausübung. So führten sie illegal ihre Zusammenkünfte und Missionstätigkeiten beharrlich weiter und wandten dabei konspirative Methoden an. Sie stellten auch weiterhin zahlreiche Druckerzeugnisse her und organisierten eine ausgedehnte illegale Einfuhr von Zeitschriften und Flugblättern, zumeist aus der CSR. Sachsen galt bereits seit Mitte der zwanziger Jahre als eine ausgesprochene Hochburg der Zeugen Jehovas, besonders Dresden und Umgebung. Auch in der Amtshauptmannschaft Pirna bestanden mehrere Gemeinden bzw. Gruppen, so z.B. in Pirna, Bad Gottleuba, Dittersbach, Heidenau, Königstein, Lohmen, Neustadt, Sebnitz, Stolpen, Struppen. Als so genannter Vertrauensmann oder Bereichsleiter für den gesamten Pirnaer Bezirk wirkte seit 1929 Rudolf Kluge aus Pirna, der von den NS-Behörden seiner Heimatstadt stets als „sehr reger und einflussreicher“, „ganz fanatischer Bibelforscher“ bezeichnet wurde. Er besaß auf der Langen Straße ein Möbelgeschäft und mehrere Werkstätten. Maßgeblich unter seiner Leitung setzten auch die Zeugen Jehovas in unserer Heimat nach dem am 18. April 1933 für Sachsen ergangenen Verbot illegal ihre Tätigkeit fort. Nun in kleinen Gruppen führten sie zumeist wöchentlich in Wohnungen von Glaubensbrüdern ihre Zusammenkünfte durch. Im Sebnitzer Gebiet geschah das auch grenzüberschreitend mit Zeugen Jehovas aus Nieder Einsiedel (Dolní Poustevna) und Nixdorf (Mikulasovice).

Unvermindert führten sie auch ihre Missionstätigkeiten, den „Verkündigungsdienst“, von Haus zu Haus zur Aufklärung der Bevölkerung und Werbung neuer Anhänger weiter. Dabei wurden Druckerzeugnisse in beachtlicher Anzahl verbreitet, die Rudolf Kluge auf verschiedenen illegalen Wegen erhielt, so u.a. über Lausitzer Glaubensbrüder aus der CSR, aus Taubenheim bei Bautzen oder aus Cottbus. Aber auch per Post über Deckadressen aus dem Ausland. Solche Druckerzeugnisse waren neben den periodischen Schriften „Der Wachturm“ und „Das Goldene Zeitalter“ z.B. Broschüren wie „Der Zeitgeist“, „Der Gerechte Herrscher“, „Regierung und Schöpfung“, „Licht und Wahrheit“, die auch als Tarnschriften erschienen. Auf diese Weise pflegten die Zeugen Jehovas nun illegal weiterhin organisiert ihren Zusammenhalt und entwickelten eine umfangreiche Werbetätigkeit.

Nachdem bereits im Sommer 1933 u.a. bei Glaubensbrüdern in Heidenau und Pirna Haussuchungen und Festnahmen vorgenommen worden waren, erfolgten nach den Wahlen am 12. November 1933 wie reichsweit auch in unserer Region die ersten größeren Repressalien des NS-Regimes gegen die Zeugen Jehovas. Diese hatten nicht nur selbst den Urnengang verweigert, sondern auch noch andere „Volksgenossen“ zum Boykott der Wahlen aufgefordert. Daraufhin waren auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes Sachsen vom 13. bis 19. Dezember bei sämtlichen von der Gestapo bereits registrierten Zeugen Jehovas „eingehende Durchsuchungen vorzunehmen“ und diejenigen, die „zur Wahlenthaltung“ aufgefordert hatten, „ausnahmslos in Schutzhaft zu nehmen“. Im Rahmen dieser Aktion wurden z.B. allein bei Glaubensbrüdern in Pirna, Pirna-Copitz, Pirna-Jessen und Pirna-Rottwerndorf etwa 750 kg sowie in Dittersbach, Elbersdorf, Eschdorf und Porschendorf ca. 80 kg Druckschriften beschlagnahmt. Unter den in das Schutzhaftlager Hohnstein „Verbrachten“ befanden sich u.a. auch Rudolf Kluge, der bereits zum zweiten Male inhaftiert wurde, und der Gruppenleiter von Dittersbach Paul Schäfer.

Nach längerer stiller, kaum auffälliger Arbeit im Untergrund erregten die Zeugen Jehovas reichsweit und so auch in der Amtshauptmannschaft Pirna im Herbst 1934 erneut beachtliches Aufsehen. Am Sonntag, dem 7. Oktober, fanden 9 Uhr in vielen Orten Deutschlands sorgfältig vorbereitete Zusammenkünfte der Glaubensbrüder in kleinen Gruppen statt. Diese waren als

Auftakt gedacht, um ihr „Verkündigungswerk“ ungeachtet des Verbotes nun wieder in vollem Umfang aufzunehmen. Sie wandten sich in gleichlautenden Protestschreiben gegen das Verbot an Hitler, in denen es u.a. hieß, dass die Zeugen Jehovas „sich wieder versammeln“ und „um jeden Preis Gottes Gebot befolgen“ werden.³⁸ Solche Veranstaltungen sind z.B. in Groß-Cotta, Hohnstein, Königstein, Lohmen, Pirna-Rottwerndorf, Sebnitz und Stürza nachweisbar. Um die Einheit mit ihren verfolgten Glaubensbrüdern in Deutschland zu bekunden, versammelten sich zur gleichen Zeit auch die Gemeinden der Zeugen Jehovas im Ausland und sandten Protesttelegramme an die Reichsregierung.

Nun erfolgte bis zum Jahresende auch in der Amtshauptmannschaft eine rege „verbotswidrige“ Versammlungs- und Werbetätigkeit der Zeugen Jehovas. Doch der Gegenschlag des NS-Regimes ließ nicht lange auf sich warten. Bereits ab 2. Januar 1935 wurden zahlreiche Glaubensbrüder verhaftet, so u.a. in Bad Gottleuba, Goes, Groß-Cotta, Heidenau, Hohnstein, Königstein, Lohmen, Neustadt, Pirna, Pirna-Copitz, Pirna-Rottwerndorf, Porschendorf, Rathewalde, Sebnitz und Stürza. Dann standen vom 15. August 1935 bis 10. März 1936 in einer ganzen Reihe von so genannten Bibelforscherprozessen mehr als 50 Zeugen Jehovas auch aus diesen Orten vor den Richtern des Sondergerichtes Sachsen, Sitz Freiberg, und wurden „wegen Zuwiderhandlung gegen das Verbot der Internationalen Vereinigung Ernster Bibelforscher“ zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Unter ihnen befanden sich verhältnismäßig viele, etwa ein Drittel zum Teil bereits hoch betagte Glaubensschwester. Ihr Vertrauensmann Rudolf Kluge, verurteilt bereits am 15. August, erhielt die höchste Strafe: ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. In einem von der Gefängnisverwaltung nicht beförderten Brief an seine ebenfalls inhaftierte Frau lesen wir: „Noch sind die Leiden um Christi Willen nicht zu Ende. Doch ich vermag nicht zu glauben, dass Er sein Volk lange in solcher Verfolgung leiden lässt, sondern Er wird sich wohl bald uns mächtig erweisen.“³⁹ Mit dieser unerschütterlichen Zuversicht überstanden die Zeugen Jehovas das Martyrium von Verfolgung und Haft. Und so setzte ein Teil von ihnen auch in späteren Jahren noch beharrlich seinen Widerstand gegen das NS-Regime fort.

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die nachfolgende Vorschriften anzugeben.

Reglaubigte Abschrift.

Deutschen

59

nr. 92/35

50

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache

gegen **b e n** am 7. März 1883 in Pirna geborenen Geschäfts -
inhaber
Ewald Rudolf Kluge,
 zur Zeit hier in Untersuchungshaft,
 wegen **Vergehens nach § 4 Abs. 1 der HVO. vom 28. Februar 1933**

hat das Sondergericht für das Land Sachsen, Sitz Freiberg, in der Sitzung
 vom **15. August 1935**, an der teilgenommen haben:

1. Landgerichtsbreiter **Friswike**
 als Vorsitzender,
 Amts-

2. Landgerichtsrat **Dr. Eichler**,
 Amts-

3. Landgerichtsrat **Hptsold**
 als beßigende Richter,
 Staatsanwalt **Dr. Bergter**
 als Beamter der Staatsanwaltschaft,
 Just. - Ass. **Zuchner**
 als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte Kluge wird wegen Vergehens nach § 4
 Abs. 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Fe-
 bruar 1933 in Verbindung mit der sächsischen Verordnung vom 18.
 April 1933 betr. das Verbot der „Erhalten Bibelforscher“ zu
einem - 1 - Jahre und sechs - 6 - Monaten Gefängnis
 verurteilt.

Dr. I.
 2-PC 1275) — Sondergericht (B. n. 21. 3. 1933, HVO. 1 G. 136).
 22. B. 117 20

Urteil des Sondergerichtes für das Land Sachsen, Sitz Freiberg, vom 15. August 1935 gegen Rudolf Kluge

Anmerkungen

- 1 Merson, Allan, *Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland*. Vorwort Peter Gingold, Bonn 1999, S. 11.
- 2 Zur KPD siehe vor allem: Mallmann, Klaus-Michael, *Kommunistischer Widerstand 1933-1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten*, in: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 113 ff. Ebenso: Mammach, Klaus, *Widerstand 1933 - 1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration*, Berlin - Köln 1984. Ebenso: Merson, Allan, *Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland*. Vorwort Peter Gingold, Bonn 1999. Ebenso: Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ der KPD 1935. Reden, Diskussionen und Beschlüsse, Moskau vom 3. - 15. Oktober 1935. Hrsg. von Lewin, Erwin/Reuter, Elke und Weber, Stefan, unter Mitarbeit von Coburger, Marlies/Fuchs, Günter/Jentsch, Marianne und Lewin, Rosemarie, 2 Bde., München 1997. Ebenso: Weber, Hermann, *Die KPD in der Illegalität*, in: Löwenthal, Richard/Mühlen, Patrik von zur (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, Berlin -Bonn 1982, S. 83 ff.
- 3 Pieck, Wilhelm, *Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur*, Referat 4. Oktober 1935, in: Pieck, Wilhelm, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. V, Februar 1933, Berlin 1975, S. 168 f, 183.
- 4 Zitiert nach: Pikarski, Margot/Uebel, Günter, *Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 - 1945*, Berlin 1980, S. 125.
- 5 Freyberg, Jutta von/Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen/Hebel-Kunze, Bärbel/Hofschen, Heinz-Gerd/Ott, Erich/Stuby, Gerhard, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von 1863 bis zur Gegenwart*. 3. Überarb. u. erw. Aufl., Köln 1989 (im folgenden: Freyberg u.a.), S. 188.
- 6 Zitiert nach: *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*. Hrsg. u. bearb. von Schulze, Hagen, Bonn - Bad Godesberg 1975 (im folgenden: *Anpassung*), S. 135.
- 7 Zur SPD siehe vor allem: Freyberg, Jutta von/Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen/Hebel-Kunze, Bärbel/Hofschen, Heinz-Gerd/Ott, Erich/Stuby, Gerhard, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von 1863 bis zur Gegenwart*, 3. Überarb. u. erw. Aufl., Köln 1989. Ebenso: Hebel-Kunze, Bärbel, *SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932 - 1935*, Frankfurt am Main 1977. Ebenso: Mammach, Klaus, *Widerstand 1933 - 1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration*, Berlin - Köln 1984. Ebenso: Mehringer, Hartmut, *Sozialdemokratischer und sozialistischer Widerstand*, in: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 126 ff. Ebenso: Mühlen, Patrik von zur, *Die SPD zwischen Anpassung und Widerstand*, in: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, Hrsg. von Schmäddeke, Jürgen und Steinbach, Peter. Mit einem Vorwort von Wolfgang Treue, 3. Aufl., München - Zürich 1994, S. 86 ff. Ebenso: Walter, Franz/Dürr, Tobias/Schmidtke, Klaus, *Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, Bonn 19938 Freyberg u.a., a. a. O., S. 188.
- 8 Freyberg u.a., a.a.O., S.188.
- 9 Ebenda, S. 199.
- 10 SHStA Dresden, Sondergericht Freiberg (im folgenden: SG Freiberg), Nr. SG 24/33, Bl. 8.
- 11 Quellen zu Angaben über die zahlenmäßige Stärke des KPD-Unterbezirkes Pirna und seine Ortsgruppen konnten bisher leider nicht ausfindig gemacht werden. Sie sind offenbar nicht mehr vorhanden. Auch im Unterbezirk Pirna arbeiteten die lokalen Parteiguppen eng mit den von der KPD geführten Massenorganisationen bis zu deren Verbot zusammen. Diese bestanden neben Mitgliedern der KPD zu einem großen Teil aus parteilosen Arbeitern und Jugendlichen. Besonders hervorzuheben sind hier die Proletarische Schutz- und Wehrorganisation, der Kampfbund gegen den Faschismus, die Antifaschistische Aktion, die RHD, der Verband Proletarischer Freidenker, der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, der KJVD und die Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit. Auf das Wirken dieser Organisationen im antifaschistischen Widerstand kann in diesem Beitrag nicht eingegangen werden.
- 12 SHStA Dresden, SG Freiberg, Nr. SG 288/33, Bl. 28.
- 13 Orts-Zeitung für die Orte in der Amtshauptmannschaft Pirna, März 1933, im Besitz des Verfassers.
- 14 Erlebnisbericht von Arthur Göhler, Pirna-Jessen, im Besitz des Verfassers.
- 15 Bundesarchiv Berlin (im folgenden: BArch Berlin), Nazijustiz (im folgenden: NJ), Nr. 4881, Bl. 12, 38, 42, 54.
- 16 SHStA Dresden, SG Freiberg, Nr. SG 400/34, Bl. 279.
- 17 BArch Berlin, NJ, Nr. 3504, Bl.1; Nr. 8761, Bl. 16; Nr. 14742, Bl. 7; Nr. 15390, Bl. 8. SHStA Dresden, SG Freiberg, Nr. Kls 26/35, Bl. 92.
- 18 Zitiert nach: *Anpassung*, a. a. O., S. 185.
- 19 Quellen zu Angaben über die zahlenmäßige Stärke des SPD-Unterbezirkes Pirna und seine Ortgruppen konnten bisher leider ebenfalls nicht ausfindig gemacht werden. Auch sie sind offenbar nicht mehr vorhanden. Auch im Unterbezirk Pirna arbeiteten die Ortsgruppen eng mit den von der SPD geführten oder beeinflussten Massenorganisationen bis zu deren Verbot oder Selbstauflösung zusammen. Besonders hervorzuheben sind hier das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Eiserne Front, die SAJ, der Deutsche Freidenkerverband sowie die Arbeiterwohlfahrt. Hinzu kam eine große Anzahl von sozialdemokratisch beeinflussten Kultur- und Freizeitorganisationen sowie von Vereinen der ArbeiterTurn- und Sportbewegung, die mit ihrem vielfältigen Vereinsleben das sozialdemokratische Milieu in Städten und Dörfern bis 1933 in beachtlichem Maße prägten. Auf das Wirken dieser Organisationen und Vereine im antifaschistischen Widerstand kann in diesem Beitrag nicht eingegangen werden.
- 20 BArch Berlin, NJ, Nr. 10859, Bd. 1, Bl. 6; Reich 58, Reichssicherheitshauptamt (im folgenden: R 58), Nr. 2256, Bl. 284. StA Pirna, B. III -XXVI, 183, PPA, Nr. 732, Bl. 58; Nr. 989, Bl. 29.
- 21 Freyberg u.a., a. a. O., S. 241.
- 22 BArch Berlin, NJ, Nr. 7056, Bl. 10.
- 23 SHStA Dresden, Rat des Bezirkes Dresden, Abt. Gesundheits- und Sozialwesen, Referat VdN, VdN-Akten (im folgenden: VdN-Akten), Nr. 1471, Bl. 5.
- 24 SHStA Dresden, VdN-Akten, Nr. 4509, Bl. 12.
- 25 SHStA Dresden, SG Freiberg, Nr. Kms 103/35, Bl. 142.
- 26 Ebenda, Bl. 141 ff.
- 27 Zur SAP siehe vor allem: Bremer, Jörg, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933 - 1945*, Frankfurt/New York 1978 (im folgenden: Bremer). Ebenso: Foitzik, Jan, *Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils*, Bonn 1986.
- 28 Zitiert nach: Bremer, a. a. O., S. 55.
- 29 Zitiert nach: Ebenda, S. 63 f.
- 30 SHStA Dresden, SG Freiberg, Nr. SG 326/33, Bd. 3, Bl. 187.
- 31 BArch Berlin, NJ, Nr. 8432, Bl. 63 f.

32 Zu den Kirchen im Nationalsozialismus siehe deshalb vor allem: Denzler, Georg/Fabricius, Volker, Christen und Nationalsozialisten. Darstellung und Dokumente. Mit einem Exkurs: Kirche und Sozialismus, Überarb. u. aktualisierte Neuauflage, Frankfurt am Main 1995 (im folgenden: Denzler/Fabricius). Ebenso: Wilhelm, Georg, Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens im „Dritten Reich“. Mitzscherlich, Birgit, Das Bistum Meißen in der NS-Zeit, in: Vollnhals, Clemens (Hrsg.), Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002, S. 133 ff, 143 ff.

33 Zitiert nach: Denzler/Fabricius, a. a. O., S. 18.

34 Ebenda, S. 15.

35 Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 5, Nr. 360.

36 SHStA Dresden, VdN-Akten, Nr. 3810, Bl. 7

37 SHStA Dresden, VdN-Akten, Nr. 5364, Bl. 7

38 SHStA Dresden, SG Freiberg, Nr. Kms 156/35, Bd. 1, Bl. 10

39 SHStA Dresden, SG Freiberg, Nr. Kms 92/35, Bl. 9.

Bildnachweis:

Archiv der katholischen Pfarrgemeinde St. Kunigunde Pirna: S. 49

Bundesarchiv Berlin, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin - Bibliothek; S. 32, 33, 34.

Landeskirchenarchiv Dresden: S. 45.

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: 18, 19, 20, 21, 37, 40, 48, 53,

Stadtarchiv Pirna: S. 7, 12, 22, 23, 26, 28, 31

Alle hier nicht aufgeführten Abbildungen wurden von privaten Leihgebern zur Verfügung gestellt oder dem Archiv des Autors entnommen.